



Believe in *People*



JAHRESBERICHT
ÜBER DIE TÄTIGKEIT 2014
DER EVP-FRAKTION
IM EUROPÄISCHEN PARLEMENT



Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Vorsitzenden	6
1 Die EVP-Fraktion.....	8
1. Die Struktur der EVP-Fraktion.....	9
2. Wie wir arbeiten	9
3. Beschreibung.....	10
➤ Das Präsidium.....	12
➤ Die Leiter der nationalen Delegationen.....	14
➤ Die Vizepräsidenten und Quästoren des Parlaments.....	18
➤ Die Vorsitzenden der Ausschüsse.....	19
➤ Die Koordinatoren in den Ausschüssen.....	20
➤ Die der EVP-Fraktion angehörenden Vorsitzenden der Paritätischen Parlamentarischen Versammlungen der EU, der Gemischten Parlamentarischen Ausschüsse sowie der Interparlamentarischen Delegationen.....	23
4. Der Präsident des Europäischen Rates (EVP).....	25
5. Die EVP-Mitglieder der Europäischen Kommission	25
6. Die 219 Mitglieder der Fraktion.....	26
7. Das Sekretariat der EVP-Fraktion.....	29

2	Externe Sitzungen und Veranstaltungen	30
➤	Anhörungen und Konferenzen	51
3	Parlamentarische Arbeiten	62
➤	Ständiger Arbeitskreis „Wirtschaft und Umwelt“	65
➤	Ständiger Arbeitskreis „Justiz und Inneres“	71
➤	Ständiger Arbeitskreis „Haushalt und Strukturpolitik“	77
4	Externe Politikbereiche, Ausschüsse und Delegationen	80
➤	Ständiger Arbeitskreis „Auswärtige Angelegenheiten“	82
➤	Interparlamentarische Delegationen	87

5	Beziehungen zu den nationalen Parlamenten	96
6	Mittelmeerpolitik und interkulturelle Tätigkeiten	108
7	Presse und Kommunikation	124
8	Die Europäische Volkspartei (EVP)	132



Vorwort des Vorsitzenden Manfred Weber

Vorwort des Vorsitzenden Manfred Weber

2014 war für die EVP-Fraktion ein ausgesprochen ereignisreiches Jahr. Die EVP ging als klare Siegerin aus den Europawahlen im Mai 2014 hervor. Wir sind erneut die stärkste politische Kraft im Europäischen Parlament.

In der ganzen letzten Wahlperiode stand die EVP-Fraktion für Zuverlässigkeit und Reform, und sie arbeitete auf nationaler und europäischer Ebene unermüdlich an der Überwindung der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise. Unsere EVP-geführten Regierungen in Griechenland, Zypern, Spanien, Portugal und Irland zeigten, dass sich harte Arbeit auszahlt. Spanien, Portugal und Irland sind auf die Finanzmärkte zurückgekehrt. Griechenland und Zypern haben eindrucksvolle Fortschritte gemacht. Im Europäischen Parlament haben wir uns nach Kräften dafür eingesetzt, das System der wirtschaftspolitischen Steuerung zu verbessern, die Finanzmärkte zu regulieren und geeignete Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass die Unternehmen neue Arbeitsplätze schaffen können.

Nach den Wahlen hat unser Kandidat Jean-Claude Juncker als Präsident der Europäischen Kommission breite Unterstützung gefunden. Seine Kommission ist eine Kommission für die Bürgerinnen und Bürger, die ein ehrgeiziges Programm zur Wiederbelebung des Wachstums in Europa entwickelt hat, den Grundsatz der Subsidiarität achtet und Bürokratie abbaut. Die EVP-Fraktion wird dafür sorgen, dass ihre politischen Ziele in enger Zusammenarbeit mit der Kommission vorangetrieben werden können. Ich bin auch stolz darauf, dass es der EVP ferner gelungen ist, den Vorsitz des Europäischen Rates zu übernehmen, und ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit unserem Freund Donald Tusk.

2015 wird ein Jahr der harten Arbeit für uns werden. Wir sind bereit, die Herausforderung anzunehmen und Ergebnisse zu liefern, Wachstum und Beschäftigung anzukurbeln, unseren Kontinent zu einem sicheren Ort zu machen und sicherzustellen, dass Europa auf der internationalen Bühne mit einer Stimme spricht.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise, die Instabilität in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas, und nicht zuletzt der diesjährige 10. Jahrestag der Erweiterung von 2004 - mit der die Teilung unseres Kontinents in der Zeit des Kalten Krieges überwunden wurde - erinnern uns an eine wesentliche Erkenntnis: gemeinsam sind wir stärker. Es ist dieser Geist, der das Handeln der EVP-Fraktion leitet, und der auch künftig die Grundlage unserer Arbeit sein wird.

Manfred Weber
Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament



Die EVP-Fraktion

1 Die EVP-Fraktion

Die Fraktion wurde am 23. Juni 1953 als Christlich-Demokratische Fraktion in der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gegründet. Nach der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments änderte die Fraktion im Juli 1979 ihren Namen in „Fraktion der Europäischen Volkspartei“ (Christlich-demokratische Fraktion) und im Juli 1999 in „Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten“. Nach den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 nahm die Fraktion wieder ihren alten Namen „Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)“ an. Beim europäischen Aufbauwerk hat sie stets eine führende Rolle gespielt.

1. Struktur der EVP-Fraktion Konstituierung der EVP-Fraktion – 1. Juli 2014

Der **Vorsitzende** der EVP-Fraktion ist Manfred Weber MdEP (DE). Er leitet den Fraktionsvorstand und ist der **Sprecher der Fraktion in wichtigen Debatten** im Europäischen Parlament.

Unterstützt wird er durch **Koordinatoren** in jedem der parlamentarischen Ausschüsse und durch die in der Fraktion vertretenen Leiter der nationalen Delegationen.

Für die politische und organisatorische Unterstützung der Fraktion ist das Fraktionssekretariat zuständig.

Die Fraktion unterhält ihren eigenen „Think-Tank“ – das **Europäische Ideen-Netzwerk**, das Meinungsbildner aus der Politik, der Industrie und der Gesellschaft sowie weitere Intellektuelle aus ganz Europa zusammenbringt, um über die politischen Kernfragen, denen sich die Europäische Union gegenüber sieht, zu diskutieren.

2. Arbeitsweise der Fraktion

Die Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP-Fraktion) ist mit 219 Mitgliedern die größte Fraktion im Europäischen Parlament.

Die Fraktion vereint die proeuropäischen politischen Kräfte der Mitte und der rechten Mitte aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die meisten der in der EVP-Fraktion vertretenen Parteien gehören auch der Europäischen Volkspartei an. Die EVP war die erste länderübergreifende Partei, die auf europäischer Ebene gegründet wurde, und sie ist am stärksten im Europäischen Ministerrat vertreten. Die der EVP angehörenden Parteien setzten sich gemeinsam dafür ein, ein wettbewerbsfähigeres, demokratischeres und bürgernäheres Europa zu schaffen, das auf einer sozialen Marktwirtschaft beruht.

Als größte Fraktion eines Parlaments, in dem nicht-sozialistische Parteien heute eine klare Mehrheit haben, befindet sich die EVP-Fraktion in einer guten Position, um die politische Tagesordnung des Parlaments zu bestimmen und dessen wichtigste Abstimmungen in ihrem Sinne zu entscheiden. Diese Stärke spiegelt sich in der Tatsache wider, dass die EVP-Fraktion seit 1999 in den monatlichen Plenartagungen des Europäischen Parlaments mehr Abstimmungen gewonnen hat als jede andere Fraktion. Die zahlenmäßige Überlegenheit ist auch eine Gewähr dafür, dass Mitglieder der EVP-Fraktion zahlreiche Schlüsselpositionen des Parlaments besetzen – 6 seiner Vizepräsidenten, der Vorsitz in 8 der 22 parlamentarischen Ausschüsse und Unterausschüsse sowie 2 der 5 Quästorenämter. Die Mitglieder der EVP-Fraktion sind in den parlamentarischen Ausschüssen stark vertreten und damit bestens positioniert, um sich das Recht auf die Verfasserschaft von Stellungnahmen des Europäischen Parlaments zu Kernstücken von Entwürfen von Rechtsakten und von anderen wichtigen Berichten zu sichern: Die Fraktion stellt mehr Berichtersteller zu wichtigen Themen als jede andere. Aufgabe des Europäischen Parlaments, das alle fünf Jahre in allgemeiner und unmittelbarer Wahl gewählt wird, ist es, im Namen der Bürger Europas die demokratische Kontrolle über den Entscheidungsprozess in der Europäischen Union auszuüben.

Zusammensetzung: Das Europäische Parlament hat 751 Mitglieder, die mehr als 500 Millionen Europäer vertreten.

3. Beschreibung

Mit **219** Mitgliedern ist die EVP-Fraktion die weitaus stärkste politische Kraft im Europäischen Parlament.

Sie setzt sich wie folgt zusammen:

 34 Mitglieder aus Deutschland	 5 Mitglieder aus den Niederlanden
 23 Mitglieder aus Polen	 5 Mitglieder aus Slowenien
 20 Mitglieder aus Frankreich	 4 Mitglieder aus Belgien
 17 Mitglieder aus Spanien	 4 Mitglieder aus Irland
 17 Mitglieder aus Italien	 4 Mitglieder aus Lettland
 13 Mitglieder aus Rumänien	 4 Mitglieder aus Schweden
 12 Mitglieder aus Ungarn	 3 Mitglieder aus Malta
 7 Mitglieder aus Bulgarien	 3 Mitglieder aus Luxemburg
 7 Mitglieder aus Tschechien	 3 Mitglieder aus Finnland
 7 Mitglieder aus Portugal	 2 Mitglieder aus Zypern
 6 Mitglieder aus der Slowakei	 2 Mitglieder aus Litauen
 5 Mitglieder aus Griechenland	 1 Mitglied aus Dänemark
 5 Mitglieder aus Österreich	 1 Mitglied aus Estland
 5 Mitglieder aus Kroatien	

Das Präsidium

Das EVP-Präsidium besteht aus dem Fraktionsvorsitzenden und zehn stellvertretenden Vorsitzenden. Die Mitglieder des Präsidiums vereinbaren unter sich die Verteilung der Aufgabenbereiche, einschließlich des Schatzmeisters und der Vorsitze der Arbeitskreise und unterrichten die Fraktion aus den Zuständigkeitsbereichen.

Vorstand

Der Vorstand ist das politische Organ der Fraktion und umfasst:

- > **das Präsidium**
- > **die Leiter der nationalen Delegationen**
- > **den Präsidenten bzw. die Vizepräsidenten des Parlaments, soweit er bzw. sie der Fraktion angehören**
- > **die der Fraktion angehörenden Ausschussvorsitzenden**
- > **die der Fraktion angehörenden Koordinatoren in den Ausschüssen**
- > **den Vorsitzenden und den Generalsekretär der EVP** sofern sie Abgeordnete des Europäischen Parlaments sind
- > ein zusätzliches Mitglied je zehn Abgeordnete einer nationalen Delegation

Die vier ständigen Arbeitskreise

Die politische Strategie der EVP-Fraktion wird in vier Arbeitskreisen formuliert, die die Parlamentsarbeit der Fraktionsmitglieder in den 22 Ausschüssen oder Unterausschüssen koordinieren.

Arbeitskreis „Auswärtige Angelegenheiten“

- > Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
- > Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung
- > Unterausschuss Menschenrechte
- > Entwicklungsausschuss
- > Ausschuss für internationalen Handel

Vorsitz: Jacek Saryusz-Wolski

Arbeitskreis „Justiz und Inneres“

- > Rechtsausschuss
- > Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
- > Ausschuss für konstitutionelle Fragen
- > Petitionsausschuss
- > Ausschuss für Kultur und Bildung
- > Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter

Vorsitz: Esteban González Pons

Arbeitskreis „Wirtschaft und Umwelt“

- > Ausschuss für Wirtschaft und Währung
- > Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
- > Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
- > Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
- > Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
- > Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

Vorsitzende: Françoise Grossetête

Arbeitskreis „Haushalt und Strukturpolitik“

- > Haushaltsausschuss
- > Haushaltskontrollausschuss
- > Ausschuss für regionale Entwicklung
- > Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
- > Fischereiausschuss

Vorsitz: Marian Jean Marinescu

Das Präsidium



Manfred WEBER
Vorsitzender



Lara COMI
Stellvertretende Vorsitzende
Kommunikationsstrategie
EVP-Jugendstrategie



Mariya GABRIEL
Stellvertretende Vorsitzende
Mittelmeer-Union und EUROMED



Esteban GONZÁLEZ PONS
Stellvertretender Vorsitzender
Arbeitskreis „Justiz und Inneres“



Paulo RANGEL
Stellvertretender Vorsitzender
EIN/Zukunft Europas/Schatzmeister



Jacek SARYUSZ-WOLSKI
Stellvertretender Vorsitzender
Arbeitskreis Auswärtige Angelegenheiten



József SZÁJER
Stellvertretender Vorsitzender
Parlamentarische Arbeiten

Das Präsidium



Françoise GROSSETÊTE
Stellvertretende Vorsitzende
Arbeitskreis „Wirtschaft und Umwelt“



Sandra KALNIETE
Stellvertretende Vorsitzende
Nachbarschaftspolitik und EURONEST
Europäische Werte



Esther de LANGE
Stellvertretende Vorsitzende
Beziehungen zu den nationalen Parlamenten



Marian Jean MARINESCU
Stellvertretender Vorsitzender
Arbeitskreis „Haushalt und
Strukturpolitik“

Die Leiter der nationalen Delegationen

 **Bundesrepublik Deutschland** (34 Mitglieder)



Herbert REUL



Angelika NIEBLER

 **Polen** (34 Mitglieder)



Jan OLBRYCHT



Andrzej GRZYB

 **Frankreich** (20 Mitglieder)



Alain LAMASSOURE

 **Italien** (17 Mitglieder)



Elisabetta GARDINI

 **Spanien** (17 Mitglieder)



Lorenzo CESA



Esteban GONZÁLEZ PONS

Die Leiter der nationalen Delegationen

 **Rumänien** (14 Mitglieder)



Theodor Dumitru STOLOJAN



Adina-Joana VĂLEAN

 **Ungarn** (12 Mitglieder)



András GYÜRK

 **Bulgarien** (7 Mitglieder)



Mariya GABRIEL

 **Tschechische Republik** (7 Mitglieder)



Luděk NIEDERMAYER

 **Portugal** (7 Mitglieder)



Paulo RANGEL

 **Slowakei** (6 Mitglieder)



Nuno MELO



Anna ZÁBORSKÁ

Die Leiter der nationalen Delegationen

 Österreich (5 Mitglieder)



Othmar KARAS

 Kroatien (5 Mitglieder)



Dubravka ŠUICA

 Griechenland (5 Mitglieder)



Manolis KEFALOGIANNIS

 Niederlande (5 Mitglieder)



Esther de LANGE

 Slowenien (5 Mitglieder)



Milan ZVER

 Belgien (4 Mitglieder)



Ivo BELET

 Irland (4 Mitglieder)



Seán KELLY

 Lettland (4 Mitglieder)



Krišjānis KARIŅŠ

Die Leiter der nationalen Delegationen

 Schweden (4 Mitglieder)



Gunnar HÖKMARK

 Finnland (3 Mitglieder)



Sirpa PIETIKÄINEN

 Luxemburg (3 Mitglieder)



Viviane REDING

 Malta (3 Mitglieder)



David CASA

 Zypern (2 Mitglieder)



Eleni THEOCHAROUS

 Litauen (4 Mitglieder)



Gabrielius LANDSBERGIS

 Dänemark (1 Mitglied)



Bendt BENDTSEN

 Estland (1 Mitglied)



Tunne KELAM

Die Vizepräsidenten und Quästoren des Parlaments



Antonio TAJANI
Vizepräsident (IT)



Mairead McGUINNESS
Vizepräsidentin (IE)



Rainer WIELAND
Vizepräsident (DE)



Ramon Luis VALCÁRCEL
Vizepräsident (ES)



Elmar BROK
Ausschuss für auswärtige
Angelegenheiten



Jerzy BUZEK
Ausschuss für Industrie, Forschung
und Energie



Alain CADEC
Fischereiausschuss



Ingeborg GRÄBLE
Haushaltskontrollausschuss



Ildikó GÁLL-PELCZ
Vizepräsidentin (HU)



Adina-Joana VĂLEAN
Vizepräsidentin (RO)



Élisabeth MORIN-CHARTIER
Quästorin (FR)



Andrey KOVATCHEV
Quästor (BG)



Giovanni LA VIA
Ausschuss für Umweltfragen,
öffentliche Gesundheit und
Lebensmittelsicherheit



Czesław Adam SIEKIERSKI
Ausschuss für Landwirtschaft



Pavel SVOBODA
Rechtsausschuss



Danuta MARIA HÜBNER
Ausschuss für konstitutionelle Fragen

Die Vorsitzenden der Ausschüsse

Die Koordinatoren in den Ausschüssen



Cristian Dan PREDA
Ausschuss für auswärtige
Angelegenheiten



Michael GAHLER
Unterausschuss für Sicherheit und
Verteidigung



Daniel CASPARY
Ausschuss für internationalen Handel



Petri SARVAMAA
Haushaltskontrollausschuss



David CASA
Ausschuss für Beschäftigung
und soziale Angelegenheiten



Krišjānis KARIŅŠ
Ausschuss für Industrie, Forschung und
Energie



Wim van DE CAMP
Ausschuss für Verkehr und
Fremdenverkehr



Albert DEB
Ausschuss für Landwirtschaft
und ländliche Entwicklung



Andrzej GRZYB
Unterausschuss Menschenrechte



Davor Ivo STIER
Entwicklungsausschuss



José Manuel FERNANDES
Haushaltsausschuss



Burkhard BALZ
Ausschuss für Wirtschaft und Währung



Peter LIESE
Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche
Gesundheit und Lebensmittelsicherheit



Andreas SCHWAB
Ausschuss für Binnenmarkt und
Verbraucherschutz



Lambert van NISTELROOIJ
Ausschuss für regionale Entwicklung



Gabriel MATO
Fischereiausschuss

Die Koordinatoren in den Ausschüssen

Die Koordinatoren in den Ausschüssen



Sabine VERHEYEN
Ausschuss für Kultur und Bildung



Monika HOHLMEIER
Ausschuss für bürgerliche Freiheiten,
Justiz und Inneres



Constance LE GRIP
Ausschuss für die Rechte der Frau und
die Gleichstellung der Geschlechter



Tadeusz ZWIEFKA
Rechtsausschuss



GYÖRGY SCHÖPFLIN
Ausschuss für konstitutionelle Fragen



Peter JAHR
Petitionsausschuss

Die Vorsitzenden der Paritätischen Parlamentarischen Versammlungen der EU, der Gemischten Parlamentarischen Ausschüsse sowie der Parlamentarischen Delegationen der EVP-Fraktion



Manolis KEFALOGIANNIS
Delegation im Gemischten
Parlamentarischen Ausschuss EU-Türkei



Alojz PETERLE
Delegation im Gemischten
Parlamentarischen Ausschuss EU-Ehemalige
Jugoslawische Republik Mazedonien



Teresa JIMÉNEZ-BECERRIL BARRIO
Delegation im Gemischten
Parlamentarischen Ausschuss EU-Mexiko



Othmar KARAS
Delegation im Ausschuss für
parlamentarische Kooperation
EU-Russland



Andrej PLENKOVIĆ
Delegation im Ausschuss für
parlamentarische Kooperation EU-Ukraine



Fulvio MARTUSCIELLO
Delegation für die Beziehungen zu Israel



Michèle ALLIOT-MARIE
Delegation für die Beziehungen zur
Arabischen Halbinsel



Janusz LEWANDOWSKI
Delegation für die Beziehungen zu Iran

Die Vorsitzenden der Paritätischen Versammlungen der EU, der Gemischten Parlamentarischen Ausschüsse sowie der Interparlamentarischen Delegationen



David McALLISTER
Delegation für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten

Werner LANGEN
Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Südostasiens und der Vereinigung südostasiatischer Nationen (ASEAN)

Michael GAHLER
Delegation für die Beziehungen zum Panafrikanischen Parlament

Luis de GRANDES PASCUAL
Delegation für die Beziehungen zu den Ländern der Andengemeinschaft



Bogdan Andrzej ZDROJEWSKI
Delegation für die Beziehungen zu Belarus

Paulo RANGEL
Delegation für die Beziehungen zur Föderativen Republik Brasilien

Monica MACOVEI
Delegation für den Parlamentarischen Stabilitäts- und Assoziationsausschuss EU-Albanien

Eduard KUKAN
Delegation für den Parlamentarischen Stabilitäts- und Assoziationsausschuss EU-Serbien

4. Präsident des Europäischen Rates (EVP)

Donald Tusk

5. EVP-Mitglieder der Europäischen Kommission

Präsident

Jean-Claude Juncker
Präsident der Europäischen Kommission
Luxemburg (CSV)

Vizepräsidenten

Kristalina Georgieva
Haushalt und Personal
Bulgarien (GERB)

Jyrki Katainen
Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit
Finnland (Kokoomus)

Valdis Dombrovskis
Euro & Sozialer Dialog
Lettland (Unity)

Mitglieder

Günther Oettinger
Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
Deutschland (CDU)

Marianne Thyssen
Beschäftigung, Soziales, Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität
Belgien (CD&V)

Johannes Hahn
Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen
Österreich (ÖVP)

Dimitris Avramopoulos
Migration, Inneres und Bürgerschaft
Griechenland (ND)

Elżbieta Bienkowska
Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU
Polen (PO)

Miguel Arias Cañete
Klimapolitik und Energie
Spanien (PP)

Tibor Navracsics
Bildung, Kultur, Jugend und Sport
Ungarn (FIDESZ)

Carlos Moedas
Forschung, Wissenschaft und Innovation
Portugal (PSD)

Phil Hogan
Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
Irland (FG)

Christos Stylianides
Humanitäre Hilfe und Krisenmanagement
Zypern (DISY)

6. Die 219 Mitglieder der Fraktion

Deutschland (34)

BALZ, Burkhard
BÖGE, Reimer
BROK, Elmar
CASPARY, Daniel
COLLIN-LANGEN, Birgit
DEß, Albert
EHLER, Christian
FERBER, Markus
FLORENZ, Karl-Heinz
GAHLER, Michael
GIESEKE, Jens
GRÄßLE, Ingeborg
HOHLMEIER, Monika
JAHR, Peter
KOCH, Dieter-Lebrecht
KUHN, Werner
LANGEN, Werner
LIESE, Peter
LINS, Norbert
MANN, Thomas
McALLISTER, David
NIEBLER, Angelika
PIEPER, Markus
QUISTHOUDT-ROWOHL, Godelieve
REUL, Herbert
SCHULZE, Sven
SCHWAB, Andreas
SOMMER, Renate
VERHEYEN, Sabine
VOSS, Axel
WEBER, Manfred
WIELAND, Rainer
WINKLER, Hermann
ZELLER, Joachim

Polen (23)

BONI, Michal
BUZEK, Jerzy
GRZYB, Andrzej
HETMAN, Krzysztof
HÜBNER, Danuta Maria
JAZŁOWIECKA, Danuta
KALINOWSKI, Jarosław
KOZŁOWSKA-RAJEWICZ, Agnieszka
KUDRYCKA, Barbara
LEWANDOWSKI, Janusz
ŁUKACIJEWSKA, Elżbieta Katarzyna
OLBRYCHT, Jan
PITERA, Julia
PLURA, Marek
ROSATI, Dariusz
SARYUSZ-WOLSKI, Jacek
SIEKIERSKI, Czesław Adam
SZEJNFELD, Adam
THUN, Róża
WAŁĘSA, Jarosław
WENTA, Bogdan
ZDROJEWski, Bogdan
ZWIEFKA, Tadeusz

Frankreich (20)

ALLIOT-MARIE, Michèle
CADEC, Alain
DANJEAN, Arnaud
DANTIN, Michel
DATI, Rachida
DELAHAYE, Angélique
GROSSETÊTE, Françoise

HORTEFEUX, Brice
JOULAUD, Marc
JUVIN, Philippe
LAMASSOURE, Alain
LAVRILLEUX, Jérôme
LE GRIP, Constance
MORANO, Nadine
MORIN-CHARTIER, Élisabeth
MUSELIER, Renaud
PONGA, Maurice
PROUST, Franck
SAÏFI, Tokia
SANDER, Anne

Italien (17)

CESA, Lorenzo
CICU, Salvatore
CIRIO, Alberto
COMI, Lara
DORFMANN, Herbert
FITTO, Raffaele
GARDINI, Elisabetta
LA VIA, Giovanni
MARTUSCIELLO, Fulvio
MATERA, Barbara
MUSSOLINI, Alessandra
PATRICIELLO, Aldo
POGLIESE, Salvatore
SALINI, Massimiliano
SERNAGIOTTO, Remo
TAJANI, Antonio
TOTI, Giovanni

Spanien (17)

AYUSO, Pilar
de GRANDES PASCUAL, Luis
del CASTILLO VERA, Pilar
DÍAZ DE MERA GARCÍA CONSUEGRA, Agustín
ESTARÀS FERRAGUT, Rosa
FISAS AYXELÀ, Santiago
GAMBUS, Francesc
GONZÁLEZ PONS, Esteban
HERRANZ GARCÍA, Esther
ITURGAIZ, Carlos
JIMÉNEZ-BECERRIL BARRIO, Teresa
LOPE FONTAGNÉ, Verónica
LÓPEZ-ISTÚRIZ WHITE, Antonio
MATO, Gabriel
MILLÁN MON, Francisco José
VALCÁRCEL, Ramón Luis
ZALBA BIDEGAIN, Pablo

Rumänien (13)

BUDA, Daniel
BUŞOI, Cristian-Silviu
HELLVIG, Eduard-Raul
MACOVEI, Monica
MĂNESCU, Ramona Nicole
MARINESCU, Marian Jean
MUREŞAN Siegfried
PREDA, Cristian Dan
SÓGOR, Csaba
STOLOJAN, Theodor Dumitru
UNGUREANU, Traian
VĂLEAN, Adina-Ioana
WINKLER, Iuliu

Ungarn (12)

BOCSKOR, Andrea
DELI, Andor
DEUTSCH, Tamás
ERDOS, Norbert
GÁL, Kinga
GÁLL-PELCZ, Ildikó
GYÜRK, András
HÖLVÉNYI, György
KÓSA, Ádám
SCHÖPFLIN, György
SZÁJER, József
TÖKÉS, László

Bulgarien (7)

GABRIEL, Mariya
KOVATCHEV, Andrey
MALINOV, Svetoslav
NOVAKOV, Andrey
PAUNOVA, Eva
RADEV, Emil
URUTCHEV, Vladimir

Tschechische Republik (7)

NIEDERMAYER, Luděk
POLČÁK, Stanislav
POSPÍŠIL, Jiří
ŠOJDROVÁ, Michaela
ŠTĚTINA, Jaromír
SVOBODA, Pavel
ZDECHOVSKÝ, Tomáš

Portugal (7)

COELHO, Carlos
FERNANDES, José Manuel
MELO, Nuno
MONTEIRO de AGUIAR, Cláudia
RANGEL, Paulo
RIBEIRO, Sofia
RUAS, Fernando

Slowakei (6)

CSAKY, Pál
KUKAN, Eduard
MIKOLÁŠIK, Miroslav
NAGY, Jozsef
STEFANEC, Ivan
ZÁBORSKÁ, Anna

Österreich (5)

BECKER, Heinz K.
KARAS, Othmar
KÖSTINGER, Elisabeth
RÜBIG, Paul
SCHMIDT, Claudia

Kroatien (5)

MALETIĆ, Ivana
PETIĆ, Marijana
PLENKOVIĆ, Andrej
STIER, Davor Ivo
ŠUIČA, Dubravka

Griechenland (5)

KEFALOGIANNIS, Manolis
KYRTSOS, Giorgos
SPYRAKI, Maria
VOZEMBERG Elissavet
ZAGORAKIS, Theodoros

Niederlande (5)

de LANGE, Esther
LENAERS, Jeroen
SCHREIJER-PIERIK, Annie
van de CAMP, Wim
van NISTELROOIJ, Lambert

Slowenien (5)

OGOVIČ, Franc
PETERLE, Alojz
SULIN, Patricija
TOMC, Romana
ZVER, Milan

Belgien (4)

ARIMONT, Pascal
BELET, Ivo
ROLIN, Claude
VANDENKENDELAERE, Tom

Irland (4)

CLUNE, Deirdre
HAYES, Brian
KELLY, Seán
McGUINNESS, Mairéad

Lettland (4)

KALNIETE, Sandra
KARIŅŠ, Krišjānis
PABRIKS, Artis
VAIDERE, Inese

Schweden (4)

ADAKTUSSON, Lars
CORAZZA BILDT, Anna Maria
FJELLNER, Christofer
HÖKMARK, Gunnar

Finnland (3)

PIETIKÄINEN, Sirpa
SARVAMAA, Petri
VIRKKUNEN, Henna

Luxemburg (3)

BACH, Georges
ENGEL, Frank
REDING, Viviane

Malta (3)

CASA, David
COMODINI CACHIA, Therese
METSOLA, Roberta

Zypern (2)

CHRISTOFOROU, Lefteris
THEOCHAROUS, Eleni

Litauen (2)

LANDSBERGIS, Gabrielius
SAUDARGAS, Algirdas

Dänemark (1)

BENDTSEN, Bendt

Estland (1)

KELAM, Tunne

7. Das Sekretariat der EVP-Fraktion



Martin KAMP
Generalsekretär



John BIESMANS
Stellvertretender Generalsekretär
Leiter Interne Organisation



Joanna JARECKA-GOMEZ
Stellvertretende Generalsekretärin
Leiterin Externe Politikbereiche -
Delegationen



Paolo LICANDRO
Stellvertretender Generalsekretär
Leiter Mittelmeerpolitik und
interkulturelle Tätigkeiten



Juan SALAFRANCA
Stellvertretender Generalsekretär
Leiter Externe Politikbereiche -
Ausschüsse



Natacha SCRIBAN-CUVELIER
Stellvertretende Generalsekretärin
Leiterin Parlamentarische Arbeiten



Pedro LÓPEZ DE PABLO
Leiter Presse und Kommunikation



Johan RYNGAERT
Leiter Präsidium



**Beatrice SCARASCIA
MUGNOZZA**
Leiterin Beziehungen zu den
nationalen Parlamenten



Externe Sitzungen und Veranstaltungen

2 Externe Sitzungen und Veranstaltungen

Die EVP-Fraktion richtet Sitzungen und Veranstaltungen sowohl in den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments als auch in einzelnen Mitgliedstaaten aus. Viele dieser Sitzungen und Veranstaltungen werden von der Abteilung Politische Strategie organisiert.

Diese Abteilung bietet einen wertvollen Mechanismus zur Weiterentwicklung der politischen Identität der Fraktion durch die Schaffung weiterer Diskussionsforen:

- > **Sitzungen des Vorstands der EVP-Fraktion außerhalb der drei Arbeitsorte des Europäischen Parlaments:** Diese zielen darauf ab, die Beziehungen zu den Mitgliedstaaten zu vertiefen und Unterstützung für eine EVP-Schwesterpartei zu bekunden.
- > **Studenttage:** Diese finden jedes Jahr in einem anderen Mitgliedstaat statt, da ein besseres Verständnis der unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten es ermöglicht, die politischen Fragestellungen, die auf nationaler Ebene von Bedeutung sind, besser zu erfassen.
- > **Europäisches Ideen-Netzwerk:** Das Europäische Ideen-Netzwerk (EIN) stellt einen offenen paneuropäischen Think-Tank dar, durch den neue Denkweisen bezüglich der größten Herausforderungen der Europäischen Union gefördert werden sollen.

Sitzungen des Vorstands der EVP-Fraktion außerhalb der drei Arbeitsorte des Europäischen Parlaments

Krakau, Polen
Sitzung des Vorstands der EVP-Fraktion – Februar 2014

Der Vorstand der EVP-Fraktion kam am 20. und 21. Februar in Krakau, Polen, zusammen. Die Redner wurden aufgefordert, sich zu folgenden Themen zu äußern:

> **Lage in der Ukraine**

Die EVP-Fraktion äußerte sich sehr besorgt über die politische Entwicklung in der Ukraine und betonte die Notwendigkeit, das Leben der Menschen zu schützen und eine weitere Eskalation der Gewalt zu vermeiden. Sie räumte ein, dass eine Regimekrise besteht, und forderte die ukrainischen Behörden auf, sich rasch auf eine Verhandlungsstrategie für freie und faire Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zu einigen. Die Teilnehmer bekundeten ihre Solidarität mit dem ukrainischen Volk und unterstützten die Sanktionen gegen diejenigen, die für das erpresserische Vorgehen verantwortlich sind.

> **Optimierung des Einsatzes der EU-Mittel zur Überwindung der Krise**

Der wirtschaftliche, soziale und territoriale Zusammenhalt ist ein Katalysator für Wachstum und Beschäftigung in Europa. Nach Ansicht der EVP-Fraktion ist die EU-Kohäsionspolitik eine Investitionspolitik. Die Redner sprachen sich dafür aus, öffentliche Investitionen und EU-Förderung stärker auf Innovation auszurichten. Darüber hinaus erinnerte die Fraktion an ihre Prioritäten, d. h. die Unterstützung der KMU, die Entwicklung der Infrastruktur, die digitale Wirtschaft, den Grundsatz des Regierens auf mehreren Ebenen und die Konsolidierung des Binnenmarktes.

> **Neugestaltung der Energiepolitik der EU**

Um die Wirksamkeit des Binnenmarktes sicherzustellen, müssen gleiche Bedingungen für die Mitgliedstaaten auf dem Energiemarkt geschaffen werden. Die EVP-Fraktion sprach sich für einen von Wettbewerb geprägten Energiebinnenmarkt als Teil der EU-Strategie zur Überwindung der Krise aus.

Daher forderte sie die unverzügliche Umsetzung der bestehenden und neuen Rechtsvorschriften durch die Mitgliedstaaten. Es sollte nachdrücklich auf die Schaffung eines Energiemarktes hingearbeitet werden, der es ermöglicht, saubere und erschwingliche Energie für alle zugänglich zu machen.



l-r: Janusz Piechociński, stellvertretender Premierminister Polens und Vorsitzender der Polnischen Volkspartei, und Andrzej Grzyb MdEP, stellvertretender Leiter der polnischen Delegation der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament



l-r: Jean-Pierre Audy MdEP, Leiter der französischen Delegation der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Etienne Davignon, Vizepräsident von GDF-SUEZ Belgien, Jan Olbrycht MdEP (Polen), stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Janusz Piechociński, Vorsitzender der Polnischen Volkspartei und stellvertretender Premierminister Polens, Manfred Weber MdEP (Deutschland), stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Joanna Jarecka-Gomez, stellvertretende Generalsekretärin der EVP-Fraktion, Leiterin Internationale Beziehungen, Michel Barnier, EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, Dominique Rostori, Generaldirektor für Energie, Europäische Kommission, Bogusław Sonik MdEP (EVP-Fraktion, Polen), stellvertretender Vorsitzender des Haushaltskontrollausschusses des Europäischen Parlaments



l-r: Jean-Pierre Audy MdEP, Leiter der französischen Delegation der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, und Etienne Davignon, Vizepräsident von GDF-SUEZ Belgien

Jūrmala, Lettland

Sitzung des Vorstands der EVP-Fraktion – November 2014

Der Vorstand der EVP-Fraktion kam vom 19. bis 21. November in Jūrmala, Lettland, zusammen. Die Teilnehmer befassten sich insbesondere mit folgenden Themen:

> **Reaktion der EU auf die Krise in der Ukraine**

Die EVP-Fraktion verspricht, die tief greifenden und umfassenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Reformen zu unterstützen, die notwendig sind, um ein auf einer soliden Finanzstruktur basierendes wettbewerbsorientiertes Wirtschaftssystem zu fördern, das die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Ukraine stärken wird. Bezüglich der Bedrohung durch Russland fordert die EVP-Fraktion dazu auf, auf Zusammenhalt zu setzen; Europa bietet den Bürgern der Ukraine Sicherheit, indem es die Stabilisierung des Landes angesichts der russischen Aggression unterstützt. Darüber hinaus wird die Verbesserung der Energieversorgungssicherheit der EU die Abhängigkeit von Russland verringern. Durch die Förderung der europäischen Werte wird unsere Fraktion der Ukraine bei der Aufrechterhaltung ihrer Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territorialen Integrität helfen.

> **Reformen und Investitionen für Wachstum**

Die EVP-Fraktion setzt sich entschlossen dafür ein, dass Europa seine führende Stellung in den Bereichen Forschung, Innovation und Bildung wiedererlangt. Zu diesem Zweck werden wir unsere Tätigkeit auf die nachstehend genannten fünf Schwerpunkte ausrichten, um ein nachhaltiges Wachstum zu fördern und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beizutragen, insbesondere für junge Europäer, die derzeit am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen sind:

- Sicherung einer Grundlage für Wachstum: Stabilität
- Zugang von KMU zu Kapital
- Intelligente Regulierung für einen dynamischen europäischen Binnenmarkt
- Sicherstellen, dass Investitionen den Empfänger erreichen
- Stärkung der Industrie in einem vernetzten Europa

Die EVP-Fraktion wird es nicht dulden, dass es bei Wachstumsprogrammen und politischen Prioritäten wie dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zu Kürzungen, Verzögerungen und Missmanagement kommt und dadurch wichtige Impulse, auf die sich Parlament und Rat geeinigt haben, gefährdet werden. Die EVP-Fraktion bemüht sich um eine Lösung für den erneuten Mangel an Zahlungsermächtigungen im EU-Haushalt, um sicherzustellen, dass Wachstum und Beschäftigung in Europa angemessen finanziert werden.



r-l: **Manfred Weber** MdEP (Deutschland), Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, **Jyrki Katainen**, Vizepräsident der Europäischen Kommission, EU-Kommissar zuständig für Beschäftigung, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit, und **Krišjānis Kariņš** MdEP, Leiter der lettischen Delegation der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament



*l-r: **Wilhelm Molterer**, Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank, **Manfred Weber** MdEP (Deutschland), Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, **Kai Wynands**, Leiter des Arbeitskreises Wirtschaft und Umwelt der EVP-Fraktion, **Françoise Grossetête** MdEP (Frankreich), stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion, verantwortlich für den Arbeitskreis Wirtschaft und Umwelt, und **Krišjānis Kariņš** MdEP, Leiter der lettischen Delegation der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament*



***Laimdota Straujuma**, Ministerpräsidentin Lettlands (Mitte), **Manfred Weber** MdEP (Deutschland), Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament (rechts), und **Valdis Dombrovskis**, Vizepräsident der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für den Euro und sozialen Dialog (links)*

Studententage der EVP-Fraktion

Dublin, Irland
Studententage der EVP-Fraktion – März 2014

Die Studententage der EVP-Fraktion fanden am 6. und 7. März in Dublin, Irland, statt. Im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014 standen im Mittelpunkt des Treffens Themen, die für die EU-Bürger von großer Bedeutung sind:

- > Wiederherstellung des Vertrauens in Europa
- > Zeit für Wachstum und Wiederaufschwung
- > Die soziale Marktwirtschaft neu beleben

Alle Redner waren sich darin einig, dass Mut und kühne Entscheidungen erforderlich sind. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Krise nicht nur wirtschaftlicher Natur ist, sondern auch eine Krise der Werte. Die Botschaft an die EU-Bürger muss deutlich machen, dass die EVP in der Lage ist, die Krise zu bekämpfen, ohne ihre Werte aufzugeben. Die EVP-Fraktion erklärte, dass die Union nicht gescheitert ist und dass Lösungen auf wirtschaftlicher und institutioneller Ebene bereitgestellt wurden. Die europäische Wirtschaft hat sich stabilisiert. Die von den Regierungen Portugals, Spaniens, Irlands und Griechenlands eingeleiteten mutigen Reformen zahlen sich aus. Nunmehr besteht das vorrangige Ziel darin, durch die Förderung privater Investitionen, die Vollendung der Strukturreformen, die Unterstützung des Unternehmertums, die Förderung der beruflichen Bildung, die Stärkung der industriellen Basis der EU und die Senkung der Energiekosten geeignete Voraussetzungen für neues und nachhaltiges Wachstum sowie neue und nachhaltige Arbeitsplätze zu schaffen.

Die soziale Marktwirtschaft bildet den Eckpfeiler der Politik der EVP-Fraktion. Sie sorgt für ein Gleichgewicht zwischen den Grundsätzen Freiheit und Solidarität und fördert eine integrative Gesellschaft. Banken müssen den Menschen und Unternehmen dienen, Bürokratie muss abgebaut und der

Zugang von KMU zu Finanzmitteln verbessert werden.

Die EVP-Fraktion forderte, dass alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen mit Blick auf ihre Auswirkungen auf die industrielle Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen geprüft werden.



Mairead McGuinness MdEP, Leiterin der irischen Delegation der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament zuständig für den Arbeitskreis Auswärtige Angelegenheiten, Joseph Daul MdEP, Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Vorsitzender der Europäischen Volkspartei



Joseph Daul MdEP (Frankreich), Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament (Mitte), *Mairead McGuinness* MdEP (Irland), stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, und *Martin Kamp*, Generalsekretär der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament



l-r: Sean Kelly MdEP (EVP-Fraktion, Irland) Mitglied des Ausschusses für regionale Entwicklung des EP, *Brian Hayes*, Mitglied des irischen Parlaments, Staatsminister für die Reform des öffentlichen Dienstes und für das Amt für öffentliche Arbeiten, *Janusz Lewandowski*, EU-Kommissar für Finanzplanung und Haushalt, *Valdis Dombrovskis*, ehemaliger lettischer Premierminister, *Gunnar Hökmark* MdEP, (Schweden) stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion, zuständig für Nachbarschaftspolitik und EURONEST, *Martin Kamp*, Generalsekretär der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, *Maria Luíz Albuquerque*, portugiesische Staats- und Finanzministerin, *Jim Higgins* MdEP (EVP-Fraktion, Irland), Quästor des Europäischen Parlaments, Mitglied des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr des Europäischen Parlaments, und *Johannes Hahn*, EU-Kommissar für Regionalpolitik, stellvertretender Vorsitzender der Europäischen Volkspartei

Albufeira, Portugal Studientage der EVP-Fraktion – Juni 2014

Die Studientage der EVP-Fraktion fanden vom 16. bis 18. Juni in Albufeira, Portugal, statt. Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Wahlen zum Europäischen Parlament zielte die Zusammenkunft darauf ab, die Herausforderungen abzustecken, denen sich die EVP-Fraktion und das Europäische Parlament in der bevorstehenden Wahlperiode stellen müssen, und die politische Strategie für die nächsten fünf Jahre zu erörtern. Ein weiterer Schwerpunkt war die Stärkung der Beziehungen zu den nationalen Parlamenten.

> Die politischen Herausforderungen der EU 2014-2019

Die Krise ist noch nicht vorbei. In vielen Mitgliedstaaten ist eine hohe Arbeitslosenquote zu verzeichnen. Die EU ist mit einem zunehmenden globalen Wettbewerb und einer Verschärfung der demografischen Lage konfrontiert.

Aus diesem Grund vertritt die EVP-Fraktion die Auffassung, dass den Bereichen Wachstum und Beschäftigung Vorrang eingeräumt werden muss. Die Wettbewerbsfähigkeit Europas muss gesteigert und sein Potential vollständig ausgeschöpft werden, um das europäische Sozialmodell aufrechtzuerhalten und Arbeitsplätze, vor allem für Jugendliche zu schaffen. Das kann nur durch finanzpolitische Glaubwürdigkeit, Solidität und Gerechtigkeit erreicht werden. Die EVP vertritt die Auffassung, dass gezielte Investitionen, das Potenzial des digitalen Binnenmarktes und ein offenes weltweites Handelssystem erforderlich sind.

Darüber hinaus äußerten sich die Redner besorgt über die steigende Zahl von Populisten und Nationalisten, erinnerten jedoch daran, dass Taten mehr zählen als Worte. Die EVP vertritt die Auffassung, dass Europa in großen Dingen groß und in kleinen Dingen klein sein muss.

Als zahlenmäßig stärkste Fraktion des Europäischen Parlaments wird die EVP-Fraktion dafür Sorge tragen, dass das Parlament seine starke Rolle uneingeschränkt erfüllt, und auf der Gemeinschaftsmethode bestehen.

> Stärkung der Beziehungen zu den nationalen Parlamenten

Alle Redner hoben hervor, dass den nationalen Parlamenten eine entscheidende Rolle zukommt, wenn es um die Kontrolle der Tätigkeit der nationalen Regierungen im Rat geht. Aus diesem Grund hat die EVP-Fraktion ihr Wirken auf interparlamentarischer Ebene intensiviert, um den Informationsaustausch zu fördern. Nunmehr ist es Sache der nationalen Parlamente, ihre Tagesordnungen an die des Europäischen Parlaments und an den Zeitplan des Europäischen Semesters anzupassen, um die Zusammenarbeit weiter zu erleichtern.



l-r: Joseph Daul, Vorsitzender der Europäischen Volkspartei, Viktor Orbán, Ministerpräsident Ungarns, Herman Van Rompuy, Präsident des Europäischen Rates, Jerzy Buzek MdEP (EVP-Fraktion, Polen) ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments, Manfred Weber MdEP (Deutschland), Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Martin Kamp, Generalsekretär der EVP-Fraktion, Paulo Rangel MdEP, stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Leiter der portugiesischen Delegation (PSD) der EVP-Fraktion, Nuno Melo MdEP, Leiter der portugiesischen Delegation (CDS-PP) der EVP-Fraktion, Carlos Silva e Sousa, Bürgermeister von Albufeira



*l-r: **Pedro Passos Coelho**, Premierminister Portugals, Vorsitzender der PSD, **Antonis Samaras**, Ministerpräsident Griechenlands, Präsident des Rates der Europäischen Union, und **Manfred Weber** MdEP (Deutschland), Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament*



***Manfred Weber** MdEP (Deutschland), Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament*

Europäisches Ideen-Netzwerk (EIN)

Das EIN ist eine Initiative der EVP-Fraktion, um eine Reihe von Akteuren in die Findung politischer Ideen für die europäischen Mitte-Rechts-Parteien einzubeziehen. Es handelt sich um ein Netzwerk von über 600 politisch Verantwortlichen und Meinungsbildnern aus fast 30 Ländern, die über den künftigen politischen Kurs der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten diskutieren.

Die Mitglieder kommen aus unterschiedlichen Bereichen: gewählte politische Funktionäre, Forschungsinstitute, politische Stiftungen, Akademiker, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen.

Im Rahmen des EIN werden unterschiedliche Aktivitäten organisiert, um ein dynamisches und lebendiges Diskussionsforum zu schaffen, in dem neue Denkweisen und positive Antworten auf die Herausforderungen einer Welt im schnellen Wandel angeregt werden:

> Frühstückstreffen und Arbeitsgruppenseminare

2014 wurde im Rahmen des EIN ein aktives Programm mit Frühstückstreffen und Seminaren im Europäischen Parlament organisiert, um sowohl gewählten politischen Verantwortlichen als auch Politikforschern in Brüssel ein Forum zu bieten, wo aktuelle Themen diskutiert werden können. Einleitende Worte von Meinungsbildnern auf dem jeweiligen Gebiet regten dabei die Diskussion an.

Während des gesamten Jahres wurden zudem zahlreiche Seminare von den EIN-Arbeitsgruppen veranstaltet.

> Sommeruniversität

Der Höhepunkt des EIN-Jahresprogramms ist die Sommeruniversität.

2014 fand sie am 19. Juni in Albufeira (Portugal) statt.

Das diesjährige Motto lautete „EIN: Umsetzung und zukünftige Rolle – der Erfolg der politischen Netzwerkarbeit“

Zusammenfassungen der EIN-Treffen sowie schriftliche Beiträge und Vorträge, die als Grundlage der Treffen dienten, werden auf der Website www.ein.eu veröffentlicht.



l-r: Francesca Traldi, Generalsekretärin der Magna-Carta-Stiftung, Antonio López Istúriz White MdEP (Spanien, EVP-Fraktion), Generalsekretär der Europäischen Volkspartei, Sekretär und Schatzmeister des Wilfried-Martens-Zentrums für Europäische Studien, Jim Kolbe, stellvertretender Vorsitzender des International Republican Institute (IRI) Board, ehemaliger Kongressabgeordneter, Jaime Mayor Oreja MdEP (Spanien), scheidender stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, zuständig für die politische Strategie und das Europäische Ideen-Netzwerk, Manfred Weber MdEP (Deutschland), Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Guillermo Martínez Casáñ, Berater der EVP-Fraktion, Direktor EIN, Javier Fernández-Lasquetty, ehemaliger Generalsekretär der FAES-Stiftung, Mitglied der Versammlung von Madrid, Michael Borchard, Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), Pascale Joannin, Generaldirektorin der Robert-Schuman-Stiftung

Vorbereitung der Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2014

Das Referat Politische Strategie hat einen maßgeblichen Beitrag zur Informations- und Kommunikationstätigkeit der EVP-Fraktion im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2014 geleistet. Seine Aufgabe bestand in der Bereitstellung von Wissen und thematischer Unterstützung für Abgeordnete und Kandidaten sowie in der politischen Informationsgewinnung. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Wirtschaftskrise und in Ermangelung positiver Narrative über Europa war es wichtig, das entschlossene und verantwortungsbewusste Vorgehen der EVP-Familie bei der Wiederherstellung der Stabilität und der Rückführung Europas auf den Weg der wirtschaftlichen Erholung hervorzuheben.

1. Bereitstellung von Wissen und Unterstützung

- > **Aktiver Beitrag zum Wahlprogramm der EVP für die Europawahl 2014:** Die Mitglieder der EVP-Fraktion haben einen maßgeblichen inhaltlichen Beitrag zum Wahlprogramm der EVP geleistet, indem sie frühzeitig Kernbotschaften entwickelt und die politische Kompetenz der Fraktion in Form von Änderungsanträgen eingebracht haben. Das auf dem EVP-Parteitag in Dublin am 6. und 7. März 2014 angenommene Aktionsprogramm trägt die deutliche Handschrift der EVP-Fraktion.
- > **Erfolge der EVP-Fraktion in der Wahlperiode 2009-2014:** Ausgehend von den Beiträgen der Koordinatoren hat das Referat Politische Strategie die 30 wichtigsten Erfolge der EVP-Fraktion in Form von speziellen Themenpapieren dargestellt. Diese wurden auf der Internetseite der EVP-Fraktion in allen EU-Sprachen zugänglich gemacht.
- > **Prioritäten der EVP-Fraktion für die Wahlperiode 2014-2019:** Auf der Grundlage der von den Koordinatoren der EVP-Fraktion vorgelegten und vom Präsidium gebilligten Schwerpunktpapiere und Kernbotschaften wurden fünf zentrale Prioritäten festgelegt: 1) Wirtschaftsaufschwung und Arbeitsplätze, 2) erfolgreiche kleine Unternehmen und Gewerbe, 3) die Zukunft junger Menschen, 4) eine sichere Gesellschaft und 5) Frieden

und Stabilität weltweit. Jedes der Kernthemen umfasste eine Reihe von Handlungsschwerpunkten – insgesamt 25 – mit einer entsprechenden Begründung, in der die wichtigsten Ziele sowie die Bereiche aufgeführt waren, in denen Meinungsunterschiede zu anderen politischen Familien bestehen.

- > **Sensible Themen und Kernfragen während der Wahlperiode 2009-2014:** Im Rahmen von parlamentarischen Arbeiten wurden mit der Unterstützung von Beratern 60 Themenpapiere zu sensiblen Themen und Kernfragen ausgearbeitet.
 - > **Extranet EVP-Fraktion/der EVP:** Auf der gemeinsamen Extranetseite der EVP-Fraktion und der EVP wurden den Kandidaten der EVP-Fraktion Ende Januar 2014 verschiedene weiterführende Unterlagen in allen EU-Amtssprachen zugänglich gemacht, die problemlos über Mobilgeräte abgerufen werden konnten.
- ### 2. Sammeln von politischen Informationen
- > **Soforteinsatzteam während des Wahlkampfes:** Die EVP-Fraktion kann auf ihre Kenntnis und Beherrschung von EU-Themen bauen. Während des gesamten Wahlkampfes standen den EVP-Kandidaten Mitglieder des Referats Politische Strategie zusammen mit Beratern der Dienststelle Parlamentarische Arbeiten für Fragen und Anliegen zur Verfügung.
 - > **Abstimmungsverhalten der Gegner:** Das Referat Politische Strategie wertete das Abstimmungsverhalten anderer Fraktionen bei wichtigen Themen aus und wies auf den Widerspruch zwischen bestimmten Abstimmungsergebnissen und den im Wahlkampf abgegebenen Erklärungen hin.
 - > **Reaktionen auf Kampagnen gegen die EU und populistische Argumente:** Das Referat Politische Strategie ergänzte die Arbeit des Zentrums für Europäische Studien (CES), jetzt Wilfried-Martens-Zentrum. Es stellte Argumentationspapiere bereit, in denen dargelegt wurde, wie populistische Argumente, z. B. zu Aussagen

wie „der Ausstieg aus dem Euro rettet die Wirtschaft“, entkräftet werden können, und schlug Gegenargumente zu den Äußerungen populistischer Parteien vor.

Im Ergebnis der Ende Januar 2014 abgeschlossenen Vorbereitungen für die Informationskampagne wurden den Kandidaten der EVP-Fraktion frühzeitig umfassende Informationsmaterialien und Monitoringdaten an die Hand gegeben und somit bereits im Vorfeld des Wahlkampfes zu den Europawahlen 2014 ein tatsächlicher Mehrwert und wirksame Unterstützung bereitgestellt.

Anhörungen und Konferenzen

Neben den vom Referat Politische Strategie organisierten Sitzungen richtet die EVP-Fraktion eine Reihe von Anhörungen und Konferenzen mit Fachleuten und Interessenträgern aus, bei denen Themen von Relevanz für das Europäische Parlament und für Bürgerinnen und Bürger der EU diskutiert werden.

Die Stände der EVP-Fraktion bei den Tagen der offenen Tür des Europäischen Parlaments in Brüssel und Straßburg ziehen zahlreiche Besucher an, da sie Bürgerinnen und Bürgern eine ideale Gelegenheit bieten, mehr über die politischen Prioritäten der EVP-Fraktion zu erfahren.

21/01/2014
Konferenz der EVP-Fraktion zu arbeitsfreien Sonntagen



Thomas Mann MdEP (EVP-Fraktion, Deutschland), Gastgeber der Konferenz

22/01/2014

Anhörung der EVP-Fraktion zu Möglichkeiten, junge Menschen beim Finden eines Arbeitsplatzes zu unterstützen



*l-r: **Dubravka Šuica** MdEP (EVP-Fraktion, Kroatien), Gastgeberin der Anhörung, und **Othmar Karas** MdEP (EVP-Fraktion, Österreich), Vizepräsident des Europäischen Parlaments*

23/01/2014

Konferenz der EVP-Fraktion zu Menschen mit Behinderungen



***Filip Kaczmarek** (Mitte), Gastgeber der Konferenz, mit Vertretern des Europäischen Parlaments und Gästen*

29/01/2014

Konferenz zu Junglandwirten



*l-r: **Joseph Daul** MdEP (Frankreich), Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, **Elisabeth Köstinger** MdEP (EVP-Fraktion, Österreich), Mitglied des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung im Europäischen Parlament, und **Nuno Melo** MdEP (EVP-Fraktion, Portugal), Leiter der portugiesischen Delegation der CDS-PP*

30/01/2014

Anhörung der EVP-Fraktion zu dem Abkommen über eine strategische Partnerschaft zwischen der EU und Japan



***Alojz Peterle** MdEP (EVP-Fraktion, Slovenien), Leiter der Anhörung und Berichterstatter des Europäischen Parlaments zum Thema Abkommen über eine strategische Partnerschaft zwischen der EU und Japan (Mitte), **S. E. Kojiro Sbiojiri**, Botschafter Japans bei der Europäischen Union, und **Viorel Isticioaia-Budura**, Exekutivdirektor für Asien-Pazifik beim Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD)*

30/01/2014

Anhörung über die Umsetzung von EU-Grundsätzen durch Nichtregierungsorganisationen



Ingeborg Gräßle MdEP (Deutschland), Koordinatorin der EVP-Fraktion im Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments (Rednerin), **Paul Rübig** MdEP (Österreich), stellvertretender Koordinator der EVP-Fraktion im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des Europäischen Parlaments, und **Manfred Krafft**, stellvertretender Generaldirektor, Rechnungsführer der Europäischen Kommission, Generaldirektion Haushalt (GD BUDG)

12/02/2014

Konferenz zur Mobilität von bulgarischen und rumänischen Bürgern: Mythen und Wirklichkeit



l-r: **Mariya Gabriel** MdEP (EVP-Fraktion, Bulgarien) und **Viviane Reding**, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, EU-Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft

19/02/2014

Anhörung der EVP-Fraktion über Horizont 2020 und das Europäische Institut für Innovation und Technologie (EIT)



Maria Da Graça Carvalho MdEP (EVP-Fraktion, Portugal), Moderatorin der ersten Podiumsdiskussion (Mitte), **Joana Lamego**, Institut für Molekularmedizin, und **Christos Vasilakos**, griechischer Vorsitz des Rates der EU

18/03/2014

Anhörung der EVP-Fraktion „Fußball für die Integration der Roma“ im Rahmen der Arbeitsgruppe zur Integration der Roma



Livia Járóka MdEP (EVP-Fraktion, Ungarn), Berichterstatterin des Europäischen Parlaments über die EU-Strategie zur Integration der Roma

18/03/2014

Anhörung zum territorialen Zusammenhalt



r-l: **Joseph Daul** MdEP (Frankreich), Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, und **Paulo Rangel** MdEP (EVP-Fraktion, Portugal), Gastgeber der Anhörung, für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten zuständiger stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion

02/04/2014

Konferenz zu den Beziehungen zwischen der EU und Russland: Rückkehr zum Kalten Krieg oder neues geographisches Paradigma



r-l: **Tunne Kelam** MdEP (EVP-Fraktion, Estland), Leiter der estnischen Delegation der der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Gastgeber der Anhörung, und **Elmar Brok** MdEP (EVP-Fraktion, Deutschland), Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments

02/04/2014

Anhörung der EVP-Fraktion „Internet heute und morgen“



r-l: **Angelika Niebler** MdEP (Deutschland), Vorsitzende der EVP-Arbeitsgruppe „Internet heute und morgen“, **Neelie Kroes**, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, EU-Kommissarin zuständig für Digitale Agenda, **Manfred Weber** MdEP (Deutschland), stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, und **Benjamin Edelman**, außerordentlicher Professor, Harvard Business School

03/04/2014

Anhörung der EVP-Fraktion zur nachhaltigen Entwicklung in den Berggebieten in Europa



Vladimir Urutchev MdEP (EVP-Fraktion, Bulgarien) und **Mariya Gabriel** MdEP (EVP-Fraktion, Bulgarien), Gastgeber der Anhörung

04/05/2014
Tag der offenen Tür der Europäischen Institutionen
in Straßburg



Besucher im Europäischen Parlament in Brüssel

17/05/2014
Tag der offenen Tür der Europäischen Institutionen
in Brüssel



Besucher im Europäischen Parlament in Straßburg

25/05/2014
Europäische Wahnacht 2014



*l-r: EVP-TV Moderator **Chris Burns**, **Theo Georgitsopoulos**, EVP-Fraktionssekretariat, EVP-TV Moderatorin **Katie Owens**, **Antonio López-Istúriz White** MdEP (EVP-Fraktion, Spanien), Generalsekretär der EVP-Partei, und EVP-TV Moderator **John Holland***

04/06/2014
Wahl des neuen Vorsitzenden der EVP-Fraktion



*l-r: **Manfred Weber** MdEP (Deutschland), Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, und **Joseph Daul**, Vorsitzender der Europäischen Volkspartei, scheidender Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament*

15/07/2014

Abstimmung im Plenum über die Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission



Manfred Weber MdEP (Deutschland), Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament (rechts), gratuliert **Jean-Claude Juncker** zu seiner Wahl zum Präsidenten der Europäischen Kommission

01/10/2014

Anhörungen der Kandidaten für Junckers neue Europäische Kommission



Marianne Thyssen MdEP (EVP-Fraktion, Belgien), designierte Kommissarin für Beschäftigung, Soziales, Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität

18/11/2014

Konferenz zum Thema Migration, Europa und die Wirtschaftskrise – Die Rolle der Kirche und das Engagement der EU



l-r: Jorge Nuño Mayer, Generalsekretär von Caritas Europa, **Jan Olbrycht** MdEP, Leiter der polnischen Delegation der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Msgr. **Alain Paul Lebeaupin**, Apostolischer Nuntius bei der Europäischen Union, **Manfred Weber** MdEP (Deutschland), Vorsitzender der EVP-Fraktion, und **Mariya Gabriel** MdEP (Bulgarien), stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion, verantwortlich für die Mittelmeerpolitik

19/11/2014

Europäisches Fleischforum



Renate Sommer MdEP (EVP-Fraktion, Deutschland), (rechts), Gastgeberin der Konferenz



- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8

Parlamentarische Arbeiten

3 Parlamentarische Arbeiten

Die Dienststelle Parlamentarische Arbeiten unterstützt die Abgeordneten der EVP-Fraktion bei ihrer täglichen legislativen Tätigkeit.

Mithilfe der Fachkenntnisse und Erfahrungen dieser Dienststelle gelingt es der EVP-Fraktion als größter politischer Fraktion im Europäischen Parlament, ihr ganzes Gewicht in allen politischen Bereichen zur Geltung zu bringen.

Im Folgenden wird ein Überblick über die Erfolge und Errungenschaften der vier Arbeitskreise im Jahr 2014 gegeben.



Françoise Grossetête MdEP (Frankreich), stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und Vorsitzende des Arbeitskreises „Wirtschaft und Umwelt“

Ständiger Arbeitskreis „Wirtschaft und Umwelt“

Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON)

Nachdem mehrere Mitgliedstaaten den Zahlungsverpflichtungen für ihre Staatsverschuldung beinahe nicht hätten nachkommen können, wurde der Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung in Europa verbessert. Der neue Rahmen dient der Umsetzung von Strukturreformen, damit die öffentlichen Finanzen solide und tragfähig werden. Die EVP-Fraktion war 2014 bestrebt, diesen Rahmen korrekt umzusetzen. Es besteht Handlungsbedarf angesichts der Tatsache, dass lediglich 10 Prozent der länderspezifischen Empfehlungen in den Mitgliedstaaten vollständig umgesetzt werden.

Als Reaktion auf die Finanzkrise bestand die Priorität der EVP-Fraktion darin, einen sichereren und solideren Finanzsektor im Binnenmarkt zu schaffen. Die Fraktion hat die Errichtung des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus und eines Einheitlichen Abwicklungsmechanismus für Banken unterstützt. Eine wichtige Errungenschaft war somit der Abschluss der Legislativtätigkeit für die Schaffung einer Bankenunion. Gemäß den im Zusammenhang mit dem Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) festgelegten Vorschriften wird die Europäische Zentralbank (EZB) zur zentralen Aufsichtsbehörde für die Finanzinstitute im Euro-Währungsgebiet und in den nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Ländern, die dem SSM beitreten. Seit November 2014 beaufsichtigt die EZB direkt die größten Banken, während die einzelstaatlichen Aufsichtsbehörden weiterhin über die übrigen Banken wachen werden. Die wichtigste Aufgabe der EZB und der einzelstaatlichen Aufsichtsbehörden, die im Rahmen eines integrierten Systems eng zusammenarbeiten, besteht darin, zu prüfen, ob die Banken die Bankenvorschriften der EU einhalten, Probleme gegebenenfalls frühzeitig in Angriff zu nehmen. Der Einheitliche Abwicklungsmechanismus (SRM) findet auf Banken Anwendung, die durch den SSM abgedeckt werden. In Fällen, in denen Banken trotz einer strengen Aufsicht Konkurs anmelden müssen, ermöglicht der Mechanismus eine effektive Abwicklung von Banken durch einen Ausschuss für die einheitliche Abwicklung und einen einheitlichen

Bankenabwicklungsfonds, der von der Bankenbranche finanziert wird. Der Zweck besteht darin, eine geordnete Abwicklung von notleidenden Banken zu gewährleisten, ohne dass den Steuerzahlern und der Realwirtschaft hohe Kosten entstehen.

Das einheitliche Regelwerk ist der Grundstein der Bankenunion. Es besteht aus einer Reihe von Legislativtexten, an die sich alle Finanzinstitute in der EU (darunter annähernd 8 300 Banken) halten müssen. In diesen Rechtsvorschriften werden Eigenkapitalanforderungen für Banken festgelegt, ein verbesserter Schutz für Einleger sichergestellt und die Abwendung und die Abwicklung von Bankenzusammenbrüchen reguliert. Zu den wichtigsten Rechtsvorschriften des einheitlichen Regelwerks gehört die 2014 erlassene Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten.

Dem Kampf gegen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung wurde große Aufmerksamkeit gewidmet. Die EVP-Fraktion bestand darauf, neue Formen der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu praktizieren. Eine Steigerung der Effizienz und Effektivität bei der Steuererhebung ist unbedingt notwendig. Hierfür ist der automatische Austausch von Informationen ein wichtiges Instrument. Die abgeänderte Richtlinie über die Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung wurde angenommen. Die Zusammenarbeit mit der OECD wird von der EVP-Fraktion begrüßt.

Die EVP-Fraktion unterstützt eine Einführung der vorgeschlagenen Finanztransaktionssteuer (FTS), für die bereits in elf Mitgliedstaaten das Verfahren der verstärkten Zusammenarbeit eingeleitet worden ist. Eine Einführung in allen Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets, oder bestenfalls weltweit, wäre ihrer Auffassung nach jedoch vorzuziehen.

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO)

Der IMCO-Ausschuss hat sich um den Abschluss von Schlüsselinitiativen zur Vollendung des Binnenmarkts und für die Förderung von Wachstum und Beschäftigung bemüht. Hierzu zählen die förmliche Annahme von neuen Vorschriften zur öffentlichen Auftragsvergabe und im Bereich Versorgung und Konzessionen. Verhandlungen über die Richtlinie über die Konzessionsvergabe unter der Federführung von Philippe Juvin (MdEP, FR) bildeten einen Eckpfeiler dieses Pakets. Da der Binnenmarkt für Waren noch immer fragmentiert ist, hat der IMCO-Ausschuss unter der Leitung von Zuzana Roithová (MdEP, CZ) die Schaffung eines gemeinsamen Rechtsrahmens für die Vermarktung zahlreicher Produkte vorangebracht, um die Überwachung der Märkte zu erleichtern und Verbraucher sowie Gewerbetreibende vor nicht sicheren Produkten zu schützen. Zugleich hat sich der IMCO-Ausschuss für eine Vereinheitlichung der Vorschriften zur Sicherheit von Konsumgütern und zur Marktüberwachung von Produkten eingesetzt, wobei ein formeller Abschluss noch aussteht. Birgit Collin-Langen (MdEP, DE) hat zur Unterstützung der Agenda von Präsident Juncker zur Schaffung eines vernetzten digitalen Binnenmarkts und zur Erwirtschaftung eines zusätzlichen Wachstums in Höhe von 250 Milliarden EUR die Annahme von Vorschriften für die elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen in die Wege geleitet. Marielle Gallo (MdEP, FR) hat dafür gesorgt, dass künftig elektronische Personalausweise gegenseitig anerkannt und die Vorschriften über elektronische Vertrauensdienste vereinheitlicht werden.

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE)

Die Annahme eines Fahrplans für die Stahlindustrie war von großer Bedeutung, da sie die Grundlage für die zentralen Wertschöpfungsketten der Industrie in Europa, darunter z. B. die Automobilindustrie, die Baubranche, dem Maschinenbau und die Elektrotechnik, darstellt. Unter der Federführung von András Gyürk (MdEP, HU) wurden eine Reihe von Vorschriften zur

Unterstützung dieses Sektors und zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit durch Stärkung der Innovation angenommen und die Schaffung von Wachstum und Beschäftigung erlassen.

Gunnar Hökmark (MdEP, SE) hat bei der Ausarbeitung des Berichts über die Telekommunikationsinfrastruktur aufmerksam darüber gewacht, dass alle Prioritäten der EVP-Fraktion berücksichtigt wurden: gezielte Investitionen für die Entwicklung von Breitbandnetzwerken und -verbindungen und für den Zugang zu einer Infrastruktur von digitalen öffentlichen Diensten. Die Aussprache über den Del Castillo Bericht über den „vernetzten Kontinent“ wird 2015 fortgeführt.

In Zusammenarbeit mit dem ENVI-Ausschuss hat der ITRE-Ausschuss unter der Federführung von Herbert Reul (MdEP, DE), Leiter der deutschen Delegation der EVP-Fraktion im EP, einen Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 angenommen. In diesem Bericht werden fünf Themengebiete behandelt: Ziele, Kohärenz der politischen Instrumente, Energiesicherheit, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Anerkennung der unterschiedlichen Kapazitäten der Mitgliedstaaten und die Auswahl von politischen Instrumenten. Das Thema der Kernenergie wurde in dem Bericht über die Sicherheit von kerntechnischen Anlagen behandelt, der von Romana Jordan (MdEP, SL) ausgearbeitet wurde. Im Bericht sind die Einführung eines Mechanismus für EU-weite Leitlinien zur nuklearen Sicherheit sowie die Stärkung der Rolle und der Unabhängigkeit der nationalen Aufsichtsbehörden vor. Es wird ferner auf die Stärkung der Transparenz und der anlageninternen Notfallvorsorge sowie der Notfallmaßnahmen abgezielt.

Schließlich wurden die einschlägigen sich hieraus ergebenden Bestimmungen für die Umsetzung des Programms „Horizont 2020“ angenommen. Dank des Einsatzes mehrerer EVP-Fraktionsmitglieder wurden 11 Berichte über die Kofinanzierung von Forschungsprojekten (sogenannte „gemeinsame Technologieinitiativen“) in den Bereichen KMU, Clean Sky, innovative

Arzneimittel, klinische Feldversuche, Metrologie, biobasierte Industrien, Brennstoffzellen und Wasserstoffantrieb sowie Elektronik erarbeitet.

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL)

Die von Danuta Jazłowiecka (MdEP, PL) ausgehandelte Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern war von großer Bedeutung. Mit dieser Richtlinie soll die Ausübung der Freiheit zur Erbringung der grenzüberschreitenden Dienstleistungen gemäß Artikel 56 AEUV mit dem angemessenen Schutz der Rechte von Arbeitnehmern, die vorübergehend ins Ausland entsandt werden, in Einklang gebracht werden. Sie enthält verbindliche Vorschriften, die auf entsandte Arbeitnehmer im Aufnahmestaats anzuwenden sind, und es werden Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen festgelegt, die eingehalten werden müssen, um den Mindestschutz von Arbeitnehmern zu gewährleisten. Die Richtlinie zielt darauf ab, die Umsetzung, Anwendung und Durchsetzung der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern (96/71/EG) zu verbessern und zu stärken, einschließlich von Maßnahmen zur Vorbeugung und zur Ahndung jeglichen Missbrauchs und der Umgehung der geltenden Vorschriften.

Konkret werden in der Richtlinie

- > Mindestmaßnahmen zur Anwendung, zur Umsetzung in nationales Recht und zur Überwachung der Richtlinie festgelegt;
- > der Zugang zu Information verbessert;
- > die gegenseitige Amtshilfe zwischen öffentlichen Stellen geregelt;
- > Vorschriften für die Überwachung und Kontrolle festgelegt;
- > die Gesamthaftung bei der Vergabe von Unteraufträgen geregelt und sichergestellt, dass innerhalb von Untervergabeketten der direkte Subunternehmer vom entsandten Arbeitnehmer für ausstehende Nettoentgelte haftbar gemacht werden kann, wobei

in den Mitgliedstaaten im einzelstaatlichen Recht hinsichtlich des Geltungsbereichs und Umfangs der Haftung bei Unteraufträgen strengere Haftungsregeln gelten können;

- > das Recht von Arbeitnehmern, in Bezug auf die Erfüllung der Richtlinie Klage einzureichen, Entgeltzahlungen, rückwirkende Zahlungen und Unterbringung festgelegt, wobei lediglich die für eine effektive Überwachung der Einhaltung der Vorschriften notwendigen verwaltungstechnischen Erfordernisse und Kontrollmaßnahmen vorgeschrieben werden.

Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr (TRAN)

Die EVP-Fraktion ist bestrebt, eine nachhaltige Finanzierung der Infrastruktur, eine bessere Berechenbarkeit, eine bessere Zugänglichkeit und eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit bei allen Verkehrszweigen zu erzielen. Eine Schlüsselrolle kam der Fraktion bei der Stärkung der Faktoren Nachhaltigkeit und Umweltschutz in den Rechtsvorschriften der EU im Bereich des Verkehrs zu. Dies zeigt sich insbesondere beim Vierten Eisenbahnpaket, für das die Abgeordneten Mathieu Grosch (BE), Antonio Cancian (IT), Luis de Grandes Pascual (ES), Dominique Riquet (FR), Georges Bach (LU) und Markus Ferber (DE) verantwortlich waren. Wir haben uns für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Schienenverkehrsunternehmen und für einen ausgewogenen Ansatz bei wirtschaftlichen und sozialen Fragen für die Unionsbürger, die Interessenträger im Schienenverkehrssektor der EU, Arbeitnehmer und Passagiere eingesetzt. Mehrere zentrale Bereiche der Luftverkehrspolitik der EU (Flughafenpaket, Fluggastrechte und der einheitliche europäische Luftraum II+, EASA/EAA, SESAR und Galileo/GNSS), eCall und NAIADES II waren ebenfalls Schlüsselprojekte des TRAN-Ausschusses. Unter der Federführung der EVP-Fraktion (Zeitnischen – Carlo Fidanza (IT), Lärm – Michael Gahler (DE), Passagierrechte – Georges Bach (LU), einheitlicher europäischer Luftraum II+, EASA und Galileo – Marian Jean Marinescu (RO) wurde bei den Verhandlungen eine zentrale Rolle übernommen.

Die Vollendung des einheitlichen europäischen Luftraums zählt zu den Prioritäten, einschließlich der uneingeschränkten Beachtung der Zusammenhänge zwischen dem Paket zum einheitlichen europäischen Luftraum II+ und dem Flughafenpaket, und den Legislativdossiers und dem Einsatz der FuE-Technologie (SESAR) sowie der Stärkung des Schutzes und der Rechte von Passagieren und der Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum für die Industrie und Dienstleistungserbringer. Die EVP-Fraktion hat ferner darauf bestanden, dass bei der Luftfahrtaußenpolitik der EU voll und ganz auf Gegenseitigkeit und fairen Wettbewerb geachtet werden sollte. Ferner haben wir die Initiativen ECall (Dieter-Lebrecht Koch MdEP (DE)) und NAIADES II (Corien Wortmann-Kool MdEP (NL)) vorangebracht. Dank ECall sollten Notrufzentralen künftig die Lage von Unfallorten genau bestimmen können. NAIADES II umfasst eine Richtlinie über die technischen Anforderungen für Binnenschiffe und eine Verordnung über kapazitätsbezogene Maßnahmen für die Binnenschiffahrtsflotten der Gemeinschaft, um die Verfügbarkeit von Mitteln für Sicherheitsmanagementsysteme zu verbessern.

Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI)

Das EP hat Einigungen in erster Lesung bei der Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung, der Verringerung des CO₂-Ausstoßes von Kraftfahrzeugen (ausgehandelt durch Thomas Ulmer (MdEP, DE)) und den zukünftigen Schallpegel von Kraftfahrzeugen, dem Zugang zu genetischen Ressourcen, der bevorstehenden Reihe von europäischen umweltökonomischen Gesamtrechnungen (koordiniert von Elena Oana Antonescu (MdEP, RO)) sowie der Verlängerung des „Stop-the-Clock“-Vereinbarung erzielt, wobei der Luftfahrtbranche ein klar festgelegter Übergangszeitraum für die Schaffung eines Emissionshandelsystems für Treibhausgase zugestanden worden ist (Berichtersteller Peter Liese (MdEP, DE)).

Weitere Standpunkte des EP in erster Lesung wurden zur Tier- und Pflanzengesundheit, zur Überwachung von Kohlenstoffdioxidemissionen im Seeverkehr, zur Abfallverbringung, zu In-vitro-Diagnostika (IVD) (Berichtersteller Peter Liese (MdEP, DE)), zu einer künftigen Reduzierung von leichten Kunststofftüten sowie zur technischen Umsetzung des Kyoto-Protokolls im Rahmen des Rahmenübereinkommens der VN über Klimaänderungen (ausgehandelt von Vladimir Urutchev (MdEP, BG)) erzielt. Das EP hat zudem einen ersten gemeinsamen Standpunkt zu dem Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 in Form eines Initiativberichts festgelegt, der gemeinsam vom ENVI- und vom ITRE-Ausschuss ausgearbeitet wurde. Eine weitere Einigung in erster Lesung wurde im Hinblick auf die Verordnung über klinische Versuche erreicht, mit der die Vorschriften innerhalb der EU harmonisiert werden sowie spezifische Bestimmungen für Prüfungen mit geringfügiger Intervention, die Rolle von Ethik-Kommissionen bei Genehmigungsverfahren und detaillierte Bestimmungen für die aufgeklärte Einwilligung von Patienten festgelegt werden.

Um künftig Lebensmittelkandalen in Zusammenhang mit Betrug, deren Zahl zugenommen hat, vorzubeugen, hat das EP seinen Standpunkt in den Berichten über die Nahrungsmittelkrise, den Betrug in der Nahrungskette und die entsprechenden Kontrollen (vorgelegt von Esther de Lange (MdEP, NL)) und über die elektronische Kennzeichnung von Rindern (ausgehandelt von Sophie Auconie (MdEP, FR)) dargelegt.



*l-r: **Herbert Reul** MdEP, Leiter der deutschen Delegation der EVP-Fraktion (CDU) im Europäischen Parlament und **Aldo Patriciello** MdEP (EVP-Fraktion, Italien), nehmen an der Abstimmung im ITRE Ausschuss teil, September 2014*



Esteban González Pons MEP (EVP-Fraktion, Spanien), stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und Vorsitzender des Arbeitskreises „Justiz und Inneres“ der EVP-Fraktion

Ständiger Arbeitskreis „Justiz und Inneres“

Rechtsausschuss (JURI)

Sicherstellung eines wirksamen Justizsystems und Beseitigung von Hindernissen für grenzüberschreitende Rechtsstreitigkeiten

Auf Initiative der EVP-Fraktion hin wurde das „Justizbarometer“ in einem von Tadeusz Zwiefka MdEP (PL) verfassten Bericht aufgefordert, zu der Entwicklung, Qualität, Effizienz und Unabhängigkeit der nationalen Rechtssysteme beizutragen. Mit einem weiteren Bericht von Tadeusz Zwiefka über die gerichtliche Zuständigkeit, Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Brüssel I) wurde der Weg für das einheitliche Patent frei gemacht. Wie ist das möglich? Das Übereinkommen über ein Einheitliches Patentgericht kann erst in Kraft treten, wenn die Beziehung zwischen Brüssel I und dem neuen Gericht geregelt ist.

Der Europäische Beschluss zur vorläufigen Kontenpfändung ist ein weiterer Erfolg der EVP-Fraktion (Berichtersteller: Raffaele Baldassarre MdEP (IT)). Mit ihm wird ein europäisches Instrument zur Verfügung gestellt, mit dem Konten grenzüberschreitend zu denselben Bedingungen, unabhängig davon, wo das zuständige Gericht seinen Sitz hat, eingefroren werden können. Dadurch können Gläubiger, die in grenzüberschreitenden Situationen einen Beschluss zur vorläufigen Kontenpfändung erreichen und durchsetzen wollen, Kosten und Zeit sparen.

Die EVP-Fraktion ist bei der Halbzeitüberprüfung des Stockholmer Programms vorausschauend tätig geworden und hat daher eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der Zukunft des JI-Bereichs gespielt.

Das Projekt zum Vertragsrecht voranbringen: Das Gemeinsame Europäische Kaufrecht (GEK)

Das Projekt zum Europäischen Vertragsrecht hat für die EVP-Fraktion höchste Priorität. Das Gemeinsame Europäische Kaufrecht (Ko-Berichtersteller: Klaus-Heiner Lehne MdEP (DE)) ist ein Instrument mit einem ungeheuren grenzüberschreitenden Handelspotenzial, das den Binnenmarkt für Verbraucher

und Unternehmen stärkt, indem es mehr Auswahl ermöglicht. Es wurde vom Europäischen Parlament (EP) im Februar 2014 verabschiedet. Dieser Rechtsakt bildet die Grundlage für alle künftigen Verhandlungen und Tätigkeiten des Europäischen Parlaments.

Bessere Rechtsetzung und die Übertragung von Rechtsetzungsbefugnissen

Die EVP-Fraktion tritt an vorderster Stelle für die Verringerung von unnötigem und unverhältnismäßigem Verwaltungsaufwand ein, um die demokratische Legitimität der EU und die rechtlichen Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zu verbessern. Unsere Fraktion hat sich dafür eingesetzt, dass die Interinstitutionelle Vereinbarung „Bessere Rechtsetzung“ von 2003 neu verhandelt und überarbeitet wird, um sie an den durch den Vertrag von Lissabon geschaffenen neuen rechtlichen Rahmen anzupassen. Der Bericht von Jozsef Szájer MdEP (HU), stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, über die Abgrenzung zwischen delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten gibt dem EP und den Berichterstellern klare Kriterien für die Verhandlungen im Rat an die Hand.

Stärkung der Rechte des geistigen Eigentums

Marielle Gallo MdEP (FR) hat die Verhandlungen über eine neue Richtlinie über die kollektive Wahrnehmung von Urheberrechten und die Vergabe von Lizenzen für Musikwerke zur Erleichterung der Lizenzierung für die Online-Nutzung von Musikwerken in Europa erfolgreich abgeschlossen. Kunstschaffende und Künstler werden künftig eine angemessene Entschädigung und klare Informationen über ihre Einkünfte erhalten, was sich positiv auf den digitalen Markt auswirken wird, da die Entwicklung neuer grenzüberschreitender Dienste erleichtert wird.

Reform des Gesellschaftsrechts: Verringerung des Verwaltungsaufwands und Verbesserung der Transparenz

In diesem Jahr wurden die Vorschläge für eine Richtlinie und eine Verordnung über Rechnungsprüfung, die Richtlinie über die Offenlegung nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen durch bestimmte große Gesellschaften und Konzerne sowie die Insolvenzverordnung angenommen. Mit ihnen wird das Ziel verfolgt, einen harmonisierten und klaren rechtlichen Rahmen für Unternehmen zu schaffen. Die Vorschläge wurden überwiegend von Berichterstattern und Schattenberichterstattern der EVP-Fraktion ausgehandelt: Klaus-Heiner Lehne MdEP (DE), Tadeusz Zwiefka MdEP (PL), Sebastian Bodu MdEP (RO), und Raffaele Baldassarre MdEP (IT).

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE)

Ein Bericht über die Halbzeitüberprüfung des Stockholmer Programms (Schattenberichterstatterin: Véronique Mathieu MdEP (FR) und Koordinatorin der EVP-Fraktion im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres) wurde gemeinsam von den Ausschüssen LIBE, JURI und AFCO erstellt. Durch die Zusammenarbeit wurde das bestmögliche Ergebnis sichergestellt, so dass die Agenda für die neue Wahlperiode aufgestellt werden kann.

Förderung der Privatsphäre der Bürger

2014 war ein erfolgreiches Jahr, was die Förderung und den Schutz der Privatsphäre unserer Bürger und den Datenschutz anbelangt. Dank der NSA-Enthüllungen und des Versäumnisses der EU, ihre Datenschutzbestimmungen mit Blick auf die zügige technologische Entwicklung zu aktualisieren, konnte die EVP-Fraktion die verschiedenen politischen Richtungen überzeugen, sich gemeinsam für die Aufstellung verbindlicher Normen zum Schutz persönlicher Daten einzusetzen.

Diese ist das Verdienst des Sprechers der EVP-Fraktion, Axel Voss MdEP (DE), der sich engagiert für einen besseren Schutz der Privatsphäre der EU-Bürger und einen wirksameren Rechtsschutz für die Daten von EU Bürgern eingesetzt hat, wobei

gleichzeitig sichergestellt wurde, dass die neuen Vorschriften keine unnötige Belastung für Unternehmen, insbesondere KMU, darstellen.

Gewährleistung der Sicherheit der EU-Bürger

Im Jahr 2014 hat die EVP-Fraktion ihren Einsatz für den Kampf gegen Terrorismus und organisiertes Verbrechen fortgesetzt. Der polizeilichen Zusammenarbeit kommt dabei zentrale Bedeutung zu, und Augustin Díaz de Mera MdEP (ES), hat im Namen der EVP-Fraktion entschiedene Maßnahmen auf EU-Ebene gefordert, um die Rolle der zuständigen EU-Agentur Europol zu stärken. Ein Rechtsetzungsverfahren muss eingeleitet werden, damit die Agentur die Instrumente erhält, die sie benötigt, um die Sicherheit unserer Bürger zu gewährleisten.

Ein Bericht über die Regelungen für die Überwachung der Seeaußengrenzen im Rahmen der von Frontex koordinierten operativen Zusammenarbeit wurde durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs möglich gemacht, dem zufolge das Europäische Parlament beteiligt werden muss und die Vorschriften verbindlich sein müssen. Dank der Bemühungen des Berichterstatters der EVP-Fraktion, Carlos Coelho MdEP (PT), wurde eine Einigung erzielt, mit der einerseits die verschiedenen Grundrechte im angemessenen Verhältnis berücksichtigt werden und andererseits der Rettung von Menschenleben und Fragen der Grenzsicherheit Rechnung getragen wird.

Visaliberalisierung und -überwachung

Die Berichterstatterin der EVP-Fraktion, Mariya Gabriel MdEP (BG), stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, hat in ihrem Bericht klare Kriterien für die Beurteilung von Drittländern im Vorfeld der Visaliberalisierung festgelegt. Außerdem hat sie ihren Bericht über die Visa-Erleichterung und das Rückübernahmeabkommen mit Aserbaidschan erfolgreich abgeschlossen. Die Berichterstatterin der EVP-Fraktion, Renate Sommer MdEP (DE), hat sich mit dem Rückübernahmeabkommen mit der Türkei auseinandergesetzt. Der Schattenberichterstatter, Marian Jean Marinescu MdEP (RO), stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, war an der zügigen

Verabschiedung eines Beschlusses über die Visaliberalisierung mit der Republik Moldau beteiligt.

Im Bereich der legalen Zuwanderung ist es dem Berichterstatter der EVP-Fraktion Salvatore Iacolino MdEP (IT), gelungen, die Verhandlungen über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen einer konzerninternen Entsendung abzuschließen, wodurch eine größere Mobilität von Arbeitnehmern, die für internationale Unternehmen in der EU tätig sind, sichergestellt wird. Georgios Papanikolaou MdEP (GR), beschäftigte sich als Schattenberichterstatter mit der Richtlinie über Einreise- und Aufenthaltsvoraussetzungen für Saisonarbeiter, und Anna Maria Corazza Bildt MdEP (SE), war Schattenberichterstatterin für den Bericht über die Zulassung von Drittstaatsangehörigen zum Zwecke der wissenschaftlichen Forschung, zur Absolvierung eines Studiums oder zur Teilnahme an einem Schüleraustausch, einer unbezahlten Ausbildungsmaßnahme oder einem Freiwilligendienst.

Die EVP-Fraktion hat auch im Bereich der Drogenpolitik Erfolge zu verzeichnen: Sie hat Lösungen auf EU-Ebene entwickelt, um die EU-Bürger wirksamer vor neuen psychoaktiven Substanzen zu schützen. Im Plenum wurden zwei entsprechende Berichte von Berichterstattern der EVP-Fraktion, Jacek Protasiewicz, und Teresa Jiménez-Becerril Barria MdEP (ES), angenommen.

Ausschuss für konstitutionelle Fragen (AFCO)

Neuer rechtlicher und finanzieller Status der europäischen politischen Parteien und Stiftungen

Nach fast zwei Jahren anhaltender intensiver Debatten und Verhandlungen haben das Europäische Parlament und der Rat zwei Verordnungen angenommen, die den neuen rechtlichen und finanziellen Status der europäischen politischen Parteien und ihrer Stiftungen regeln. Diese Verordnungen finden ab dem 1. Januar 2017 Anwendung.

Mit der ersten Verordnung, die vom Ausschuss für konstitutionelle Fragen (Bericht Marietta Giannakou MdEP (GR)) geprüft wurde, wird den europäischen politischen

Parteien und ihren Stiftungen Rechts-, Geschäfts- und Handlungsfähigkeit verliehen, und sie werden als solche anerkannt. Diejenigen, die Nutzen aus der europäischen Rechtsform ziehen wollen, müssen bestimmte Bedingungen hinsichtlich der demokratischen Vertretung erfüllen und die Werte, die der Union zugrunde liegen. Der europäische Rechtsstatus wird von einer unabhängigen, dem Europäischen Parlament zugehörigen Stelle zuerkannt werden, deren Aufgabe es sein wird, zu überprüfen, ob die Bedingungen für die Erlangung des europäischen Rechtsstatus eingehalten werden. Diese Stelle kann auch finanzielle Sanktionen gegen europäische politische Parteien und ihre Stiftungen aufgrund von Verstößen gegen die Verordnung verhängen. Mit der zweiten Verordnung wird sichergestellt, dass die Finanzierungsvorschriften an die Haushaltsordnung angepasst werden. Sie wurde vom Haushaltskontrollausschuss begrüßt (Bericht Ingeborg Gräßle MdEP (DE)).

Petitionsausschuss (PETI)

Gründliche Überprüfung der Bearbeitung von Petitionen

Auf Initiative des Berichterstatters der EVP-Fraktion Jarosław Wałęsa MdEP (PL) hat das Europäische Parlament im März 2014 eine Entschließung angenommen, mit der der Weg für eine gründliche Überprüfung der Bearbeitung von Petitionen frei gemacht wurde. Aufgrund der ständig wachsenden Zahl von Petitionen (fast 3 000 im Jahr 2013) haben sich die Mitglieder der EVP-Fraktion dafür eingesetzt, dass die Anliegen der Bürger, die ihr Recht auf Freizügigkeit innerhalb des Binnenmarkts, Umweltvorschriften und den Kampf gegen Diskriminierung betreffen, zeitnah und in verantwortlicher Weise beantwortet werden. Sie haben effiziente und transparente Untersuchungen von Petitionen gefordert, im Rahmen derer eine Debatte zwischen den nationalen Behörden und den europäischen Organen in Gang gebracht wird. Mit der Entschließung von Jarosław Wałęsa MdEP sollte das Profil des Petitionsausschusses als ein Überwachungsausschuss gestärkt werden, der die ordnungsgemäße Umsetzung und Anwendung des Besitzstandes der EU beaufsichtigt und den Bürgern außergerichtliche Lösungen vorschlägt, wenn ihre Beschwerden gerechtfertigt sind. Die Mitglieder haben beschlossen, der Partnerschaft zwischen dem Petitionsausschuss und den Petitionsausschüssen der nationalen Parlamente zentrale

Bedeutung einzuräumen, um den bestmöglichen Austausch von Erfahrungen und Praktiken und eine systematischere Weiterleitung von Petitionen an die zuständigen Behörden zu ermöglichen.

Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM)

Fortschritte auf dem Weg zur Gleichstellung der Geschlechter

Die Annahme einer EntschlieÙung zur sexuellen und reproduktiven Gesundheit und den damit verbundenen Rechten am 10. Dezember 2013 durch die Mehrheit im Plenum (Schattenberichterstatterin der EVP-Fraktion Mariya Gabriel MdEP (BG)) war ein bahnbrechender Erfolg für die EVP-Fraktion. Das Europäische Parlament erklärte, dass die Formulierung und Umsetzung von Maßnahmen im Bereich sexuelle und reproduktive Gesundheit und Sexualerziehung in Schulen zwar in den Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten fällt, die EU aber zur Förderung bewährter Verfahren beitragen kann. Unsere Fraktion hat also das Subsidiaritätsprinzip mit Erfolg verteidigt.

Was die Gründe von sexueller Ausbeutung und Prostitution und ihre Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter betrifft, ist die Schattenberichterstatterin der EVP-Fraktion Anna Záborská MdEP (SK), mit Unterstützung von Angelika Niebler MdEP (DE), mit der Berichterstatterin der S&D-Fraktion Mary Honeyball einen Kompromiss – „nordisches Modell“ und Kriminalisierung des Kunden – eingegangen, so dass sich im Plenum eine Mehrheit für die Annahme fand.

Der Fortschrittsbericht 2012 zum Thema „Gleichstellung von Frauen und Männern“ (Schattenberichterstatterin Anne Delvaux MdEP (BE)) war ein weiterer Erfolg für die EVP Fraktion.

Weitere Berichte hatten folgende Themen zum Gegenstand: Spezifische Maßnahmen in der Gemeinsamen Fischereipolitik für die Entwicklung der Rolle der Frauen (Schattenberichterstatterin Barbara Matera MdEP (IT)), Migrantinnen ohne

Ausweispapiere in der Europäischen Union (Schattenberichterstatterin Barbara Matera, MdEP (IT) und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (Schattenberichterstatterin Teresa Jimenez-Becerril Barrio MdEP (ES)).

Ausschuss für Kultur und Bildung (CULT)

Kulturhauptstädte Europas im Zeitraum 2020 bis 2033

(Berichterstatter Marco Scurria MdEP, IT))

Der Titel „Kulturhauptstadt Europas“ wurde erstmals 1985 verliehen, und mehr als 50 Städte wurden seitdem auf diese Weise ausgezeichnet. Der gegenwärtige Rahmenbeschluss läuft 2019 aus. Die Initiative hat mit Erfolg dazu beigetragen, Städte wiederzubeleben, ihr Image positiv zu beeinflussen und dem Fremdenverkehr Impulse zu geben, und sollte daher fortgesetzt werden. In seinem Bericht fordert Marco Scurria, MdEP (IT), an der europäischen Dimension als einzigartigem und wesentlichem Element dieser Maßnahme der Union festzuhalten. Außerdem sprach er sich für die Einbeziehung der örtlichen Zivilgesellschaft und die aktive Beteiligung der Bürger aus. Für die Steuerung des Projekts sollte die umfassende Unterstützung über die Parteigrenzen hinweg gesichert sein. Der Titel muss Städten vorbehalten sein, wobei es möglich sein muss, ihr Umland miteinzubeziehen.

Vorbereitung auf die vollständige Konvergenz der audiovisuellen Welt

(Berichterstatterin Sabine Verheyen MdEP (DE))

Durch das fortschreitende Zusammenwachsen herkömmlicher Rundfunkdienste mit dem Internet eröffnen sich den Verbrauchern erweiterte Nutzungsmöglichkeiten: In ihrem Bericht weist Sabine Verheyen MdEP (DE) darauf hin, dass sich aus der Konvergenz Fragen mit Blick auf den Verbraucher-, Jugend- und Datenschutz, aber auch hinsichtlich der Sicherung der Vielfalt, des Zugangs und der Auffindbarkeit, des regulatorischen Rahmens und der dualen Natur der Medien als Kultur- und Wirtschaftsgut ergeben. Die bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen müssen überprüft und gegebenenfalls an die heutige Realität zusammenwachsender Märkte angepasst werden.



Tadeusz Zwiefka MdEP (EVP-Fraktion, Polen), Koordinator der EVP-Fraktion im Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments



Marian Jean Marinescu MdEP (Rumänien), stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und Vorsitzender des Arbeitskreises „Haushalt und Strukturpolitik“ der EVP-Fraktion

Ständiger Arbeitskreis „Haushalt und Strukturpolitik“

Haushaltsausschuss (BUDG)

Nach der Annahme des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2014–2020 im Dezember 2013 beschäftigte sich der Haushaltsausschuss vornehmlich mit der Umsetzung dieses neuen Rahmens. Ein Initiativbericht über die Erfahrungen aus den MFR-Verhandlungen und den Ausblick für das Europäische Parlament (EP) in Haushaltsangelegenheiten wurde im Plenum mit großer Mehrheit angenommen und stellte das letzte Vermächtnis des kürzlich verstorbenen Berichterstatters für den MFR, Jean-Luc Dehaene MdEP (FR), dar.

Im Rahmen der politischen Einigung über den MFR 2014–2020 wurde die Hochrangige Gruppe „Eigenmittel“ eingesetzt, die von Mario Monti MdEP (IT), geleitet wird. Die Gruppe hat den Auftrag, sämtliche Aspekte der Reform des Eigenmittelsystems zu prüfen, und soll ihre erste Bewertung Ende 2014 abgeben. Die EVP-Fraktion misst diesem Prozess große Bedeutung bei und bringt sich mittels ihres Vertreters Alain Lamassoure MdEP (FR) aktiv ein.

Was den jährlichen Haushaltsplan angeht, ist die EVP-Fraktion bestrebt, eine dauerhafte Lösung für das immer wiederkehrende Problem der zu knappen Mittel für Zahlungen im EU-Haushalt zu finden. Bei der Lesung des EU-Haushaltsplans für 2015 im EP warben die EVP-Fraktion und ihr Koordinator im BUDG-Ausschuss, José Manuel Fernandes MdEP (PT) intensiv für den Standpunkt, dass zu diesem Zweck sämtliche in der neuen MFR-Verordnung vorgesehenen flexiblen Mittel, einschließlich des Spielraums für unvorhergesehene Ausgaben, in Anspruch genommen werden sollten.

Haushaltskontrollausschuss (CONT)

Jedes Jahr wird mit dem Entlastungsverfahren des Europäischen Parlaments (EP) auf politischer Ebene eine demokratische Ex-post-Kontrolle der

Verwendung der jährlichen EU-Haushaltsmittel durchgeführt. Der EVP-Fraktion oblag es dieses Jahr, die Ausführung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012 durch die Kommission zu prüfen. Markus Pieper MdEP (DE), fungierte dabei als Berichterstatter des Parlaments für die Entlastung und leitete die entsprechenden Arbeiten im Haushaltskontrollausschuss und im Plenum. In seinem Bericht forderte er die Kommission auf, die unmittelbare Verantwortung für Ausgaben im Bereich der Agrar- und Strukturpolitik zu übernehmen. Außerdem forderte er die Kommission auf, sich zu verpflichten, eigene stichprobenartige Vor-Ort-Kontrollen bei den Empfängern von EU-Mitteln und den nationalen Regierungsstellen durchzuführen. In dem Bericht war vorgesehen, dass die Mitglieder der neuen Europäischen Kommission dieser Maßgabe Rechnung tragen sollten. Entsprechende verbindliche Verpflichtungen wären Bestandteil des nächsten Entlastungsverfahrens, das von einer Berichterstatterin geleitet wird, die ebenfalls der EVP-Fraktion angehört, nämlich Ingeborg Gräßle MdEP (DE), die nach den Wahlen zum EP Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses geworden ist.

2014 war die EVP-Fraktion für andere Ausgabenbereiche zuständig. Die Entlastungsberichte für die Agenturen wurden von Petri Sarvamaa MdEP (FI) erstellt, während Paul Rübiger MdEP (AT) als Berichterstatter für die Gemeinsamen Unternehmen fungierte und Tamás Deutsch MdEP (HU) für die Entlastung der anderen Organe und Einrichtungen wie etwa des Rates und des Europäischen Auswärtigen Dienstes zuständig war.

Im März 2014 unternahmen Mitglieder des Haushaltskontrollausschusses eine Informationsreise in die Tschechische Republik, um sich ein genaues Bild von der Funktionsweise der Verwaltungs- und Kontrollsysteme der Strukturfonds zu verschaffen. Ingeborg Gräßle MdEP (DE) und Mitglied der Delegation forderte die tschechischen Behörden mit Nachdruck auf, ihr Gesetz über die Vergabe öffentlicher Aufträge zu verbessern und ein Gesetz über den öffentlichen Dienst zu erlassen, um künftige Mängel und systembedingte Fehler zu verhindern.

Ausschuss für regionale Entwicklung (REGI)

Die fünf Verordnungen über die Kohäsionspolitik (Europäischer Struktur- und Investitionsfonds – ESI-Fonds) für den Zeitraum 2014–2020 traten am 1. Januar 2014 in Kraft. Sie betreffen die Investitionsausgaben der Europäischen Union im Hinblick auf die Ziele der Strategie Europa 2020 und tragen dem wichtigen Aspekt des Wirtschaftswachstums und der Schaffung von Arbeitsplätzen Rechnung, die aus den Regionen der EU heraus entstehen. Der Inhalt der Verordnungen wird nun in „Partnerschaftsabkommen“ zwischen der EU und den einzelnen Mitgliedstaaten umgesetzt. Die der EVP-Fraktion angehörenden Mitglieder des Ausschusses für regionale Entwicklung achteten unter ihrem Koordinator Lambert van Nistelrooij MdEP (NL) streng darauf, dass mit den Verordnungen ein klarer rechtlicher und strategischer Rahmen und eine Partnerschaft zwischen allen Regierungsebenen und somit mehr Flexibilität innerhalb der thematischen Konzentration etwa auf Forschung und Innovation sowie auf eine CO₂-arme Wirtschaft sichergestellt wurden. Außerdem sind in den Verordnungen eindeutige und messbare Zielvorgaben für die Rechenschaftspflicht und die Ergebnisse vorgesehen, und auch das Konzept der „nachhaltigen Stadtentwicklung“ wurde geändert. Darüber hinaus wird mittels einer intelligenten Spezialisierung die innovationsfördernde Zusammenarbeit erleichtert.

Ein weiteres wichtiges Legislativdossier betraf die Reform des Solidaritätsfonds der EU, der eingerichtet wurde, um auf Naturkatastrophen reagieren zu können und sich seitens Europa den betroffenen Regionen gegenüber solidarisch zu zeigen. Die erzielte Einigung stellte für die EVP-Fraktion insofern einen Erfolg dar, als die Vorschusszahlungen für die betroffenen Regionen gesichert wurden, in unmittelbarem Zusammenhang mit Projektmaßnahmen stehende technische Hilfe förderfähig wurde, die Frist für die Antragstellung und die Durchführung von Projekten durch die Mitgliedstaaten verlängert wurde und ein eindeutiger Schwellenwert für die Förderfähigkeit im Falle regionaler Katastrophen eingeführt wurde.

Der Initiativbericht über lokale und regionale Folgen der Entwicklung intelligenter Netze sieht bis 2030 umzusetzende Zielvorgaben in den Bereichen Energieeffizienz, erneuerbare Energieträger und Treibhausgasemissionen vor. In dem Bericht wird nun Bezug auf frühere von der EVP-Fraktion geleitete Aktivitäten und insbesondere auf den Bericht über die Rolle der EU-Kohäsionspolitik bei der Umsetzung der neuen europäischen Energiepolitik genommen.

Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI)

Nachdem 2013 eine politische Einigung über die künftige Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) erzielt worden war, schloss das EP, das erstmals als Mitgesetzgeber fungierte, mit der endgültigen Annahme der entsprechenden „delegierten Rechtsakte“ Anfang 2014 einen historischen Reformprozess ab. Um die Interessen der europäischen Landwirte zu wahren, prüfte die EVP-Fraktion unter ihrem Koordinator Albert Deß MdEP (DE) eingehend die Folgen, die sich aus der Übertragung von Befugnissen an die Europäische Kommission ergeben. Die Fraktion stimmte den vorgeschlagenen delegierten Rechtsakten zu, weil sich die Kommission durch eine verbindliche Erklärung selbst verpflichtete, die Ökologisierungsanforderungen im Rahmen der GAP nach dem ersten Jahr der Anwendung zu überprüfen. Mairead McGuinness MdEP (IE), Schattenberichterstatterin für das Thema Direktzahlungen, betonte, dass Landwirte nicht mit komplizierten Vorschriften überfrachtet und daran gehindert werden dürften, sichere und hochwertige Lebensmittel in ausreichenden Mengen zu erzeugen.

Vor Ablauf der letzten Wahlperiode wurde die Position der europäischen Landwirte dank der Arbeit von Esther Herranz García MdEP (ES), im Bereich der Politik der EU zur Lebensmittelförderung erheblich gestärkt. Mit Rückendeckung durch die EVP-Fraktion konnte die Berichterstatterin mit dem Ministerrat eine Einigung über Maßnahmen zur Steigerung des Absatzes

landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus der EU innerhalb und außerhalb der Union sowie zur Wiederherstellung des Vertrauens der Verbraucher im Fall von Marktstörungen erzielen. Außerdem sorgte das EP dafür, dass die neuen Maßnahmen auch für Weine mit geschützter Ursprungsbezeichnung (g. U.) und geschützter geografischer Angabe (g. g. A.) gelten.

In der zweiten Jahreshälfte 2014 bekamen Landwirte aus der EU die schwerwiegenden Folgen des russischen Einfuhrverbots für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu spüren. Czeslaw Siekierski MdEP (PL) und Vorsitzender des AGRI-Ausschusses brachte die Angelegenheit in das Plenum ein und wies darauf hin, dass ein Drittel der Ausfuhren über Nacht weggebrochen sei, wobei dies insbesondere die Obst- und Gemüseerzeuger sowie die Milch- und Fleischwirtschaft betreffe. Die EU ist der am stärksten betroffene Handelspartner, da 73 % der Erzeugnisse, für die das Einfuhrverbot verhängt wurde, aus der EU stammen. Das EP forderte die Europäische Kommission nachdrücklich auf, den betroffenen Landwirten Hilfe zu leisten.

Fischereiausschuss (PECH)

Bei den legislativen Tätigkeiten des Fischereiausschusses ging es im Wesentlichen um den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) und das bilaterale Abkommen zwischen der EU und Marokko. Dabei hat die EVP-Fraktion einen entscheidenden Beitrag zur Umsetzung dieser Ziele geleistet.

Zum einen wurde im Januar 2014 eine Einigung über den neuen EMFF erzielt, wobei Regeln für die Strukturfonds festgelegt wurden, die im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens (2014–2020) der EU noch nicht angenommen worden waren. Alain Cadec MdEP (FR) und Berichterstatter trug wesentlich dazu bei, dass diese Einigung erzielt werden konnte. Durch den EMFF wird die nachhaltige Fischerei gefördert; außerdem wird die Diversifizierung von Küstenwirtschaften unterstützt, und es werden Projekte

finanziert, mit denen die Beschäftigung in Küstengebieten angeregt wird.

Zum anderen schlossen Marokko und die EU das auf vier Jahre ausgelegte Fischereiprotokoll ab. Gabriel Mato MdEP (ES) und Vorsitzender des Fischereiausschusses trug maßgeblich dazu bei, dass die endgültige Einigung zustande kam, und die Abstimmung im EP war für die EVP-Fraktion ein voller Erfolg. Gabriel Mato MdEP (ES) erklärte, das Protokoll sei ein Beispiel für einen verantwortungsvollen internationalen Ordnungsrahmen für die Fischerei, und er sei zuversichtlich, dass die finanzielle Unterstützung der EU helfen werde, durch gezielte sektorale Unterstützung eine nachhaltige Zukunft für die marokkanische Fischerei zu schaffen. Nach zwei Jahren können europäische Fischereifahrzeuge erneut Fischerei in marokkanischen Gewässern betreiben. Das Protokoll ist das zweitwichtigste seiner Art und zählt nach der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik der EU zu einer neuen Generation von Fischereiabkommen.



1 2 3 4 5 6 7 8

Externe Politikbereiche, Ausschüsse und Delegationen

4 Externe Politikbereiche, Ausschüsse und Delegationen

Der Service der EVP-Fraktion für Auswärtige Angelegenheiten, Ausschüsse und Delegationen soll die Gestaltung der Außenpolitik der EU durch die Förderung eines auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit beruhenden außenpolitischen Handelns, Stärkung der politischen Beziehungen mit Drittstaaten, Gewährleistung der Wirksamkeit des Erweiterungsprozesses, Förderung der Verbreitung der Grund- und Menschenrechte, Förderung des Freihandels und Bekämpfung der Armut weltweit unterstützen.

Ständiger Arbeitskreis „Auswärtige Angelegenheiten“¹

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (AFET)

Die östliche Nachbarschaft

Die Krise in der Ostukraine und die Beziehungen zu Russland wurden 2014 vorrangig behandelt. Im Anschluss an die unrechtmäßige Annexion der Krim und das Vordringen von Separatisten, die von Russland unterstützt wurden, und von russischen Militärangehörigen in östliche Teile der Ukraine unterstützte die EVP-Fraktion mehrere im Plenum angenommene Entschlüsse, um die Ereignisse zu verurteilen. Die EVP-Fraktion unterstützt die Einheit, die territoriale Integrität und die Souveränität der Ukraine. Wir fordern Russland auf, das Protokoll von Minsk einzuhalten und durchzusetzen und den Friedensplan von Präsident Poroschenko umzusetzen. Falls Russland nicht zur Entspannung der Lage beitragen sollte, wird sich die EVP-Fraktion für die Fortsetzung und Verschärfung gezielter Sanktionen einsetzen.

Die EVP-Fraktion unterstützt das Assoziierungsabkommen bzw. das vertiefte und umfassende Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Ukraine sowie dessen zeitgleiche Ratifizierung durch das ukrainische Parlament – die Verkovna Rada – und das Europäische Parlament (EP) am 16. September 2014. Die Fortsetzung der autonomen Handelspräferenzen bietet der Ukraine die Gelegenheit, Nutzen aus dem Zugang zum Markt zu ziehen, und ermöglicht die Umsetzung notwendiger Reformen, noch bevor die vorläufige Anwendung des vertieften und umfassenden Freihandelsabkommens, das am 1. Januar 2016 in Kraft treten wird, der Ukraine uneingeschränkt zugutekommen kann. Die EVP-Fraktion weist darauf hin, dass das Assoziierungsabkommen bzw. das vertiefte und umfassende Freihandelsabkommen nicht geändert werden kann/wird. Die EVP-Fraktion begrüßt die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens bzw. des vertieften und umfassenden Freihandelsabkommens mit Moldau und Georgien und bedauert den Druck, den Russland auf beide Länder ausübt. Das EP gab seine Zustimmung zu beiden Assoziierungsabkommen bzw. vertieften und umfassenden Freihandelsabkommen.

Der Nahe Osten

Die EVP-Fraktion forderte das EP im Jahr 2014 auf, sich mit der Notlage der religiösen und ethnischen Gemeinschaften in Syrien und im Irak zu befassen. Am 27. Februar nahm das EP eine Entschlüsselung zur Lage im Irak an, in der es seine Besorgnis über die Gewalt gegen die Zivilbevölkerung, schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen und Religionsgemeinschaften bekundete. In einer am 17. April 2014 angenommenen Entschlüsselung zur Lage bestimmter schutzbedürftiger Gruppen in Syrien würdigte das EP die Arbeit von Pater Frans Van der Lugt, der seit Jahrzehnten in Syrien lebte und sich weigerte, die besetzte Stadt Homs zu verlassen. Darüber hinaus wurden die Angriffe auf Christen, Armenier und Kurden verurteilt und die Beteiligten aufgefordert, jegliche Handlungen zu unterlassen, die darauf abzielen, Konflikte zwischen Volksgruppen und zwischen Glaubensgemeinschaften zu schüren. In einer Entschlüsselung des Europäischen Parlaments vom 18. September 2014 zur Lage im Irak und in Syrien sowie zur IS-Offensive, einschließlich der Verfolgung von Minderheiten, wurden sämtliche Formen der Verfolgung, Diskriminierung und Intoleranz aufgrund der Religion oder der Weltanschauung sowie Gewaltakte gegen religiöse Gemeinschaften verurteilt, und es wurde betont, dass das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit ein grundlegendes Menschenrecht ist.

Der Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2014

Der 1988 ins Leben gerufene Sacharow-Preis für geistige Freiheit wird jedes Jahr an Persönlichkeiten oder Organisationen vergeben, die sich für die Menschenrechte und Grundfreiheiten einsetzen.

Im Jahr 2014 wurde der Gynäkologe Denis Mukwege aus der Demokratischen Republik Kongo für seinen Kampf für den Schutz von Frauen mit dem Sacharow-Preis für geistige Freiheit ausgezeichnet. Denis Mukwege gründete und leitet das Panzi-Krankenhaus in Bukavu, wo er Opfer von sexueller Gewalt, die schwere Verletzungen erlitten haben, behandelt. Auch wenn der Krieg in der Demokratischen Republik Kongo offiziell beendet ist, finden immer wieder

¹ Mit Wirkung vom 1. September 2014 wurde die Ständige Arbeitsgruppe „Auswärtige Angelegenheiten“ förmlich von der Dienststelle Parlamentarische Arbeiten auf die Dienststelle Externe Politikbereiche, Ausschüsse und Delegationen übertragen.



Jacek Saryusz-Wolski MdEP (Polen), stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und Vorsitzender des Arbeitskreises „Auswärtige Angelegenheiten“

Kämpfe im Osten des Landes statt – ebenso wie Angriffe auf Zivilisten und Massenvergewaltigungen. Die Euromaidan-Bewegung, die zu den drei Finalisten für die Vergabe des diesjährigen Sacharow-Preises gehörte und von Mustafa Nayem, Ruslana Lyzhychko, Yelyzaveta Schepetylnykova und Tetiana Chornovol vertreten wurde, wurde während der feierlichen Verleihung vom EP mit einer lobenden Erwähnung geehrt. Die EVP-Fraktion erkennt die Bewegung als eine Stimme für europäische Werte sowie für Freiheit und Menschenrechte an

Ausschuss für internationalen Handel (INTA)

In Fragen des internationalen Handels hielt die EVP-Fraktion an ihrem traditionellen Ziel der Förderung einer gerechten Handelspolitik fest, mit der im Jahr 2014 auf multilateraler und bilateraler Ebene neue Möglichkeiten für die Industrie und die Bürger der EU geschaffen werden sollten.

Am 16. April 2014 stimmte das Europäische Parlament über einen wichtigen Bericht zum Thema „Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investor und Staat (ISDS)“ mit dem Titel **„Finanzielle Zuständigkeit bei Investor-Staat-Streitigkeiten vor Schiedsgerichten, welche durch völkerrechtliche Übereinkünfte eingesetzt wurden, deren Vertragspartei die EU ist“**, ab. Die EVP-Fraktion (Berichtersteller: Pawel Zalewski MdEP (PL)) hat einen Rahmen geschaffen, mit dem die EU ihre finanziellen Verantwortlichkeiten regeln kann, die sich aus der Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten ergeben. Bei ISDS handelt es sich um einen Rechtsmechanismus, bei dem Investoren unter bestimmten Umständen Verfahren gegen einen Staat einleiten können. Seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon verfügt die EU über eine ausschließliche Zuständigkeit für ausländische Direktinvestitionen und übernimmt so die Verantwortung für finanzielle Verpflichtungen, die sich aus verlorenen Zivilprozessen ergeben. Die Schlüsselfrage bezog sich auf die korrekte Aufteilung der Verpflichtung, Zahlungen an einen Investor zu leisten, d. h. wann und unter welchen Bedingungen die EU den zuerkannten Betrag zahlt, und in welchen Fällen der betreffende Mitgliedstaat dazu verpflichtet ist.

Die EVP-Fraktion hat eine angemessene Lösung gefunden, um die geschlossene externe Vertretung zur Wahrung von EU-Interessen zu verteidigen. Sie hat die Bestimmungen über den freien Kapitaltransfer und ihre Vereinbarkeit mit den Rechtsvorschriften der EU sowie das Maß an Investitionsschutz, das ausländischen Investoren in zukünftigen EU-Abkommen gewährt wird, in Angriff genommen.

Die EVP-Fraktion begrüßt die Annahme der Verordnung über die Ausübung der Rechte der Union in Bezug auf die Anwendung und die Durchsetzung internationaler Handelsregeln, ohne dass die Kommission – wie es zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Fall ist – in jedem einzelnen Fall einen Antrag stellen muss. Die Verordnung stellt für die Kommission ein wirksames und effizientes Instrument zur Durchsetzung der Rechte der Union im Rahmen internationaler Handelsabkommen in Bezug auf den Waren- und Dienstleistungsverkehr dar. Die Verordnung ist ein großer Erfolg für unsere Fraktion, die darauf beharrte, insbesondere den Dienstleistungssektor zu berücksichtigen. Sie ist jedoch nicht nur ein wichtiger Hebel für die Kommission im internationalen Handelsgefüge, sondern auch ein positives Beispiel für die Verteidigung der Interessen der EU in der Welt.

Die Verstärkung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten ist ein Schlüsselziel der EVP-Fraktion und steht im Mittelpunkt der Verhandlungen über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP). Ein ehrgeiziges, ausgewogenes und umfassendes Abkommen könnte durch die Schaffung globaler Handelsregeln (insbesondere angesichts des andauernden Stillstands der Doha-Runde beim WTO-Übereinkommen) und die Annahme gemeinsamer Handelsstandards großen Nutzen im Hinblick auf den bilateralen Handel bringen. Mit einem starken politischen Engagement und einer umfassenden Bereitschaft, die von der EVP-Fraktion unterstützt werden, können die Bedingungen für erfolgreiche Verhandlungen geschaffen werden. Angesichts der Lage in der Ukraine zählen die autonomen Handelspräferenzen (Berichtersteller: Pawel Zalewski MdEP (PL)) mit denen die Wirtschaft der Ukraine unterstützt werden sollte, zu den wichtigsten Dossiers des Jahres 2014. In

Anbetracht der Dringlichkeit der Situation wurde beschlossen, das Inkrafttreten des vertieften und umfassenden Freihandelsabkommens, das Bestandteil des Assoziierungsabkommens EU-Ukraine ist, nicht abzuwarten, sondern damit zu beginnen, die Zölle der Union auf Waren mit Ursprung in der Ukraine unverzüglich zu senken oder abzuschaffen.

Die EU hat unmittelbare und unbegrenzte Präferenzen für 82,2 % der Ausfuhren aus der Ukraine gewährt. Der verbleibende Prozentsatz wurde durch Zollkontingente teilweise liberalisiert. Um in den Genuss der einseitigen Präferenzen zu gelangen, musste die Ukraine die Ursprungsregeln der EU einhalten, in denen verfügt wird, dass die für die Ausfuhr bestimmten Waren ihren Ursprung in der Ukraine haben, und mit der EU zusammenarbeiten, um Betrugsrisiken vorzubeugen. Die einseitigen Handelspräferenzen haben es ukrainischen Ausfuhrern ermöglicht, 250 Mio. EUR einzusparen. Im Oktober 2014 wurden die Präferenzen aufgrund der Initiative der EVP-Fraktion bis Ende 2015 verlängert.

Entwicklungsausschuss (DEVE)

Im Jahr 2014 wurden zwei wichtige Berichte im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit angenommen. Dabei handelte es sich um oberste Prioritäten der EVP-Fraktion:

1. **Bericht über die Rolle der Eigentumsrechte, des Grundbesitzes und der Schaffung von Wohlstand im Hinblick auf die Beseitigung von Armut und die Förderung der nachhaltigen Entwicklung in Entwicklungsländern**, angenommen vom EP am 12. März 2014, Schattenberichterstatter: Gay Mitchell MdEP (IE).

Der Gesamtwert des rechtlich nicht geschützten und nicht eingetragenen Besitzes wird auf über 9,3 Billionen USD geschätzt; dabei handelt es sich um das 93fache des Betrags, der den Entwicklungsländern in den letzten 30 Jahren insgesamt an Außenhilfe gewährt wurde. Sollten rechtliche Strukturen zur Geltendmachung von

Eigentum geschaffen und die Menschen in die Lage versetzt werden, selbst über ihre Ressourcen zu bestimmen, könnte sich dies als die größte Erfolgsgeschichte – allerdings auch als die größte Herausforderung – des 21. Jahrhunderts auf dem Gebiet der Entwicklung erweisen.

Anerkannte und eingetragene Eigentumsrechte fördern das Wirtschaftswachstum und bieten vermehrt Möglichkeiten für Investitionen, da durch den Einsatz von Grundbesitz als Sicherheit ein Zugang zu Kapital und zu kostengünstigen Krediten eröffnet wird. Sichere Eigentumsverhältnisse erhöhen die Produktivität und fördern das Unternehmertum, indem ein Zugang zu funktionierenden Miet- und Verkaufsmärkten geschaffen wird und kommerzielle Werte durch die angemessene Eintragung von Landbesitz und KMU gefördert werden.

Durch intransparente, korrupte und unwirksame Raumordnungssysteme werden Unternehmertum und KMU wesentlich behindert; leicht übertragbarer Grundbesitz verringert jedoch die Kosten des Zugangs zu Darlehen, schafft zusätzliche Verdienstmöglichkeiten und trägt zu Innovation und Fortschritten in der Technologie bei.

2. **Bericht zum Bericht 2013 der EU über die Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung**, angenommen vom EP am 13. März 2014, Schattenberichterstatter: Gay Mitchell MdEP (IE).

Die Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung (PKE) ist zu einem globalen politischen Instrument geworden, mit dem aus EU-Strategien resultierende Widersprüchlichkeiten vermieden und somit negative Auswirkungen auf die Entwicklungsländer verhindert werden. Der Schwerpunkt des Berichts des EP liegt auf folgenden Punkten: Steuerung der Migrationsströme, Landwirtschaft, der Politik im Handels- und Energiebereich, einschließlich der Biokraftstoff-Politik der EU, die sich möglicherweise nachteilig auf die Entwicklungsländer auswirken, sowie der Politik im Bereich des Klimawandels und Fischereiabkommen.

Im Mittelpunkt des Berichts stehen folgende Aspekte und Vorschläge:

- > eine Schiedsfunktion, die dem Präsidenten der Kommission übertragen wird, der nach Maßgabe der von der Union im Zusammenhang mit der PKE eingegangenen Verpflichtungen zwischen kollidierenden Maßnahmen entscheiden sollte;
- > die wichtige Rolle, die das Europäische Parlament bei dem Prozess der Förderung der PKE spielen könnte;
- > die Notwendigkeit, innerhalb der Union einen unabhängigen Mechanismus für die Entgegennahme und förmliche Behandlung von Beschwerden zu schaffen, die von Bürgern oder Gemeinschaften, die von den politischen Maßnahmen der Union betroffen sind, eingereicht werden.

Der Berichtsentwurf mit dem Titel „**Die EU und der globale Entwicklungsrahmen für die Zeit nach 2015**“ (Berichtersteller: Davor Ivo Stier MdEP (HR)) wurde während der November-II-Tagung angenommen.

Im Anschluss an die Sonderveranstaltung der Vereinten Nationen zu den Millenniums-Entwicklungszielen (MDG) im September 2013 und die Vorlage der Berichte der Hochrangigen Gruppe und des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für die Zeit nach 2015 wurden die Verhandlungen über einen neuen Rahmen durch Gespräche der Offenen Arbeitsgruppe zum Thema Ziele für eine nachhaltige Entwicklung und des zwischenstaatlichen Sachverständigenausschusses zur Finanzierung einer nachhaltigen Entwicklung intensiviert. Der Berichtersteller möchte dazu beitragen, einen kohärenten und einheitlichen Standpunkt der EU festzulegen, der im Dezember 2014 vom Rat angenommen werden soll. In den Schlussfolgerungen des Rates sollten die Grundsätze der EU und die Grundzüge ihrer Verhandlungsstrategie dargelegt werden.

Der Berichtersteller arbeitet derzeit den Initiativbericht aus, ohne den Wortlaut des Syntheseberichts des UN-Generalsekretariats zu kennen, der die Grundlage für die zwischenstaatlichen Verhandlungen darstellt, die zu dem für

September 2015 anberaumten Gipfeltreffen über die Zeit nach 2015 führen. Der Handlungsrahmen für die Zeit nach 2015 sollte global ausgerichtet sein, weltweite Ziele verfolgen und universell gelten, wobei er den verschiedenen nationalen Gegebenheiten Rechnung tragen und die nationalen Politikansätze und Prioritäten achten sollte. Gegenseitige Rechenschaftspflicht in Bezug auf öffentliche, private, nationale und internationale Finanzmittel sollte im neuen internationalen Rahmen eine zentrale Rolle einnehmen. Der Berichtersteller legt seinen Schwerpunkt auf folgende Bereiche: Beseitigung der Armut, nachhaltige Entwicklung, Menschenrechte, Konfliktverhütung, Wiederaufbau nach Konflikten, Friedenskonsolidierung und Förderung eines anhaltenden Friedens, Klimawandel, Reduzierung des Katastrophenrisikos, Ernährungssicherheit, Ernährung, nachhaltige Landwirtschaft, Bekämpfung der Bodenverschlechterung, Wasseraufbereitung und Abwasserentsorgung, Gesundheit und Bildung, die zentrale Rolle von Frauen im künftigen Entwicklungsrahmen, inklusives und nachhaltiges Wachstum, Beschäftigung und Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze, die Privatwirtschaft, die Zivilgesellschaft sowie lokale Behörden.

Interparlamentarische Delegationen

Aufgrund der Parlamentswahlen im Jahr 2014 wurden die externen Dienstreisen der interparlamentarischen Delegationen und Versammlungen im März 2014 abgeschlossen. Außerdem hat die Konferenz der Präsidenten angesichts knapper Haushaltsmittel den Beschluss gefasst, externe Dienstreisen von interparlamentarischen Delegationen und Versammlungen bis zum Jahresende auszusetzen. Zugleich war das Jahr 2014 durch Turbulenzen und wachsende Instabilität in der ganzen Welt, insbesondere in den Nachbarländern Süd- und Osteuropas, gekennzeichnet.

Im Anschluss an das Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft im November 2013 in Vilnius rückte die Ukraine wegen der vom raschen Zerfall gekennzeichneten und instabilen Lage in den Mittelpunkt der internationalen Aufmerksamkeit. Wir waren Zeuge der friedlichen Proteste auf dem Maidan und an anderen Orten im Land; der illegalen Annexion der Krim; des Absturzes des Malaysia-Airlines-Flugs über der von russischen Separatisten besetzten Donbass-Region; und schließlich des sogenannten „Hybrid-Kriegs“, mit den Folgen von Tausenden von zivilen Opfern und einer Destabilisierung der Region. Wir sahen uns mit einer aggressiven Politik Russlands und einer Verschlechterung der humanitären Lage konfrontiert. Eine baldige Lösung des Konflikts ist nicht in Sicht. Unterdessen hat sich die Ukraine für die Fortsetzung ihrer europäischen Bestrebungen entschieden: Präsident Poroschenko wurde am 25. Mai im ersten Wahlgang mit 54,7 % der Stimmen gewählt; am 16. September haben die Verchowna Rada (das ukrainische Parlament) und das Europäische Parlament (EP) gleichzeitig das Assoziierungsabkommen mit überwältigender Mehrheit ratifiziert. Am 26. Oktober trug eine klare Mehrheit von pro-europäischen Kräften bei den Parlamentswahlen den Sieg davon.

Unsere Fraktion reagierte sofort und entschlossen, um die pro-europäischen und demokratischen Kräfte in der Ukraine zu unterstützen. Die EVP-Fraktion warnte die internationale Gemeinschaft immer wieder vor der Gefahr der aggressiven Politik Russlands. Im März fand das 21. Treffen des

Parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Ukraine in Kiew statt und im Mai wurde eine Wahlbeobachtungsmission entsandt; unsere Mitglieder organisierten überdies mehrere Ad-hoc-Missionen:

- Im Februar besuchte eine EVP-Delegation die Ukraine, als das ukrainische Parlament nach monatelangen Protesten über die Amtsenthebung von Präsident Janukowitsch und die Einsetzung einer Übergangsregierung abstimmte. Die Delegation überbrachte den Ukrainern eine Botschaft der Hoffnung und Unterstützung. Die Delegation traf sich auch mit Führern der EVP-Schwesterparteien, Vitali Klitschko und Arsenij Jazenjuk, sowie mit Eugenia Timoschenko, der Tochter der inhaftierten ehemaligen Ministerpräsidentin Julia Timoschenko. Besonders bewegend war der Besuch eines Kiewer Krankenhauses, in dem Mitglieder des Europäischen Parlaments mit den Demonstranten sprachen, die von den ukrainischen Sonderpolizeikräften geschlagen und verletzt wurden. Nach der Eskalation sprach Joseph Daul MdEP (FR) und Vorsitzender der EVP-Fraktion, den Familien der Opfer der Gewalt in der Ukraine sein Beileid aus und forderte den Rückzug der mörderischen Scharfschützen, der Berkut, sowie der bewaffneten Streitkräfte des Innenministeriums von den Straßen.



*l-r: **Jerzy Buzek** MdEP (EVP-Fraktion, Polen), **Elmar Brok** MdEP (EVP-Fraktion, Deutschland), Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, **José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra** MdEP (Spanien), Koordinator der EVP-Fraktion im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, **Jacek Saryusz-Wolski** MdEP (EVP-Fraktion, Polen) sprechen zu der ukrainischen Öffentlichkeit am Maidan, Februar 2014*



*l-r: **Cristian Dan Preda** MdEP (EVP-Fraktion, Rumänien), **Elmar Brok** MdEP (EVP-Fraktion, Deutschland), Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, **Manfred Weber** MdEP (Deutschland), Vorsitzender der der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, **Arsenij Jazenjuk**, Ministerpräsidentin der Ukraine, **Sandra Kalniete** MdEP (EVP-Fraktion, Lettland), **Joseph Daul**, Vorsitzender der Europäischen Volkspartei, **Andrej Plenković** MdEP (EVP-Fraktion, Kroatien), **Jacek Saryusz-Wolski** MdEP (EVP-Fraktion, Polen), Ukraine, Juli 2014*

- Im Juli 2014 besuchte eine EVP-Delegation unter Führung von Manfred Weber MdEP (EVP-Fraktion, DE), Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, und Joseph Daul, Vorsitzender der EVP, die Ukraine. Die wichtigsten Diskussionspunkte waren der Konflikt im Osten, die Verwicklung Russlands, das Assoziierungsabkommen sowie vorgezogene Wahlen. Die meisten Gesprächspartner, darunter Ministerpräsident Jazenjuk, wiesen auf die Verwicklung Russlands in den Konflikt und, direkt oder indirekt, auf den Absturz des Malaysia-Airlines-Flugs MH17 hin und appellierten an die EU, den Druck auf Russland zu erhöhen. Die schwere humanitäre Krise wurde ebenfalls angesprochen. Die EVP-Delegation bekräftigte ihre Unterstützung für die Ukraine und betonte die Notwendigkeit, der Gewalt ein Ende zu setzen und den Zustrom von Waffen, militärischer Ausrüstung und Soldaten aus Russland zu unterbinden. Dazu muss Russland die Grenzkontrollen beachten.
- Im Oktober 2014 entsandte die EVP-Fraktion vor den Parlamentswahlen eine Erkundungsmission in die Ukraine. Die Ziele der Mission umfassten: eine Analyse der Lage vor den Wahlen, insbesondere zur Abschätzung der Aussichten für eine pro-europäische Reformkoalition nach der Wahl; die Perspektiven einer Partnerschaft der EVP-Fraktion mit den politischen Parteien; die humanitäre Lage der Binnenflüchtlinge; Herausforderungen für die Energiesicherheit (Gas, Kohle); und die Unterstützung von EVP-Schwesterparteien und gleichgesinnten Parteien am Vorabend der Wahlen.

Die Delegation übermittelte mehrere Kernbotschaften:

- die Bedeutung der Bildung einer stabilen, inklusiven und geeinten pro-europäischen Reformkoalition nach den Wahlen, wobei persönliche Konflikte beizulegen sind;
- die Notwendigkeit der Nutzung des wegen der bevorstehenden Wahlen

engen „Zeitfensters“ für Reformen und des entschiedenen Handelns im Einklang mit dem Fahrplan für die im Assoziierungsabkommen/Freihandelsabkommen vorgesehenen Reformen und ihrer gründlichen Umsetzung;

- die Notwendigkeit der Verbesserung der Regierungsführung, der Rechtsstaatlichkeit und der Bekämpfung von Korruption als eine Voraussetzung für die Unterstützung der Bevölkerung für die Reformen und ein weiteres Engagement der europäischen Partner;
- die Dringlichkeit und Notwendigkeit, dass die mögliche kritische humanitäre Lage der 400 000 Binnenflüchtlinge von der Krim und aus der Donbass-Region angegangen wird;
- die Bereitschaft der EU-Organe zur Unterstützung der Ukraine bei der Suche nach einer Lösung für die unmittelbare Energieversorgung;
- die illegale Besetzung und Annexion der Krim muss weiterhin auf der internationalen Agenda stehen;
- das Europäische Parlament wird über die Verlängerung der autonomen Handelspräferenzen bis 31. Dezember 2015 (während der Straßburg-Tagung im Oktober) abstimmen;
- Euromaidan ist eine Quelle der Inspiration für viele Europäer.

In Bezug auf die anderen Länder der Östlichen Partnerschaft verfolgten unsere Mitglieder aufmerksam die politische Lage in Georgien und Moldau. Diese beiden Länder haben, zusammen mit der Ukraine, bisher ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union geschlossen.

Im März 2014 fanden das 16. Treffen des Parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Georgien in Tiflis sowie das Treffen des Parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Moldau in Chisinau statt. Das Hauptziel dieser Treffen war die Vorbereitung des Assoziierungsabkommens mit Georgien und der Republik Moldau am 27. Juni. Jedes Assoziierungsabkommen sah zudem eine weitreichende und umfassende Freihandelszone vor. Eine Erkundungsmission der EVP-Fraktion fand im November 2014 nach

Moldau vor den Parlamentswahlen am 30. November statt. Diese Wahlen waren ausschlaggebend für die Entscheidung der geopolitischen Orientierung des Landes. Das pro-demokratische Lager sicherte sich die Mehrheit der Sitze im Parlament; das Land wird somit seinen Weg nach Europa fortsetzen. Die Mitglieder der Delegation beteiligten sich an der Kampagne und trafen sich mit rund 800 Moldauern, denen sie die Vorteile des Assoziierungsabkommens vermittelten. Mitglieder der Delegation trafen sich mit Vlad Filat, Vorsitzender der PLDM (EVP-Beobachter), Iurie Leanca, Ministerpräsident der Republik Moldau, der beliebteste Politiker des Landes, Dorin Recean, Minister für Inneres, und Sabina Cerbu, stellvertretende Ministerin der Justiz und Diplomate.

Hinsichtlich der Erweiterung fanden zwei wichtige Treffen im März in den westlichen Balkanländern statt: das 8. Treffen des Parlamentarischen Stabilitäts- und Assoziationsausschusses EU-Montenegro in Podgorica und das 16. Interparlamentarische Treffen EP-Bosnien-Herzegowina.

Unsere Mitglieder konnten beobachten, dass es bedeutende regionale Entwicklungen gegeben hat, die den Integrationsprozess weiterhin auf Kurs halten. Serbien hat die Verhandlungen aufgenommen und mit dem Screening-Prozess für die Kapitel begonnen. Albanien hat im Juni 2014 den Status eines Bewerberlandes als Anerkennung für seine Integrationsbemühungen erhalten. Montenegro soll zu den Beitrittsverhandlungen und zur Fortsetzung des Reformprozesses ermutigt werden.

Allerdings gibt es einige besorgniserregende Trends, wie etwa die wachsenden Probleme im Zusammenhang mit dem Funktionieren der Organe in verschiedenen Ländern. Die jüngsten Boykotte der Parlamente in Albanien und Mazedonien sowie die problematische Lage im Anschluss an die Wahlen im Kosovo gaben Anlass zu ernsthaften Bedenken. Unsere Mitglieder nutzten die Gelegenheit, sich mit ihren Kollegen zu treffen, um klarzustellen, dass der

Integrationsprozess einen allgemeinen Konsens, der alle Teile des politischen Spektrums umfasst, sowie funktionierende Anweisungen erfordert.

In Bezug auf die Türkei fanden in Brüssel im April 2014 das 74. Treffen und im November 2014 das 75. Treffen des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses EU-Türkei statt. Auf dem 74. Treffen des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses äußerte Ria Oomen-Ruijten MdEP (EVP-Fraktion, NL), die Berichterstatterin des Europäischen Parlamentes für die Türkei, ihre Enttäuschung über die neuesten Entwicklungen in der Türkei und stellte fest, dass auf den letzten Treffen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und im Plenum, in dem über die Entschließung des Europäischen Parlaments diskutiert wurde, die allgemeine Stimmung sehr negativ war; viele Mitglieder des Europäischen Parlaments, die bislang Freunde der Türkei waren, wurden von den jüngsten Schritten der türkischen Regierung überrascht. Ria Oomen-Ruijten betonte, dass die Türkei die Kapitel 23 und 24 nicht notwendigerweise hätte eröffnen müssen, um die Reformen in diesen Bereichen voranzubringen, da die Kopenhagener Kriterien weiterhin als Hauptbezugspunkt dienen. Mehrere Mitglieder der türkischen Delegation des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses bedauerten daraufhin, dass unterschiedliche Maßstäbe hinsichtlich der Demokratie in der Türkei und in anderen Ländern angelegt würden. Die Teilnehmer prangerten zudem eine Krise des Wertesystems der türkischen Regierung an.

Im August 2014 wurde Recep Tayyip Erdogan bei einer niedrigen Wahlbeteiligung mit etwa 52 % der Stimmen zum Präsidenten gewählt.

Bezüglich der südlichen Nachbarländer verfolgten unsere Mitglieder weiterhin aufmerksam die Entwicklungen in der Region. Am besorgniserregendsten war die Entstehung des „Islamischen Staates“ in Syrien und im Irak. Während des Jahres 2014 fand eine Reihe wichtiger Delegationstreffen statt. Das 14. Interparlamentarische Treffen Tunesien-EP fand im Februar in Brüssel statt. EVP-Mitglieder beglückwünschten sowohl die Mitglieder des tunesischen

Parlaments als auch die tunesische Regierung für die Annahme der neuen Verfassung, die sie als „historisches Ereignis“ und „bedeutenden Schritt“ hin zum Aufbau eines Rechtsstaates in Tunesien bezeichneten. EVP-Mitglieder nahmen zudem an der Wahlbeobachtungsmission im Mai in Ägypten teil.

In Bezug auf die arabische Halbinsel fanden im März das 3. Interparlamentarische Treffen EP-Katar in Doha und das 7. Interparlamentarische Treffen EP-Kuwait in Kuwait-Stadt statt. Mitglieder der EVP-Fraktion betonten, dass beide Besuche eine gute Zusammenarbeit mit ihren Partnerinstitutionen (die Beratende Versammlung von Katar und die Nationalversammlung von Kuwait) sowie das Engagement für den Dialog mit Organisationen der Zivilgesellschaft und mit Menschenrechtsorganisationen bestätigten. Während ihres Besuchs in Kuwait-Stadt konnte die Delegation ihre Zusammenarbeit mit der Nationalversammlung (Majlis al-Umma), mit kuwaitischen Regierungsbeamten und Vertretern aus verschiedenen Bereichen der kuwaitischen Gesellschaft verstärken.

Hinsichtlich Nordamerika fand im März das 75. Interparlamentarische Treffen EU-USA und der Transatlantische Dialog der Gesetzgeber (TLD, Transatlantic Legislator's Dialogue) in Washington DC statt.

Schwerpunkt der Gespräche mit der Delegation waren die TTIP-Verhandlungen, Energiesicherheit und -handel, Computer- und Netzsicherheit, Datenschutz sowie Außen- und Sicherheitspolitik. Neben den offiziellen Sitzungen fand während des zweitägigen Besuchs eine Reihe von Veranstaltungen statt: Elmar Brok MdEP (DE), Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, lieferte einen Einblick aus erster Hand in die Strategie und Politik Russlands gegenüber der Ukraine und der Krim. Er sprach zudem die Wege an, auf denen die USA und die EU zusammenarbeiten können, um die gefährlichste Situation auf dem europäischen Kontinent seit dem Ende des kalten Krieges einzudämmen und zu deeskalieren.

In Bezug auf Latein- und Mittelamerika fand im März die 7. Ordentliche Plenarsitzung der Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika (EuroLat) in Athen statt. Die EVP-Mitglieder betonten die fruchtbare Zusammenarbeit und die außergewöhnliche Leistung der Versammlung in den letzten Jahren. Die Versammlung nahm eine Dringlichkeitsentschließung zu Femizid an und die vier ständigen parlamentarischen Ausschüsse berieten über Entschließungsanträge und Arbeitsdokumente zu Themen auf der bilateralen politischen Tagesordnung.

Das 17. Treffen des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses EU-Mexiko fand im April in Straßburg statt. Die EVP-Mitglieder befassten sich schwerpunktmäßig mit dem „Pacto por Mexico“, einer parteiübergreifenden Allianz, deren Fokus auf den allgemeinen Interessen Mexikos liegt. Die Mitglieder verschafften sich zudem einen Überblick über den Sachstand und die Perspektiven der Modernisierung des Globalabkommens und des Rechtsrahmens zwischen Mexiko und der EU. Auf dem Treffen des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses nahmen die beiden Parteien eine gemeinsame Erklärung an, in der die europäische Seite Mexiko zu den Anstrengungen im Kampf gegen Kriminalität, Korruption und Unsicherheit beglückwünschte.

Das 19. Treffen des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses EU-Chile fand im Januar 2014 statt. Beide Parteien betonten die Notwendigkeit der Modernisierung des Assoziationsabkommens EU-Chile in den Bereichen Handel, KMU, soziale Verantwortung der Unternehmen, Energie und Klimawandel. Sie begrüßten außerdem den erfolgreichen bilateralen Dialog über Menschenrechte und Demokratie und die Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung in der EU.

Was Asien betrifft, so war 2014 ein wichtiges Wahljahr für Indien, Indonesien und Afghanistan. Neben den Präsidentschaftswahlen in Afghanistan erfolgt nach über zehn Jahren der Präsenz der Abzug der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe (ISAF) aus dem Land.



l-r: Michael Gabler MdEP (EVP-Fraktion, Deutschland), Andrzej Grzyb MdEP (EVP-Fraktion, Polen), Iurie Leancă Ministerpräsident der Republik Moldau, Sandra Kalniete MdEP (Lettland), stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Jaromír Štětina MdEP (EVP-Fraktion, Tschechische Republik), Moldau, November 2014

Es fanden zahlreiche Delegationstreffen statt, insbesondere mit den ASEAN-Staaten. Mit sieben der zehn ASEAN-Mitglieder wurden Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Europa ausgehandelt, von denen zwei vor kurzem unterzeichnet wurden; es wurden vier Freihandelszonen errichtet – mit Singapur, Vietnam, Malaysia und Thailand –, obwohl diese vorübergehend auf Eis gelegt wurden. Während des ASEAN-Delegationstreffens wurde weiter festgestellt, dass 2015 aus mehreren Gründen ein bedeutungsvolles Jahr für die ASEAN-Region sein wird: der ASEAN-Binnenmarkt mit circa 600 Millionen Verbrauchern und einer stark wachsenden Mittelschicht wird geschaffen und es werden die ersten, hoffentlich demokratischen, Wahlen in Myanmar durchgeführt.

Was China anbelangt, so konnten die Spannungen mit Europa im Zusammenhang mit den Solarmodulen beigelegt werden, doch auf nationaler Bühne brachen im September Massenproteste in Hongkong aus. Aktivisten protestierten gegen die vom Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses Chinas angekündigte Wahlreform, da diese die Entwicklung der Demokratie in Hongkong behindern würde.

In Bezug auf Afrika und die AKP-Staaten fand im März 2014 die 27. Sitzung der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU in Straßburg statt. Die EVP-Fraktion spielte weiterhin eine führende Rolle bei der Sicherstellung einer Reihe von Erfolgen bei der Annahme von Berichten und Entschlüssen zu Themen wie Terrorismus oder Zollunion. Die Mitglieder warfen zudem die Frage nach in Nigeria und Uganda verabschiedeten umstrittenen Gesetzen, die Homosexualität unter Strafe stellen, auf. Gay Mitchell MdEP (IE), Koordinator der EVP-Fraktion im Entwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments, machte deutlich, dass „die EVP-Fraktion die Todesstrafe als höchste Verletzung der Menschenrechte strikt ablehnen wird...“. Kein EU-Staat dürfe die Todesstrafe anwenden oder eine langjährige Gefängnisstrafe wegen einvernehmlicher sexueller Handlungen zwischen Erwachsenen verhängen. Die EU würde manchmal den Versuch unternehmen, ihre Kultur

von Europa in die Entwicklungsländer zu exportieren, und Abgeordnete aus den AKP-Staaten hätten nicht ganz Unrecht, wenn sie dies behaupten. Im Hinblick auf die Todesstrafe behandle die EU jedoch alle Länder gleich. Würde Neuseeland oder Norwegen ein ähnliches Gesetz wie dieses einführen, würden wir genau dasselbe tun. Es sei nicht nur alarmierend, dass Uganda oder Nigeria solche Gesetze verabschieden, sondern alarmierend sei, dass andere AKP-Staaten solche Maßnahmen unterstützen. Dies sei nicht hinnehmbar und wir werden nicht schweigen, so Mitchell.

Im Dezember 2013 waren wir Zeuge des Ausbruchs der am weitesten verbreiteten Ebolafieber-Epidemie in der Geschichte, die in Guinea begann und dann auf Liberia und Sierra Leone übergriff. Bis November 2014 verzeichneten die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die jeweiligen Regierungen insgesamt 15 145 Verdachtsfälle und 5 741 Tote. Andere Quellen warnten jedoch, dass die Dunkelziffer möglicherweise drei Mal höher liegen würde, da viele Fälle nicht gemeldet wurden.



l-r: Gay Mitchell MdEP (Irland), Koordinator der EVP-Fraktion im Entwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments, Hans-Peter Mayer MdEP (EVP-Fraktion, Deutschland), Mariya Gabriel MdEP (EVP-Fraktion, Bulgarien), Michael Gabler MdEP (EVP-Fraktion, Deutschland), 27. Treffen der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU, Straßburg, März 2014



Beziehungen zu den nationalen Parlamenten

5

Beziehungen zu den nationalen Parlamenten

2014 konzentrierten sich die Aktivitäten der EVP-Fraktion in Bezug auf die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten auf zwei wesentliche Punkte: Im Rahmen der Wahlen zum Europäischen Parlament wurden Sitzungen für einen Meinungsaustausch mit dem Kandidaten der EVP für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission organisiert; und nach den Wahlen fanden Sitzungen statt, um die Tätigkeiten für den Zeitraum 2014-2019 wieder in Gang zu bringen.

Die Fraktion organisierte 2014 die folgenden Aktivitäten

20. Gipfeltreffen der EVP-Fraktionsvorsitzenden der nationalen Parlamente der EU und im Europäischen Parlament Brüssel, 7. April 2014

Der 20. Gipfel im Europäischen Parlament in Brüssel brachte die Vorsitzenden der EVP-Fraktionen in den nationalen Parlamenten der EU zusammen. Sie bekräftigten ihre uneingeschränkte Unterstützung für die Kandidatur von Jean-Claude Juncker für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission. Die Abgeordneten der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments und Spitzenkandidaten auf den Listen der EVP für die Wahlen zum Europäischen Parlament verabschiedeten außerdem eine Erklärung, in der die Bedeutung eines starken Europas herausgestellt wird, in dem alle Bürgerinnen und Bürger mit Zuversicht in die Zukunft blicken können. Im Mittelpunkt der Sitzung standen die Wahlen zum Europäischen Parlament und die Prioritäten der EVP für eine bessere Europäische Union. An der Sitzung nahm der aktuelle Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Durão Barroso, teil, der einen Überblick über seine Amtszeit gab. Die Spitzenkandidaten auf den Listen für die Wahlen zum Europäischen Parlament diskutierten mit Jean-Claude Juncker, dem Spitzenkandidaten für die EVP. David McAllister, Spitzenkandidat CDU, Deutschland; Marianne Thyssen, Spitzenkandidatin CD&V, Belgien; Valdis Dombrovskis, ehemaliger Ministerpräsident Lettlands, Spitzenkandidat Vienotība, Lettland; Alain Lamassoure, Spitzenkandidat

UMP, Ile de France, Frankreich; Danuta Hübner, Spitzenkandidatin Platforma Obywatelska, Warschau, Polen; Tomislav Dontchev, Spitzenkandidat GERB, Bulgarien; Theodor Stolojan, Spitzenkandidat PDL, Rumänien, stellten ihre politischen Programme vor und umrissen die Herausforderungen, vor denen sie in ihren jeweiligen Mitgliedstaaten stehen. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente erörterten ferner die Herausforderungen für die griechische EU-Ratspräsidentschaft.

Der Präsident der Europäischen Volkspartei (EVP) und Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Joseph Daul MdEP (FR), unterstrich die Prioritäten der politischen Familie der EVP. Demnach sei die Politik der EVP klar und umfasse folgende Aspekte: Fortsetzung der bereits begonnenen Arbeit; Herausführen Europas aus der „verschärften“ Krise und anschließende weitere Vertiefung der europäischen Integration. Man müsse zu einem realen Wachstum zurückkehren, einem Wachstum, das Arbeitsplätze schafft.

Die Abgeordneten betonten, dass Jean-Claude Juncker die am besten geeignete Person sei, um dies zu erreichen. Er besitze eine enorme europäische Erfahrung, agiere im Geiste der Solidarität und verfüge über ein ehrgeiziges, auf soziale Marktwirtschaft, finanzpolitische Stabilität, Modernisierung und wirtschaftlichen Fortschritt ausgerichtetes Programm.

Jean-Claude Juncker zeigte seine Prioritäten auf: Er verfechte ein starkes Europa. Die EVP sei die Partei, die Europa aus der Krise geführt und wieder nachhaltig auf den Weg hin zu Wachstum, Beschäftigung und Stabilität gebracht habe und dies auch weiterhin tun werde. Er zähle als Kandidat unserer Fraktion auf unsere Unterstützung in den kommenden Monaten, um diese Wahlen zu gewinnen, damit man gemeinsam tun könne, was unsere Stärke sei: Europa zu einem besseren und wohlhabenderen Raum für alle machen.

Paulo Rangel MdEP (PT), stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion, verantwortlich für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und



20. Gipfeltreffen der EVP-Fraktionsvorsitzenden der nationalen Parlamente der EU und im Europäischen Parlament

*l-r: **Martin Kamp**, Generalsekretär der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament **Jean-Claude Juncker** (Luxembourg), Spitzenkandidat für die EVP, **Paulo Rangel** MdEP (Portugal), stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion, verantwortlich für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und Führer der PSD-CDS-Koalition „Aliança Portugal“, **Konstantinos Moussouroulis** MdP (Griechenland), stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für europäische Angelegenheiten, **Marianne Thyssen** MdEP (Belgien), Spitzenkandidatin CD&V und **Danuta Maria Hübner** MdEP (Polen), Vorsitzende des Ausschusses für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments*

Führer der PSD-CDS-Koalition „Aliança Portugal“ betonte, dass Solidarität mit Verantwortung einhergehen müsse: Unsere politische Familie sei die positivste, konsequenteste, entschlossenste und effektivste Partei gewesen. Sie hätte eine strikte Politik unterstützt und die Europäische Einheit durch die Forderung nach unbedingter nationaler und europäischer Solidarität vertreten.

21. Gipfeltreffen der EVP-Fraktionsvorsitzen der nationalen Parlamente der EU und im Europäischen Parlament Brüssel, 17. November 2014

Das 21. Gipfeltreffen im Europäischen Parlament in Brüssel brachte die Vorsitzenden der EVP-Fraktionen in den nationalen Parlamenten der EU und zahlreiche weitere hochrangige Gäste zusammen. Dies war der erste Gipfel in der neuen Wahlperiode unter dem stellvertretenden Vorsitz von Esther de Lange MdEP (NL), neue stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion und verantwortlich für die Beziehungen zu den Fraktionen der nationalen Parlamente. Der Gipfel verzeichnete eine hohe Teilnehmerzahl mit über 26 Abgeordneten aus 16 Mitgliedstaaten. Der Gipfel wurde von Manfred Weber MdEP (DE), Vorsitzender der EVP-Fraktion im EP, eröffnet, und den gemeinsamen Vorsitz führten Elena Centemero MdP (FI), Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (IT), und Paolo Alli MdP, NCD, Mitglied des Ausschusses für europäische Angelegenheiten, Camera dei Deputati (IT). Zu den Gastrednern zählten Danuta Maria Hübner MdEP (PL), Vorsitzende des Ausschusses für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments, stellvertretende Vorsitzende der Konferenz der Ausschüsse für Gemeinschafts- und Europa-Angelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union (COSAC), und Corien Wortmann-Kool (NL), stellvertretende Vorsitzende der Europäischen Volkspartei.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Gipfeltreffen war ein Mitglied einer anderen politischen Partei zu einem Meinungsaustausch über die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten eingeladen: Frans Timmermans (S&D) sprach in seiner Eigenschaft als Vizepräsident der Europäischen Kommission für

bessere Rechtsetzung, interinstitutionelle Beziehungen, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechtecharta. Esther de Lange MdEP (NL) betonte, es sei gesund, „über den Tellerrand“ unserer eigenen politischen Familie zu schauen. Die EVP und die S&D teilten das Bewusstsein für Dringlichkeit, wenn es um die Wiederherstellung des Vertrauens in die europäische Zusammenarbeit gehe. Es fand ein Arbeitessen statt, an dem die Vizepräsidenten und Kommissionsmitglieder der politischen Familie der EVP teilnahmen: Valdis Dombrovskis, Vizepräsident, Kommissar zuständig für Euro und sozialen Dialog, Jyrki Katainen, Vizepräsident, Kommissar für Beschäftigung, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit, Miguel Arias Cañete, Kommissar für Klimaschutz und Energie, Carlos Moedas, Kommissar für Forschung, Wissenschaft und Innovation, Tibor Navracsics, Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, und Marianne Thyssen, Kommissarin für Beschäftigung, Soziales und Arbeitsmobilität. Der Schwerpunkt des zweiten Teils des Treffens lag auf „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung“ und wurde von Jyrki Katainen, Vizepräsident der Europäischen Kommission vorgestellt. Es sprachen Hans-Peter Friedrich MdP, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, Bundestag, (DE). Christian Jacob MdP, Vorsitzender der UMP-Fraktion, Nationalversammlung (FR), Daniel Neville TD, Vorsitzender der Fine Gael-Partei (IE), Marek Rocki MdP, Vorsitzender der Bürgerplattform-Fraktion im polnischen Senat und Luis Montenegro MdP, Vorsitzender der PSD-Fraktion (PT).

Esther de Lange MdEP (NL), stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion und verantwortlich für die Beziehungen zu den Fraktionen der nationalen Parlamente, betonte, Wachstum und Beschäftigung seien große Herausforderungen, die unsere umgehende Aufmerksamkeit erforderten. Das in Albufeira verabschiedete Arbeitsprogramm der EVP-Fraktion lege den Grundstein für die anstehende Arbeit. Aber dies könne nicht alleine bewerkstelligt werden. Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente müssten Hand in Hand arbeiten, um Wachstum und Beschäftigung für die Bürgerinnen und Bürger Europas zu schaffen.



**21. Gipfeltreffen der EVP-Fraktionsvorsitzenden der nationalen Parlamente der EU und im Europäischen Parlament
Brüssel, 17. November 2014**

l-r: Manfred Weber MdEP (Deutschland), Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, *Esther de Lange* MdEP (Niederlande), stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und verantwortlich für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten, *Jyrki Katainen*, Vize-Präsident der EU-Kommission und EU-Kommissar für Beschäftigung, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit



**21. Gipfeltreffen der EVP-Fraktionsvorsitzenden der nationalen Parlamente der EU und im Europäischen Parlament
Brüssel, 17. November 2014**

Esther de Lange MdEP (EVP-Fraktion, Niederlande), *Othmar Karas* MdEP (EVP-Fraktion, Österreich), und *Sofia Ribeiro* MdEP (EVP-Fraktion, Portugal) mit *Jyrki Katainen*, Vize-Präsident der EU-Kommission und EU-Kommissar für Beschäftigung, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit

Es wurde eine Schlusserklärung zu fünf Schlüsselthemen verabschiedet: Beschäftigung, Rechtsrahmen, Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Investition.

EVP-Netzwerk für europäische Angelegenheiten

Das 11. Netzwerktreffen der nationalen EVP-Parlamentarier für europäische Angelegenheiten und EVP-Fraktionsmitglieder des Europäischen Parlaments
Brüssel, 4. Februar 2014

Paulo Rangel MdEP, stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion und verantwortlich für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten, führte den Vorsitz bei dem Treffen des Netzwerks der nationalen Abgeordneten mit Zuständigkeit für europäische Angelegenheiten und Mitgliedern der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament in Anwesenheit des ehemaligen Ministerpräsidenten Lettlands, Valdis Dombrovskis (ein Kandidat der EVP für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission).

Der stellvertretende Vorsitzende Paulo Rangel sagte, dass die Legitimität und die politische Rolle der Kommission durch das neue Verfahren, bei dem der Präsident der Kommission vom Parlament gewählt wird, gestärkt würden, und dass die Europawahl dadurch an Bedeutung gewinne, dass die Entscheidung der Wähler bei der Wahl zum Europäischen Parlament direkter mit der Wahl des Präsidenten der Kommission verknüpft werde. Valdis Dombrovskis fügte hinzu, dass die neue Rolle des Europäischen Parlaments bei der Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission die Verbindung zwischen der demokratischen Wahl der Bürgerinnen und Bürger und der Führung Europas stärken solle. Der Vorsitzende des Ausschusses für konstitutionelle Fragen im Europäischen Parlament, Carlo Casini MdEP (IT), meinte abschließend, dass der Vertrag zwei klare Säulen vorsehe: Das Europäische Parlament sei der Vertreter der europäischen Bürger, und der Rat sei der Vertreter der Regierungen

der Mitgliedstaaten, die ihrerseits in demokratischer Weise gegenüber ihren nationalen Parlamenten und ihren Bürgerinnen und Bürgern Rechenschaft ablegen müssten. Vor diesem Hintergrund müssten wir uns darum bemühen, dass die Union mit den zur Verfügung stehenden Instrumenten arbeitet, insbesondere durch die europäischen politischen Parteien.

Das 12. Netzwerktreffen der nationalen EVP-Parlamentarier für europäische Angelegenheiten und EVP-Fraktionsmitglieder des Europäischen Parlaments
Brüssel, 13. Oktober 2014

Am Montag, 13. Oktober 2014 brachte das Netzwerktreffen der EVP-Abgeordneten mit Zuständigkeit für europäische Angelegenheiten Mitglieder der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments zusammen. Dieses erste Treffen nach den Wahlen zum Europäischen Parlament fand unter dem gemeinsamen Vorsitz des neuen EVP-Fraktionsvorsitzenden im Europäischen Parlament, Manfred Weber MdEP (DE), und der neuen stellvertretenden Vorsitzenden mit Zuständigkeit für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten, Esther de Lange, statt. Beim Arbeitsessen unterbreitete der Gastredner, Francis Delpérée, Mitglied des belgischen Abgeordnetenhauses, mehrere Vorschläge für eine engere Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament. Francis Delpérée schlug vor, möglicherweise eine zeitweise kombinierte Mitgliedschaft im nationalen Parlament und im Europäischen Parlament in Erwägung zu ziehen. Er regte ferner an, Treffen zwischen Experten verschiedener Parlamente zu organisieren.

Manfred Weber MdEP (DE), Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, betonte die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten. Er gab an, dass die kommenden Jahre große Herausforderungen für das Europäische Parlament bereithalten würden und



Das 11. Netzwerktreffen der nationalen EVP-Parlamentarier für europäische Angelegenheiten und EVP-Fraktionsmitglieder des Europäischen Parlaments, Brüssel, 4. Februar 2014

l-r: António Rodrigues MdP (Portugal), stellvertretender Vorsitzender der PSD-Fraktion, Carlo Casini MdEP (Italien), Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments, Paulo Rangel MdEP (Portugal), stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion, verantwortlich für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten, Miguel Seabra, Berater der EVP-Fraktion, Konstantinos Moussouroulis MdP (Griechenland), stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für europäische Angelegenheiten, Susanna Haby MdP (Schweden), Mitglied des Ausschusses für europäische Angelegenheiten



Das 12. Netzwerktreffen der nationalen EVP-Parlamentarier für europäische Angelegenheiten und EVP-Fraktionsmitglieder des Europäischen Parlaments, Brüssel, 13. Oktober 2014

l-r: Manfred Weber MdEP (Deutschland), Vorsitzender der EVP-Fraktion im EP, Esther de Lange MdEP (Niederlande), stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im EP, verantwortlich für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten, Beatrice Scarascia Mugnozza (EVP-Fraktion) Leiterin der Dienststelle Beziehungen zu den nationalen Parlamenten

eine feste Partnerschaft mit der S&D erforderlich sein werde, um eine stabile Mehrheit im Europäischen Parlament zu bilden. Esther de Lange MdEP (NL) betonte die Notwendigkeit der Politisierung unserer Reden sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene. So reiche es nicht aus, nur zu erklären, wie Europa funktioniert.

Die Teilnehmer des Treffens begrüßten die Forderungen nach einer engeren Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen von den nationalen Abgeordneten Hans-Peter Friedrich (CDU/CSU, DE), Borbely Laszlo (UDMR, HU), Raymond Knops (CDA, NL), Paolo Tancredi (NCD, IT), Jean Bizet (UMP, FR), Nicos Tornaritis (DR, CY), Elena Centemero (FI, IT), Anthony Lawlor (FG, EI) und Nuno Magalhaes (PS, PT).

Das EVP-Netzwerk der jungen Mitglieder

Das „Netzwerk der jungen Mitglieder“ setzt sich aus jungen Mitgliedern des Europäischen Parlaments zusammen und hielt am 7. Oktober seine erste Sitzung in der neuen Legislaturperiode ab. Der Schwerpunkt dieses Treffens lag auf der Vorstellung anstehender Aktivitäten für alle neuen jungen Mitglieder des EP. Pablo Zalba Bidegáin MdEP (ES) (Koordinator) und Lara Comi MdEP (IT), stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im EP (stellvertretende Koordinatorin), diskutierten über die Bedeutung des Netzwerks und eröffneten eine Debatte über Jugendpolitik. Das nächste Treffen des Netzwerks der jungen Mitglieder und das Jahrestreffen werden voraussichtlich Anfang 2015 stattfinden.

Die EVP und die interparlamentarische Kooperation in der EU

2014 organisierten verschiedene Ausschüsse des Europäischen Parlaments gemeinsame Sitzungen zu spezifischen Themen. Aufgrund der Wahlen zum

Europäischen Parlament endeten die Aktivitäten des Europäischen Parlaments im April. Es fanden drei Sitzungen statt: ein parlamentarisches Forum zum Thema „EU Parliaments in global governance“ (Die Parlamente der EU im Kontext der „Global Governance“), eine interparlamentarische Versammlung zum Thema „Preventing Violence against Women – A Challenge for All“ (Gewalt gegen Frauen verhindern: Eine Herausforderung für alle) sowie die gemeinsame Ausschusssitzung zum Thema „Future Priorities in the Field of Civil Liberties, Justice and Home Affairs“ (Künftige Prioritäten im Bereich bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres). Seit Beginn der neuen Legislaturperiode fand eine gemeinsame Ausschusssitzung zum Thema „The EU External Agenda and the Western Balkans“ (Die außenpolitische Agenda der EU und der westliche Balkan) statt.

Die Europäische Parlamentarische Woche zum Europäischen Semester

- Das „Europäische Semester“ und die Konferenz zu Artikel 13 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (SKS-Vertrag) (20.-22. Januar 2014)

Mitglieder der EVP-Fraktion und nationale Abgeordnete der EVP-Familie trafen sich, um im Rahmen der Europäischen Parlamentarischen Woche, die den Zyklus des „Europäischen Semesters“ für 2013 und 2014 umfasste, die wirtschaftspolitische Steuerung der Europäischen Union zu erörtern. Dieses Europäische Semester umfasste auch die Konferenz zu Artikel 13 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (SKS-Vertrag), die gemeinsam vom Europäischen Parlament und dem griechischen Parlament in Brüssel organisiert wurde. Die Konferenz kombinierte eine Reihe von Plenarsitzungen mit parallel stattfindenden Ausschusssitzungen mit dem Ausschuss für Wirtschaft und Währung des EP, dem Haushaltsausschuss des EP und dem Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des EP.



Das „Europäische Semester“ und die Konferenz zu Artikel 13 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (SKS-Vertrag), Brüssel, 20. - 22. Januar 2014

l-r: Vangelis Meimarakis MdP (Griechenland), Sprecher des griechischen Parlaments, Beatrice Scarascia Mugnozza, (EVP-Fraktion) Leiterin der Dienststelle Beziehungen zu den nationalen Parlamenten, Paulo Rangel MdEP (Portugal), stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion, verantwortlich für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten, Kai Wynands, Leiter des Arbeitskreises Wirtschaft und Umwelt, EVP-Fraktion, Elmar Brok MdEP (EVP-Fraktion, Deutschland), Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments und Sherpa des EP für die Verhandlungen über eine Wirtschafts- und Währungsunion

Die EVP-Fraktion organisierte während dieser Veranstaltung eine Vorbereitungssitzung, bei der Paulo Rangel MdEP (PT), stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion mit Zuständigkeit für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten dazu aufrief, die Rolle der parlamentarischen Kontrolle sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene zu stärken. Elmar Brok MdEP (DE), Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments und Sherpa des Europäischen Parlaments für die Verhandlungen über eine Wirtschafts- und Währungsunion, rief zu Verhandlungen über eine echte Wirtschafts- und Währungsunion auf und betonte die Notwendigkeit einer guten Zusammenarbeit, um sicherzustellen, dass jeder Mitgliedstaat für die Durchführung seiner Aufgaben verantwortlich und dazu fähig ist. Othmar Karas MdEP (AT), Vizepräsident des Europäischen Parlaments, bekräftigte den Wunsch, die Grundlagen für einen weiteren Ausbau der Zusammenarbeit zu legen.



Mittelmeerpolitik und Interkulturelle Tätigkeiten

6 Mittelmeerpolitik und Interkulturelle Tätigkeiten

Mittelmeerpolitik

Im Jahr 2014 bestätigte die EVP-Fraktion die Mittelmeerregion als eine politische Priorität und setzte ihre Tätigkeiten zur Verstärkung der Beziehungen zu den politischen Partnern der Union für den Mittelmeerraum (UfM) fort.

Arbeitsgruppe der EVP-Fraktion zur Mittelmeerpolitik

Die Arbeitsgruppe traf im Anschluss an die Wahlen zum Europäischen Parlament unter Vorsitz von Vito Bonsignore MdEP (IT), stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, und Mariya Gabriel MdEP (BG), stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, zuständig für Mittelmeerpolitik und EUROMED, monatlich zusammen.

Im zweiten Halbjahr schloss die Arbeitsgruppe die für die siebte Wahlperiode zugewiesenen Arbeiten ab und konzipierte eine innovative Strategie der EVP-Fraktion für die Mittelmeerpolitik im Zeitraum 2014-2019. Zu den Hauptzielen gehören: die institutionelle Reform der UfM und der Parlamentarischen Versammlung, Migrationsströme und humanitäre Notlagen, wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Sicherheit, Friedensprozesse und ein progressiveres politisches Netzwerk der EVP.

Parlamentarische Versammlung der Union für das Mittelmeer

Die Plenartagung der PV-UfM fand am 8. und 9. Februar 2014 in Jordanien statt. Die EVP-Fraktion spielte eine entscheidende Schlüsselrolle bei der endgültigen Ausarbeitung der angenommenen Empfehlungen, die das Präsidium genehmigt und die PV-UfM verabschiedet hatte. Zu den Themen gehörten: die arabischen Transformationsländer, die Bekämpfung von Korruption, die Finanzierung von KMU, Mikrofinanzierungen, künstlerische Produktion und integrative Kultur, die Rolle von Kulturinstituten, Hochschulpartnerschaften, Nachhaltigkeit der Wasserversorgung, Energieerzeugung, Abfallwirtschaft, die Rolle der Frauen in der Gesellschaft und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Austauschprogramm mit Algerien 27. - 30. Januar 2014

Die EVP-Fraktion organisierte zusammen mit der Partei und der CES-Stiftung eine Veranstaltung mit der RND-Partei und Mitgliedern der algerischen Zivilgesellschaft, um das gegenseitige Kennenlernen und einen progressiven Ansatz bei künftigen Initiativen zu fördern. Fünfzehn Algerier trafen mit Mitgliedern der politischen Familie der EVP zusammen. Joseph Daul MdEP (FR), Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Vorsitzender der EVP-Partei, und Tokia Saïfi MdEP (FR), Vorsitzende des politischen Ausschusses der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum, nahmen aktiv an den Diskussionen teil, in deren Mittelpunkt Energie, Landwirtschaft, Fischerei und die Bekämpfung des Terrorismus standen.



Arbeitskreis EUROMED, September 2014

l-r: Antonio Lopez Isturiz White MdEP (EVP-Fraktion, Spanien), Mariya Gabriel MdEP (Bulgarien), stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, zuständig für Mittelmeerpolitik und EUROMED, Paolo Licandro, stellvertretender Generalsekretär der EVP-Fraktion, Leiter der Dienststelle Mittelmeerpolitik und interkulturelle Tätigkeiten der EVP-Fraktion, Jorge Soutullo, Berater EVP-Fraktion

4. „Dead Sea“-Konferenz der EVP 9. Februar 2014

Die EVP-Fraktion veranstaltete am 9. Februar 2014 zusammen mit der Konrad-Adenauer-Stiftung die 4. „Dead Sea“-Konferenz. Die Konferenz fand in Jordanien nach der Plenartagung der PV-UfM unter dem Vorsitz von Joseph Daul MdEP (FR), Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Vorsitzender der EVP-Partei, und Atef Tarawneh MP, Präsident des jordanischen Repräsentantenhauses, statt. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Zukunft der Partnerschaft und Politik Europa-Mittelmeer, die Reform nach der „Frühlingsrevolution“ sowie politische Stabilität und Sicherheit. Der Fraktionsvorsitzende wurde von den Fraktionsmitgliedern Tokia Saïfi MdEP (FR), Maria Da Graça Carvalho MdEP (PT), Santiago Fisas Aixela MdEP (ES), Cristina Gutierrez-Cortines MdEP (ES) und Rodi Kratsa-Tsagaropoulou MdEP (GR), begleitet. Die Teilnehmer brachten ihre Verpflichtung zum Ausdruck, dem Mittelmeerraum weiterhin Priorität einzuräumen und die Zusammenarbeit zu fördern.

Seminar der EVP-Fraktion zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit 25. März 2014

Die EVP-Fraktion richtete unter dem Vorsitz von Jean Roatta MdEP (FR), Mitglied der PV-UfM, ein Treffen mit Fathallah Sijilmassi, Generalsekretär der Union für den Mittelmeerraum, Mario Aymerich, Direktor für Umwelt und Regionalentwicklung, Direktion Projekte, Europäische Investitionsbank, Irène Mingasson, Europäische Kommission, und Madeleine Majorenko, Leiterin der des Referats Europäische Nachbarschaftspolitik im EAD, sowie mit Botschaftern von Mittelmeerländern aus. Im Zentrum der Diskussionen standen Projekte, die von der Union für den Mittelmeerraum gefördert werden, und eine Verpflichtung der Europäischen Investitionsbank, die

wirtschaftliche Zusammenarbeit im Mittelmeerraum zu fördern. Cristina Gutiérrez-Cortines MdEP (ES) betonte die Notwendigkeit, die Quantität und Qualität der Investitionen der EU in der Region zu verbessern, da die Zusammenarbeit Europa-Mittelmeer für Frieden, Stabilität und Wirtschaftswachstum erforderlich sei.

Treffen mit Botschaftern bei der EU aus 16 Mitgliedstaaten der Union für den Mittelmeerraum 18. November 2014

Manfred Weber MdEP (DE), Vorsitzender der EVP-Fraktion im EP, und Mariya Gabriel MdEP (BG), stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, zuständig für Mittelmeerpolitik und EUROMED, waren Gastgeber bei dem halbjährlich stattfindenden Arbeitssessen mit den Botschaftern aus den Mittelmeerländern. Der Vorsitzende bekräftigte sein Engagement für eine neu ausgerichtete und starke politische Investition der EU in der Region. Ein Multilateralismus sei zwar zur Problemlösung erforderlich, die EU sollte jedoch auch auf bilateraler Ebene handeln, um den verschiedenen Problemen Rechnung zu tragen, die sich den Partnern im Mittelmeerraum stellten. Mariya Gabriel MdEP (BG), stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, zuständig für Mittelmeerpolitik und EUROMED, erläuterte die Vorzüge einer geänderten Vorgehensweise zur Entwicklung einer erneuerten Partnerschaft. Die Partner im Mittelmeerraum müssten eine neue Nachbarschaftspolitik der EU fördern, indem sie glaubwürdige nationale Pläne für Reformen und künftige Investitionen vorlegten, um so ein erneuertes und stabiles Engagement der EU zu bewirken.



Arbeitskreis EUROMED, März 2014

l-r: Fathallah Sijilmassi, Generalsekretär der Union für den Mittelmeerraum, Cristina Gutiérrez-Cortines MdEP (Spanien), Mario Aymerich, Direktor für Umwelt und Regionalentwicklung, Direktion Projekte, Europäische Investitionsbank, und Jean Roatta MdEP (Frankreich), Mitglied der PV-UfM

Konferenz über Wirtschaftskrise, Migration im Mittelmeerraum und die Rolle der Kirche 18. November 2014

Bei der Konferenz unter Vorsitz von Mariya Gabriel MdEP (BG), stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im EP, zuständig für Mittelmeerpolitik und EUROMED, wurde das Engagement der Kirche bei der Unterstützung von Armen, Migranten und Vertriebenen hervorgehoben; die EVP-Fraktion würdigte den unschätzbaren täglichen Einsatz des Vatikans und seiner Caritas sowie der Jesuiten und Wohltätigkeitsorganisationen aus ganz Europa. Manfred Weber MdEP (DE), Vorsitzender der EVP-Fraktion im EP, begrüßte S. E. Mgr. Alain Paul Lebeaupin, Apostolischer Nuntius bei der Europäischen Union, sowie Jorge Nuño Mayer, Generalsekretär von Caritas Europa, Jan de Volder, Vertreter der Gemeinschaft Sant'Egidio, Fr. Jean-Marie Carrière vom Jesuiten-Flüchtlingsdienst in Europa und Myria Vassiliadou, EU-Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels. Christos Stylianides, für humanitäre Hilfe und Krisenmanagement zuständiges Kommissionsmitglied, erläuterte die Rolle der EU bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise und den Nutzen der humanitären Hilfe für Drittstaaten, die sich in schweren Krisen befinden. Mariya Gabriel MdEP (BG) beschrieb eingehend die Auswirkungen der neuen Migrationsströme auf Europa und forderte ein umfassendes und gemeinsames Vorgehen bei diesem Phänomen.

Interkultureller Dialog

Im Zentrum der Tätigkeiten der Fraktion im Rahmen des interkulturellen Dialogs stand die Verfolgung von Christen im Nahen Osten. Treffen zu diesem Thema umfassten die Jahreskonferenz in Krakau und den 17. Jährlichen Interkulturellen Dialog in Brüssel.

Verfolgung religiöser Gruppen im Nahen Osten

Die Ereignisse im weiteren Nahen Osten hatten beträchtliche Auswirkungen auf die Tätigkeiten im Rahmen des interreligiösen Dialogs 2014. Die EVP-Fraktion setzte sich an vorderster Front dafür ein, die Notlage von Christen auf die politische Tagesordnung zu bringen. Teilnehmer aus dem Irak, Syrien und Ägypten berichteten ausführlich über Vorfälle, die von verbaler Belästigung bis zu Hinrichtungen, von der Verfolgung von Christen und religiösen Gruppen bis zu ethnischer Gewalt und geopolitischen Konflikten reichten. Die Vertreter baten die Abgeordneten um Unterstützung bei der Verteidigung von Religionsfreiheit und menschlichen Grundwerten.

Fotoausstellung: Porträt Indonesiens 11. Februar 2014

Die EVP-Fraktion veranstaltete in Zusammenarbeit mit der Botschaft der Republik Indonesien in Brüssel eine Fotoausstellung im Europäischen Parlament. Bei der Veranstaltung „Portrait of Indonesia: Unity in Diversity“ (Porträt Indonesiens: Einheit in Vielfalt) wurden Aufnahmen des reichen und vielfältigen kulturellen Erbes gezeigt, die von zwei europäischen Fotografen stammen, die von der EVP-Fraktion und der Botschaft der Republik Indonesien in Brüssel ausgewählt wurden. Die Fotografen besuchten zwei Wochen lang Städte in ganz Indonesien (in Zentraljava, Nord-Sulawesi, West-Nusa Tenggara, Ost-Nusa Tenggara und Bali), um das Wesen des Landes mit seiner religiösen Vielfalt einzufangen.



Treffen mit Vertretern der chaldäisch-katholischen Kirche Bagdad

l-r: György Hölvényi MdEP (EVP-Fraktion, Ungarn), Manfred Weber MdEP (Deutschland), Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, der Patriarch der chaldäisch-katholischen Kirche Louis Raphaël I. Sako (Irak) und weitere irakische Gäste



Fotoausstellung: Portrait Indonesiens

l-r: Werner Langen MdEP (EVP-Fraktion, Deutschland), Fotograf Thierry Monasse (Frankreich), Botschafter Arif Havas Oegroseno (Indonesien), Jan Olbrycht MdEP, Leiter der polnischen Delegation der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

14. Internationale Konferenz in Krakau 26. bis 27. September 2014

Die EVP-Fraktion veranstaltete die 14. Konferenz gemeinsam mit der Päpstlichen Universität Johannes Paul II in Krakau. Religiöse Führer, Wissenschaftler und europäische Politiker beschäftigten sich insbesondere mit der Frage „Was trennt uns, was eint uns in Europa?“ In seiner Einführung wies S. E. Kardinal Dr. Stanislaw Dziwisz, Erzbischof von Krakau, darauf hin, dass die europäische Gesellschaft drohe, die Wurzeln ihres christlichen Erbes zu vergessen, wodurch wesentliche Werte gefährdet seien. Die lebensspendende Seele Europas liege weiterhin in seinem christlichen Erbe, auch wenn der Kontinent mehr und mehr von seiner christlichen Seele abgetrennt werde. Er betonte die Wichtigkeit der europäischen Integration, die in den vergangenen 50 Jahren den Frieden zwischen Mitgliedstaaten ermöglicht habe. Doch bleibe noch viel zu tun, um die Kluft zu schließen, die Europas Gesellschaft teile.

Jan Olbrycht MdEP (PL), Vorsitzender der polnischen Delegation der EVP-Fraktion im EP, unterstrich, dass die europäische Integration Spannungen reduziere und Verständnis, Solidarität und Frieden zwischen den Bürgern fördere. Er betonte, dass sich Länder mit einem demokratischen System gemeinsam um eine friedliche Zusammenarbeit bemühen; Länder mit den gleichen Werten befänden sich nicht im Kriegszustand.

Treffen mit den Botschaftern der EU aus den 57 muslimischen Ländern 3. Dezember 2014

Auf Einladung der EVP-Fraktion und unter Vorsitz von Mariya Gabriel MdEP (BG), stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im EP, zuständig für Mittelmeerpolitik und EUROMED, trafen Fraktionsmitglieder mit Vertretern der Organisation für Islamische Zusammenarbeit zu politischen Gesprächen zusammen. Manfred Weber MdEP (DE), Vorsitzender der EVP-Fraktion im EP, unterstrich, dass Europa von der Tätigkeit seiner Nachbarn im Süden und im Nahen Osten unmittelbar betroffen sei und eine stärkere Zusammenarbeit daher erforderlich sei. Ein Dialog gefolgt von Zusammenarbeit sei die notwendige Basis für eine verbesserte Partnerschaft auf mehreren Ebenen. Die EVP-Fraktion legte einen umfassenden Plan für die Zusammenarbeit mit Botschaftern und ihren Behörden durch Treffen, Arbeitsgruppensitzungen und politische Besuche der EVP sowie den Empfang von Delegationen aus muslimischen Ländern vor.

17. Interreligiöser Dialog der EVP-Fraktion

Vom 10. bis 11. Dezember 2014 lud die EVP-Fraktion zu ihrer 17. jährlichen Konferenz des interreligiösen Dialogs mit dem Titel „Verfolgung religiöser Minderheiten in Konfliktgebieten“ ein. In Anwesenheit von Vertretern aus dem Krisengebiet und aus Ländern, die Vertriebene aufgenommen haben, erörterte die EVP in erster Linie die humanitäre Notlage und die ständigen Angriffe auf religiöse Minderheiten. Manfred Weber MdEP (DE), Vorsitzender der EVP-Fraktion im EP, eröffnete die Konferenz und begrüßte die Teilnehmer; dabei unterstrich er das starke Engagement der EVP-Fraktion bei der Sensibilisierung anderer europäischer Institutionen für die genannten Themen. An der Sitzung unter Vorsitz von Jan Olbrycht MdEP, Vorsitzender der polnischen Delegation im EP, und György Hölvényi MdEP (HU), nahmen Vertreter aus Ägypten, dem Libanon, Jordanien, dem Irak und Kurdistan teil, den Ländern, in denen Verfolgungen stattfinden oder die Vertriebene aufnehmen.

Der Schwerpunkt der Debatten liegt auf der weltweiten Verschlechterung der Religionsfreiheit in den letzten zwei Jahren. Es wird darauf hingewiesen, dass die christliche Minderheit im Nordosten Nigerias aufgrund der Bedrohung durch Boko Haram in ihrer Existenz gefährdet ist. Es wird betont, dass Bildung und Entwicklung eine wichtige Rolle spielen, um Angst und Manipulation unter der Bevölkerung zu verhindern. Die Ausbreitung des Kalifats (IS) und sein Streben nach Macht und Einfluss wurde hervorgehoben. Der IS versucht, die verbleibenden Christen im Nahen Osten auszurotten. Europa muss auf die zunehmende Verfolgung von Christen reagieren und die bedrohten Bevölkerungsgruppen unterstützen. Ein verstärkter Dialog mit den Muslimen sowie die Förderung von nichtstaatlichen Organisationen sind von zentraler Bedeutung, um die Zukunft von Christen im Nahen Osten zu sichern.



17. Interreligiöser Dialog der EVP-Fraktion

l-r: Peter Sefton-Williams, vorsitzender Redakteur des Reports „Religionsfreiheit weltweit 2012 - 2014“, Kirche in Not, Jan Olbrycht MdEP (EVP-Fraktion, Polen), Mgr. Steven Mamza, Bischof von Yola, Nigeria, Manfred Weber MdEP (Deutschland), Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und Paolo Licandro, stellvertretender Generalsekretär der EVP-Fraktion, Leiter der Dienststelle Mittelmeerpolitik und interkulturelle Tätigkeiten der EVP-Fraktion

Östliche Nachbarschaftspolitik und Erweiterung der EU

Im ersten Halbjahr 2014 kamen die Mitglieder der EVP-Fraktion monatlich zu Arbeitsgruppensitzungen zur östlichen Partnerschaft, EURONEST und Erweiterung unter Leitung von Gunnar Hökmark MdEP (SE), stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im EP, zusammen. Kommissionsmitglied Stefan Füle, zuständig für Erweiterung und Nachbarschaftspolitik der EU, nahm regelmäßig an diesen Sitzungen teil.

Aufgrund der Ukrainekrise spielte das Jahr 2014 eine entscheidende Rolle für die Beziehungen zwischen der EU und Russland. Nach dem Sturz von Präsident Janukowitsch kam es in der Ukraine mehrere Monate lang zu internen Spannungen. Die Lage verschärfte sich durch die Annexion der Krim und das Schüren von Unruhen durch Rebellengruppen im östlichen Teil des Landes.

Erkundungsmission der EVP-Fraktion in Georgien

26. April 2014

Eine Delegation der EVP-Fraktion unter Leitung von Krzysztof Lisek MdEP (PL), traf mit Vertretern der georgischen Regierung und Führern der Opposition zusammen. Die Gespräche drehten sich um die Frage der „selektiven Justiz“ im Anschluss an die Wahlniederlage der pro-westlichen Modernisierer.

4. Konferenz der EVP-Fraktion zu den westlichen Balkanländern: Von der Stabilisierung zum Beitritt

8. April 2014

Die Zukunft der westlichen Balkanländer in Hinblick auf den Beitritt zur EU war das Schwerpunktthema der 4. Konferenz der EVP-Fraktion zum westlichen Balkan. Bei der Konferenz wurden die Fortschritte und Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Beitrittsverfahren hervorgehoben. Es wurde

festgestellt, dass die Möglichkeit einer EU-Mitgliedschaft deutliche Impulse für Reformprozesse verleiht, die auf eine weitere Demokratisierung und Verbesserung der Lebensqualität abzielen.

Bei der Eröffnung der Konferenz unterstrich Joseph Daul MdEP (DE), Vorsitzender der EVP-Fraktion im EP, Vorsitzender der EVP-Partei, der Schlüssel zum Erfolg auf dem Balkan seien die politische und wirtschaftliche Stabilität und gute Beziehungen zu den Nachbarstaaten. Ein beitragswilliges Land oder ein Land, das einen Kandidatenstatus erhalten wolle, müsse dies berücksichtigen. Die Konferenz unter Leitung von Gunnar Hökmark MdEP (SE), stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion, wurde mit Eduard Kukan MdEP (SE), Leiter der Delegation für die Beziehungen zu den Balkanstaaten, und Riccardo Migliori, ehemaliger Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, eröffnet, die politische, soziale, wirtschaftliche und opportunistische Aspekte der Beziehungen zur EU erörterten.

Nebojša Stefanović, Präsident der Nationalversammlung von Serbien, stellvertretender Vorsitzender der Serbischen Fortschrittspartei, erläuterte, wie sich Serbien auf den EU-Beitritt vorbereitet. Mladen Ivanić MP, Mitglied der Völkerkammer von Bosnien und Herzegowina, Vorsitzender der Partei für Demokratie und Fortschritt (PDP) und ehemaliger Premierminister der Republika Srpska, und Senad Šepić MP, stellvertretender Vorsitzender der SDA und Direktor der Politischen Akademie von Bosnien und Herzegowina stellten fest, dass es derzeit einen politischen Fortschritt in der Region gebe und in Bosnien und Herzegowina der Wille bestehe, der EU beizutreten.

Lulzim Basha, Vorsitzender der Demokratischen Partei von Albanien, Bürgermeister von Tirana, erläuterte die Entwicklung der Politik in Albanien und Perspektiven in Hinblick auf den Beitritt zur EU. Er unterstrich, dass die Europäische Kommission sich dafür einsetzen müsse, die albanische Regierung unter Führung der Sozialisten zu drängen, alle von der EU geforderten Kriterien transparent zu erfüllen.

Die Mitglieder der EVP-Fraktion Marietta Giannakou MdEP (GR), Doris



4. Konferenz der EVP-Fraktion zu den westlichen Balkanländern: Von der Stabilisierung zum Beitritt 8. April 2014

Joseph Daul MdEP (Frankreich), Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament (Mitte), **Gunnar Hökmark** MdEP (Schweden), stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Nachbarschaftspolitik und EURONEST (rechts), **Eduard Kukan** MdEP (EVP-Fraktion, Slowakei), Vorsitzender der Delegation für Beziehungen zu Albanien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro und Kosovo (links)

Pack MdEP (DE), Dubravka Šuica MdEP (HR), Salvatore Tatarella MdEP (IT), Alojz Peterle MdEP (SL), Andrej Plenković MdEP (HR) und Cristian Preda MdEP (RO) nahmen an den Diskussionen teil. György Schöpflin MdEP (HU) schloss die Sitzung mit der Forderung nach einem gemeinsamen Engagement für den Beitritt der Balkanländer ab, um Sicherheit für die gesamte Region zu schaffen und eine neue Chance für ein Wachstum mit Europa zu bieten.

Regionalkonferenz der EVP-Fraktion zur Makroregion Adria-Ionisches Meer 30. - 31. Januar 2014

Die EVP-Fraktion hielt ihre internationale Konferenz zur Makroregion Adria-Ionisches Meer mit dem Ziel ab, ein politisches Vorhaben zu unterstützen, mit dem die Integration des Balkans in die EU gefördert wird. Die EVP-Fraktion beschäftigte sich zum ersten Mal mit dem Thema und schaffte damit eine solide institutionelle Grundlage für die Initiative. Dieses Projekt betrifft die Makroregionen Donauraum und Ostseeraum. Die Makroregion Adria-Ionisches Meer umfasst vier Mitgliedstaaten der EU (Kroatien, Griechenland, Italien und Slowenien) und vier Nicht-Mitgliedstaaten der EU auf dem Balkan (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien), die potenzielle Bewerber für den Beitritt zur EU sind.

Bei der Eröffnung der Konferenz begrüßte Vito Bonsignore MdEP (IT), stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im EP, Senator Mario Mauro, den italienischen Verteidigungsminister, und unterstrich die Bedeutung der makroregionalen Strategie; er erklärte, die Chance, die dieses Projekt biete, sei einer der Schritte für weitere Entwicklungen der Beziehungen zwischen der EU und der Balkanregion.

Minister Mario Mauro erläuterte, wie die Makroregion mehr Wohlstand und soziale Entwicklung bringen, eine konkrete Chance für die Wettbewerbsfähigkeit bieten und die Attraktivität für Finanzmärkte

verbessern würde. Salvatore Tatarella MdEP (IT), Mitglied des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit, ging auf den Aspekt des territorialen Zusammenhalts ein: die makroregionale Strategie solle die Möglichkeit bieten, ein nachhaltiges und harmonisches Wachstum zu fördern, die Kluft zwischen verschiedenen geographischen Gebieten der Union zu verringern und die Entwicklung der Region durch eine grenzübergreifende Zusammenarbeit zu verbessern.

Alojz Peterle MdEP (SL), Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des EP, unterstrich, dass in den westlichen Balkanländern trotz 20 Jahren demokratischer Reformen noch Überreste des Kommunismus bestünden. Riccardo Migliori, ehemaliger Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, stellte fest, dass, wenn Makroregionen als „funktionale Räume“ definiert werden könnten, die anhand spezifischer Projekte ermittelt würden, die Makroregion Adria-Ionisches Meer als eine Region zu betrachten sei, die historisch und politisch für die gesamte EU Bedeutung habe. Da die Europäische Union neben einer wirtschaftlichen Union vor allem eine politische Union sei und sein solle, müsse die gleiche Perspektive auf die Adriaregion angewendet werden.



Regionalkonferenz der EVP-Fraktion zur Makroregion Adria-Ionisches Meer

l-r: Raffaele Baldassarre MdEP (EVP-Fraktion, Italien), Dr. Michele Emiliano, Bürgermeister von Bari, Vito Bonsignore MdEP (Italien), stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, zuständig für die Union für den Mittelmeerraum, EUROMED, Paolo Licandro, stellvertretender Generalsekretär der EVP-Fraktion, Leiter der Dienststelle Mittelmeerpolitik und interkulturelle Tätigkeiten der EVP-Fraktion



- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8

Presse und Kommunikation

7 Presse und Kommunikation

Informationen über politische Vorhaben und Aktivitäten der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament für Medien, Interessierte und Bürger

Aufgabe des Presse- und Kommunikationsdienstes ist es, Tag für Tag die Gesetzgebungsinitiativen und politischen Vorhaben der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament den Bürgern, Medien, Interessierten und Meinungsführern nahe zu bringen. Zu diesem Zweck erstellen wir Beiträge in schriftlicher, mündlicher und multimedialer Form, die wir unter anderem in den sozialen Medien veröffentlichen. Dabei nutzen wir eine innovative Kombination aus traditionellen Kommunikationsmethoden und neuen Medienplattformen. Ein Team aus Pressereferenten aus den Mitgliedstaaten unterstützt Journalisten und erstellt aktuelle Nachrichtenübersichten zur europäischen Politik und ihren Abläufen und zu Gesetzen und Maßnahmen. Verlässliche, inhaltsbezogene und zeitnah übermittelte Informationen werden in allen 24 offiziellen Amtssprachen der Europäischen Union an Journalisten in Brüssel und in den Mitgliedstaaten übermittelt, damit die Arbeit der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament in den Medien möglichst umfassend dargestellt wird.

Der Presse- und Kommunikationsdienst der EVP-Fraktion arbeitet eng mit den akkreditierten Journalisten in Brüssel zusammen und versorgt sie mit Informationen über die Abstimmungen und Debatten während der Plenartagungen des Parlaments und über die aus Sicht der EVP-Fraktion wichtigsten Gesetzesvorhaben. Bei den EU-Organen und -Einrichtungen in Brüssel sind mehr als 900 Journalisten akkreditiert, davon über 80 beim Europäischen Parlament. Im Durchschnitt nutzen während jeder Plenartagung in Straßburg 100 Journalisten den Pressesaal des Parlaments.

Als größte und einflussreichste Fraktion des Europäischen Parlaments sind wir bemüht, die Bürger in das Zentrum der europäischen Politik zu stellen und nehmen daher so oft wie möglich Kontakt zu ihnen auf, um bei ihnen

Verständnis für EU-Politik und -Maßnahmen zu wecken. Damit dies gelingt, besteht der Presse- und Kommunikationsdienst aus mehreren spezialisierten Teams wie etwa dem Team für Internet und Soziale Medien, dem EVP-TV, „Meet your MEP-Programm“ und dem Publikationsteam, die zahlreiche Materialien produzieren und verbreiten, mit deren Hilfe sich die Bürger über Gesetzgebungsverfahren und die Auswirkungen der EU-Politik auf ihren Alltag informieren können.

Im Folgenden finden Sie einen detaillierteren Überblick darüber, wie unsere gemeinsamen Anstrengungen dafür gesorgt haben, dass die EVP-Fraktion im Jahr 2014 in den Medien präsent war.

Europawahl 2014: Kommunikation und Interaktion

Die Europawahl 2014 unterschied sich von den vorangegangenen. Da dem Europäischen Parlament mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon mehr Macht und Bedeutung zugewachsen ist, konnten die Bürger zum ersten Mal über die Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission mitbestimmen. Der Presse- und Kommunikationsdienst hat daher 2014 seine Anstrengungen verstärkt, um über die Rolle, die politische Natur, die Erfolge und die Prioritäten der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament zu informieren. Unser Ziel ist es, den Bürgern zu vermitteln, dass das Europäische Parlament das einzige direkt gewählte Europäische Organ ist, dass die Mitglieder der EVP-Fraktion Fürsprecher der Bürgerinteressen sind und dass die Bürger mit ihrer Stimme die Politik der Europäischen Union direkt mitbestimmen.

Um dies zu erreichen, nutzt der Presse- und Kommunikationsdienst moderne



Personal: Presse- und Kommunikationsdienst der EVP-Fraktion

Kommunikationskanäle für eine ganzheitlich gestaltete Informationskampagne, deren Kernaussage lautet: „Believe in people“. Die Kampagne ist vor allem darauf ausgerichtet, eine Verbindung zwischen den Abgeordneten der EVP-Fraktion und den Bürgern Europas zu schaffen und einen Dialog zu eröffnen, der engere Beziehungen ermöglicht und erhält. Dies geschieht, indem über die sozialen Medien kommuniziert und auf ein bestimmtes Zielpublikum bezogene Mitteilungen online und in gedruckter Form veröffentlicht werden. Durch diese Interaktion wurde ein Forum geschaffen, mit dem die Bedeutung und der Einfluss des Europäischen Parlaments sowie der damit einhergehende Machtzuwachs der Bürger unmittelbar verdeutlicht wurde. Mit der Kampagne wurde die Öffentlichkeit sensibilisiert und die Gruppe der an der Arbeit der EVP-Fraktion interessierten Personen erweitert, was sich durch die große Zahl der Aufrufe unserer Website, eine Zunahme der Besucherzahlen und eine gesteigerte Aktivität in den sozialen Medien nachweisen lässt.

Der Erfolg unserer Kommunikationskampagne wurde deutlich, als die EVP-Fraktion als Sieger aus der Europawahl hervorging und damit ihre Stellung als stärkste politische Kraft im Europäischen Parlament wahrte. Auch die Wahl des EVP-Kandidaten Jean-Claude Juncker zum Präsidenten der Europäischen Kommission hoben den Erfolg unserer Anstrengungen, die Kluft zwischen der EU und ihren Bürgern zu schließen, hervor: Die demokratische Meinungsäußerung der europäischen Bürger wurde auf diese Weise respektiert.

Um die EU ihren Bürgern noch näher zu bringen, hat der Presse- und Kommunikationsdienst täglich über die Tätigkeiten und die politische Arbeit der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament informiert. Wir sorgten dafür, dass die Öffentlichkeit die Abläufe in den Zeitungen verfolgen und sich über Fernsehen, Radio und Internet informieren konnte. Unsere Pressemitteilungen lieferten täglich Informationen über die aktuellsten der in der EVP-Fraktion behandelten Themen, während unsere „Highlights“ jeden Freitag Einblick in die laufende Arbeit des Europäischen Parlaments boten. Gleichzeitig wurden Eilmeldungen in Echtzeit über Newsfeeds in den

sozialen Medien, über EVP-TV, die Website der Fraktion und unsere auf Instagram und Flickr veröffentlichten Fotos verbreitet. Im Folgenden geben wir einen Überblick über die Arbeit der unterschiedlichen Abteilungen des Presse- und Kommunikationsdienstes.

Internet und soziale Medien

Team für Internet und soziale Medien während der Kampagne

2014 fand die Europawahl statt. Dies war eine gute Gelegenheit für uns, den Kontakt zu den Wählern aufzunehmen und ihre Meinung anzuhören. Als größte Fraktion im Europäischen Parlament wollten wir keinen Wahlkampf führen, sondern eine Informationskampagne. Wir wollten erklären, wie die Wähler Einfluss auf die Politik nehmen können, und waren der Meinung, dass wir am besten die Wähler selbst nach ihrer Meinung hierzu fragen sollten. Also ließen wir sie ihre Geschichten erzählen, und fanden das, was wir hörten, sehr erfreulich.

Menschen wieder ins Zentrum der EU stellen

Grundlage für die Kampagne „Believe in people“ waren 52 Artikel aus der Feder von europäischen Unternehmern, Jugendlichen, Lehrern, Ärzten, Piloten, Abgeordneten des Europäischen Parlaments und anderen, in denen diese Menschen erklärten, was europäische Regelungen ihnen persönlich gebracht haben und welche weiteren Verbesserungen sie sich wünschen würden. Diese Texte wurden veröffentlicht und ins Internet gestellt, wo sie über die sozialen Medien ein breites Publikum erreichten. So wurde unser Kontakt mit Befürwortern und Gegnern unserer Politik intensiviert und wir erhielten wertvolle Rückmeldungen.

Über unsere Aktivitäten im Netz entstand zudem reales Engagement, etwa indem 30 Blogger an einem Treffen mit wichtigen Abgeordneten und Staats-

und Regierungschefs der EVP teilnahmen, als auf dem Parteitag in Dublin im März der Slogan „Believe in people“ verabschiedet wurde.

Statistiken

Die Website der Fraktion wurde im Verlauf der Kampagne um 84% häufiger aufgerufen und es wurden um 78% mehr Zugriffe auf die einzelnen Seiten verzeichnet. Der Anteil der von Facebook-Seiten ausgehenden Aufrufe stieg um 372% und der Anteil der von Twitter ausgehenden Aufrufe um 243%. Zudem verzeichneten wir mehr Follower und Wortmeldungen auf diesen Plattformen. Auch die Anzahl der EVP-Fraktionsmitglieder, die mit ihren Followern auf Twitter in einen Dialog eintraten, stieg um mehr als 30%.

Bis Oktober 2014:

*92.500 Fans auf Facebook

*39.500 Followers auf Twitter

Facebook: Wir werden global

2014 wurden zehn globale Facebook-Seiten der EVP-Fraktion in Betrieb genommen. Diese Seiten sind über unsere Hauptseite auf Facebook zu erreichen und ermöglichen es uns, mit unseren Fans in ihrer jeweiligen Sprache zu kommunizieren, Inhalte zu vermitteln, die für bestimmte Länder von größerer Bedeutung sind, und den direkten Kontakt zwischen Wählern und ihren EP-Abgeordneten herzustellen. Sie werden von Teams verfasst, deren Mitglieder aus dem jeweiligen Mitgliedstaat stammen, und tragen dazu bei, unsere Fraktion für die Öffentlichkeit zugänglicher zu machen.

Live-Berichterstattung zu wichtigen Ereignissen

Am 25. Mai 2014, dem letzten Tag der Europawahl, sammelte das in den 27 Mitgliedstaaten ansässige Personal der Fraktion Informationen über die

Wahlergebnisse und gab diese in Echtzeit weiter. Wir nutzten unser Twitter-Konto, um unsere sehr aktuellen Informationen zu veröffentlichen.

Zudem wurden Reaktionen und Zusatzmaterialien wie Videos und Fotos zusammen mit den wichtigsten Tweets in einem Live-Blog auf Storify zusammengeführt, der ebenfalls auf unserer Website veröffentlicht wurde.

Anhörungen

Im Anschluss an die Wahl wurde auch über die Anhörungen der designierten Kommissionsmitglieder im Europäischen Parlament live auf Twitter berichtet. Diese Berichterstattung wurde, zusammen mit den wichtigsten Reaktionen und Analysen, über Storify und unsere Website veröffentlicht. Spätestens 20 Minuten nach Beginn jeder Anhörung wurden Fotos auf Flickr hochgeladen.

Die Statistiken bestätigen, dass die EVP-Fraktion bei diesen beiden Ereignissen die in den sozialen Medien aktivste Fraktion war.

Inhalt

2014 haben wir zusätzlich Zeit und Ressourcen investiert, um unseren Nachrichten und Informationen eine leichter verständliche Form zu geben, wobei wir einen verstärkten Schwerpunkt auf visuelle und audiovisuelle Beiträge gelegt haben.

Hierzu gehörten Infografiken, kurze Videofilme und hochwertige Fotos, die wir auf unserer Website, auf Flickr und auf Instagram veröffentlicht haben.

Zudem haben wir unsere Website im Anschluss an die Wahl aktualisiert und Angaben zu unseren neuen Abgeordneten zusammengestellt und veröffentlicht sowie auf Anfragen reagiert.

Plattformen

Neben unseren wichtigsten Informationskanälen haben wir 2014 unser Flickr-Konto gestartet, um einen Teil unseres Bildmaterials, über das wir intern verfügen, an die Öffentlichkeit zu bringen. Wir haben auch damit begonnen, Storify zu nutzen, und zwar nicht nur für die Live-Berichterstattung über wichtige Ereignisse, sondern auch, um etwa die Fragestunden mit unseren Abgeordneten auf Twitter aufzuzeichnen, wie etwa die sehr erfolgreiche #MyErasmus #AskEPP-Fragestunde, während der die Berichterstatteerin für Erasmus, Doris Pack, 60 Fragen zu diesem Thema beantwortete.

Die wichtigsten Informationskanäle 2014:

Website, Twitter, Facebook, Instagram, YouTube

Ergänzende Informationskanäle:

Flickr, Storify, Pinterest, Vine, Google+, LinkedIn

EVP-TV

Der Presse- und Kommunikationsdienst der EVP-Fraktion hat als erster im Juni 2007 eine eigene Web-TV-Plattform im Europäischen Parlament eingerichtet. Die Fraktion verfügt über ein Internet-Fernsteam mit eigenem Studio sowie eine Kamerafrau und einen Techniker, die beide in Vollzeit angestellt sind. EVP-TV sendet die neuesten Nachrichten aus dem Europäischen Parlament und informiert über Erfolge, Veranstaltungen und Aktivitäten der EVP. Fast alle unsere Videos werden auf Englisch produziert und dann ins Deutsche, Französische, Italienische und Spanische übersetzt und synchronisiert oder Untertitelt. EVP-TV bietet Live-Berichterstattungen, kurze Reportagen, Dokumentarfilme, Interviews und spontane Reaktionen, die auf die Website der EVP-Fraktion und auf unseren You-Tube-Kanal hochgeladen werden, für den sich mehr als 700 Personen haben registrieren lassen. Mit Hilfe dieser Informationen können die Bürger Europas die Arbeit ihrer Europaabgeordneten besser verstehen und würdigen.

EVP-TV produziert zudem Beiträge zu wichtigen Nachrichten und Themen, über die im Parlament debattiert wird. Diese Beiträge werden zeitnah auf „The Newsmarket“ hochgeladen, eine für Medienschaffende zugängliche Plattform zur Verbreitung von Multimedia-Beiträgen. Bisher haben wir mehr als 266 Beiträge veröffentlicht und über 1.500 Elemente wurden von 360 Medienunternehmen in 60 Ländern heruntergeladen.

Am Wahlabend der Europawahl (25. Mai 2014) sendete EVP-TV live aus dem Europäischen Parlament sechs Stunden lang in fünf Sprachen Nachwahlbefragungen vor den Wahllokalen, graphisch aufbereitete Hochrechnungen, Ergebnisse, Kommentare und Meinungen. Diese Sendung war ein großer Erfolg.

Über den folgenden Link gelangen Sie zu einer Auswahl unserer aktuellsten Videos aus dem Jahr 2014:

<http://www.eppgroup.eu/videos>

Informations- und Werbematerialien

Für die wachsende Zahl von Menschen, die unsere Abgeordneten in Brüssel oder Straßburg treffen möchten, müssen Faltblätter, Broschüren und weiteres Informationsmaterial in ausreichender Zahl bereitgehalten werden, um ihnen die Aktivitäten der EVP-Fraktion näher zu bringen zu machen. Bei dem von uns verteilten Informationsmaterial achten wir besonders auf die Qualität und die Quellen. Daher verwendet die EVP-Fraktion nachwachsende Rohstoffe aus europäischer Produktion für ihr Werbematerial. Zurzeit stammen über 85 % der von der Fraktion verteilten Artikel aus Europa. Wir erwarten von unseren Lieferanten eine genaue Zertifizierung, dass alle Materialien den Richtlinien zum Schutz der Arbeitnehmer und der Umwelt entsprechen.

„Meet your MEP-Programm“

Der Presse- und Kommunikationsdienst der EVP-Fraktion hat 2010 das Programm „Meet your MEP“ als neue Version des bisherigen besonderen Besucherprogramms eingeführt.

Hierbei werden Journalisten regionaler Medien, Jugendliche und Menschen mit Behinderungen seit 2013 – angesichts der damals bevorstehenden Europawahl – auch Mitarbeiter der Mitgliedsparteien der EVP-Fraktion nach Brüssel und Straßburg eingeladen, damit sie sich ein Bild von der täglichen Arbeit der Europaabgeordneten der EVP-Fraktion machen können.

Das Programm hat sich zudem als ausgezeichnete Möglichkeit erwiesen, um den Besuchern vertiefte Kenntnisse über die politischen Vorhaben der EVP-Fraktion und auch über die im Europäischen Parlament stattfindenden Ereignisse zu vermitteln.

Seit seiner Einführung haben fast 14.000 Besucher über 75% der Abgeordneten der EVP-Fraktion getroffen.

Unser Erfolg bei der jüngsten Europawahl, bei der die EVP-Fraktion ihre Stellung als stärkste politische Kraft im Europäischen Parlament wahrte, liegt auch in der Kommunikationsstrategie der EVP-Fraktion begründet, deren wichtiger Bestandteil das Programm „Meet your MEP“ ist.

Tage der offenen Tür des Europäischen Parlaments

Das Europäische Parlament hatte am Sonntag, 4. Mai in Straßburg und Samstag, 17. Mai in Brüssel seine Türen für Besucher geöffnet. Der Tag der offenen Tür nimmt Bezug auf den Europatag (9. Mai), der Frieden und Einheit in Europa symbolisiert und am Jahrestag der historischen Schuman-Erklärung gefeiert wird, die den ersten Schritt hin zur Gründung

der heutigen Europäischen Union darstellte. Die große Zahl der Besucher im Europäischen Parlament – 14.000 bzw. 18.000 Besucher in Brüssel bzw. Straßburg – bezeugt die anhaltende Beliebtheit dieser Veranstaltung.

Die EVP-Fraktion investiert viel Zeit und Energie in die Tage der offenen Tür, da diese eine einzigartige Gelegenheit bieten, direkten und persönlichen Kontakt zu Bürgern aufzunehmen. Gleichzeitig hat die Öffentlichkeit die Gelegenheit, sich genauer über unsere Rolle und unsere Aktivitäten im Europäischen Parlament zu informieren. In diesem Jahr haben wir einen besonderen Schwerpunkt auf die große Bedeutung der Europawahl gelegt, da die Zukunftsentscheidungen für Europa mehr denn je in den Händen seiner Bürger liegen. Um ihre Erfolge während der Wahlperiode 2009-2014 darzustellen und ihre Vorhaben für die kommende Wahlperiode 2014-2019 zu erläutern, bot die EVP-Fraktion ihren Besuchern Ausstellungen, Informationsstände und interaktive Stationen an. Zudem kam es zu zahlreichen informellen Gesprächen mit Europaabgeordneten.

Publikationen der EVP-Fraktion

Das Publikationsteam koordiniert, produziert und verwaltet ein umfangreiches Veröffentlichungsprogramm, mit dem die politischen Vorhaben und die Arbeit der EVP-Fraktion den europäischen Bürger und beruflich hieran interessierten Personen näher gebracht werden sollen.

Um unsere Kampagne „Believe in people“ für die Europawahl im Mai zu unterstützen, haben wir zwei Broschüren erstellt, die in 23 Sprachen veröffentlicht wurden und in denen wir unsere Erfolge während der 7. Wahlperiode des Europäischen Parlaments (2009-2014) und unsere Schwerpunkte für die 8. Wahlperiode (2014-2019) darstellen.

Zudem wurde 2014 ein Handbuch für Abgeordnete herausgegeben, das als verständlicher und umfassender Leitfaden für die Arbeit unserer Abgeordneten dienen soll, sowie ein Vademecum unserer 219 EVP-

Fraktionsmitglieder für Brüssel und Straßburg, ihre Profile in sozialen Medien und ihre Parteizugehörigkeit in ihrem jeweiligen Mitgliedstaat angegeben sind. Außerdem wurde das Faltblatt mit Karte von Europa in überarbeiteter Form erneut herausgegeben, auf dem Struktur, Prioritäten und politische Ausrichtung der EVP-Fraktion dargestellt sind; außerdem wurde ein jährlicher Tätigkeitsbericht veröffentlicht, in dem die Arbeit der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament unter besonderer Berücksichtigung ihrer politischen Zielsetzungen dargestellt wird. Das Publikationsteam gab zudem zahlreiche Veröffentlichungen über die externen Fraktionssitzungen, die an anderen Orten als Brüssel oder Straßburg stattfanden, heraus. Zudem wurden 2014 Veröffentlichungen herausgegeben, die einen tieferen Einblick in die Positionen der EVP-Fraktion zu zahlreichen umfassenderen Themen bietet, die für Europa von Bedeutung sind. Um sicherzustellen, dass unsere aktuellen und älteren Veröffentlichungen leicht gefunden, heruntergeladen und weitergegeben werden können, haben wir auf unserer Website eine zentrale Anlaufstelle eingerichtet:

<http://www.eppgroup.eu/publications>

Um den Zugang zu den Veröffentlichungen der EVP-Fraktion weiter zu erleichtern, wurden ausgewählte eBook-Veröffentlichungen der EVP-Fraktion zum Herunterladen unter der Rubrik „Publications“ auf der Website der Fraktion eingestellt: <http://www.eppgroup.eu/publications>. Sie können auch direkt und in stärker interaktiver Form über unsere eBook-Anzeige von der Issuu-Plattform für digitale Veröffentlichungen abgerufen werden: <http://issuu.com/eppgroup>

Die Veröffentlichungen der EVP-Fraktion werden katalogisiert, indiziert und archiviert, um unsere Aktivitäten zu unterstützen und aufzuzeichnen, so dass unsere Veröffentlichungen Wissenschaftlern, Studenten, Besuchern und Medienschaffenden leicht zugänglich sind.



Die Europäische Volkspartei (EVP)

8 Die Europäische Volkspartei (EVP)

Über uns

Die Europäische Volkspartei (EVP) ist die politische Familie der rechten Mitte, die eng mit der Geschichte und Kultur des europäischen Kontinents verbunden ist und die seit Beginn des europäischen Einigungsprozesses eine Vorreiterrolle einnimmt. Die 1976 gegründete EVP, deren Geschichte in engem Zusammenhang mit den Gründervätern Europas — Robert Schuman, Alcide De Gasperi und Konrad Adenauer — steht, setzt sich für ein starkes Europa auf der Grundlage eines föderalen Modells ein, das auf dem Subsidiaritätsprinzip beruht.

Sie vertritt Werte, die auf dem christlichen Menschenbild und einem christdemokratischen Gesellschaftskonzept basieren. Sie setzt sich für ein demokratisches, transparentes, effizientes und bürgernahes Europa ein. Die EVP unterstützt die Förderung der sozialen Marktwirtschaft, um ein Europa des Wohlstands zu schaffen. Mit derzeit 78 Mitgliedsparteien aus 39 Ländern, 16 Staats- und Regierungschefs (elf in EU-Staaten und fünf in Nicht-EU-Staaten) und 14 Mitgliedern der Europäischen Kommission ist die EVP die größte politische Partei in Europa und stellt mit 219 Mitgliedern die stärkste Fraktion im Europäischen Parlament.

Die EVP untersteht der „Verordnung über Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung“ aus dem Jahr 2003. Ende 2007 wurde diese Verordnung überarbeitet, um allen politischen Parteien auf europäischer Ebene die Möglichkeit zu geben, an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilzunehmen. Mit Erfolg organisierte die EVP für die Europawahlen 2014 in enger Zusammenarbeit mit ihren nationalen Mitgliedsparteien ihre erste europaweite Wahlkampagne, an deren Spitze ihr Kandidat für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, stand. Nachdem die EVP aus den Wahlen im Mai siegreich hervorgegangen war, wurde die neue Kommission von Jean-Claude Juncker im Oktober vom Europäischen Parlament im Amt bestätigt. Am 1. November nahm sie offiziell ihre Tätigkeit auf.

Struktur

Die Europäische Volkspartei steht mit allen wichtigen EU-Organen — dem Europäischen Rat, dem Rat der Europäischen Union, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament — in horizontalem Austausch. Außer im Europäischen Parlament gibt es EVP-Fraktionen auch im Ausschuss der Regionen, im Europarat, bei der OSZE und bei der NATO. Intern gibt es in der EVP drei Entscheidungsebenen: Präsidium, Vorstand und Kongress.

Präsidium

Die Führung der EVP liegt beim Präsidium, ihrem Exekutivorgan. Dieses legt die allgemeinen politischen Leitlinien der Partei fest und führt den Vorsitz im Vorstand. Dem Präsidium gehören folgende Mitglieder an:

- i. der Präsident der EVP;
- ii. die Präsidenten von Europäischer Kommission und Europäischem Rat, der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik, der Präsident des Europäischen Parlaments (sofern diese der EVP angehören);
- iii. der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament;
- iv. der/die Ehrenpräsident(en);
- v. zehn Vizepräsidenten;
- vi. der Schatzmeister;
- vii. und der Generalsekretär.

Seit dem 1. November 2014 setzt sich das EVP-Präsidium wie folgt zusammen

Präsident

Joseph Daul
Frankreich (UMP)

Generalsekretär

Antonio López-Istúriz
Spanien (PP)

Vizepräsidenten von Amts wegen

Jean-Claude Juncker
Luxemburg (CSV)

Donald Tusk
Polen (PO)

Manfred Weber
Deutschland (CSU)

Vizepräsidenten

Michel Barnier
Frankreich (UMP)

Peter Hintze
Deutschland (CDU)

Antonio Tajani
Italien (FI)

Johannes Hahn
Österreich (ÖVP)

Corien Wortmann-Kool
Niederlande (CDA)

Mário David
Portugal (PSD)

Jacek Saryusz-Wolski
Polen (PO)

Tobias Billström
Schweden (Moderaterna)

Anca Boagiu
Rumänien (PDL)

Schatzmeister

Ingo Friedrich
Deutschland (CSU)

Ehrenpräsidenten

Leo Tindemans
Belgien (CD&V)

Sauli Niinistö
Finnland (Kokoomus)

Vorstand

Der Vorstand legt zwischen den einzelnen Kongressen die politischen Standpunkte der Partei fest, entscheidet über Mitgliedsanträge und bestimmt die endgültigen politischen Leitlinien. Darüber hinaus wird im Vorstand über den Haushalt entschieden und die politische Präsenz der EVP zwischen den Kongresstagungen aufrechterhalten. Dem Vorstand gehören ernannte Delegierte der Mitgliedsparteien und assoziierten Mitgliedsparteien sowie der Mitgliedsvereinigungen und Fraktionen der EVP an. Der Vorstand kommt drei- bis fünfmal jährlich zusammen und legt das Mandat der Arbeitsgruppen fest, die die Strategiepapiere und Empfehlungen der Partei ausarbeiten.

Kongress

Der Kongress ist das höchste Beschlussfassungsgremium der Partei. Ihm gehören Delegierte der Mitgliedsparteien und assoziierten Mitgliedsparteien sowie der Mitgliedsvereinigungen und Fraktionen der EVP an. Der EVP-Kongress tritt mindestens einmal alle drei Jahre zusammen. Er wählt das EVP-Präsidium, entscheidet über die wichtigsten Strategiepapiere und Wahlprogramme und bietet eine Plattform für die Regierungschefs und Parteivorsitzenden der EVP.

Die EVP hat insgesamt 22 Kongresstagungen abgehalten

- > 2014 **XXII. Kongress** in Dublin
- > 2012 **XXI. Kongress** in Bukarest
- > 2011 **XX. Kongress** in Marseille
- > 2009 **XIX. Kongress** in Bonn
- > 2009 **XVIII. Kongress** in Warschau
- > 2006 **XVII. Kongress** in Rom
- > 2004 **XVI. Kongress** in Brüssel
- > 2002 **XV. Kongress** in Estoril
- > 2001 **XIV. Kongress** in Berlin
- > 1999 **XIII. Kongress** in Brüssel
- > 1997 **XII. Kongress** in Toulouse
- > 1995 **XI. Kongress** in Madrid
- > 1993 **X. Kongress** in Brüssel
- > 1992 **IX. Kongress** in Athen
- > 1990 **VIII. Kongress** in Dublin
- > 1988 **VII. Kongress** in Luxemburg
- > 1986 **VI. Kongress** in Den Haag
- > 1983 **V. Kongress** in Rom
- > 1982 **IV. Kongress** in Paris
- > 1980 **III. Kongress** in Köln
- > 1979 **II. Kongress** in Brüssel
- > 1978 **I. Kongress** in Brüssel

EU-Staats und Regierungschefs in der EVP

(Stand: 1. November 2014)

Präsidenten

Traian Băsescu

Rumänien (EPP)

Nicos Anastasiades

Zypern (DISY)

Ministerpräsidenten

Laimdota Straujuma

Lettland (Vienotība)

Alexander Stubb

Finnland (Kokoomus)

Ministerpräsident

(Taoiseach)

Enda Kenny

Irland (Fine Gael)

Bundeskanzlerin

Angela Merkel

Deutschland (CDU)

Ministerpräsidenten

Viktor Orbán

Ungarn (FIDESZ)

Pedro Passos Coelho

Portugal (PSD)

Mariano Rajoy

Spanien (PP)

Antonis Samaras

Griechenland (Nea Demokratia)

Ewa Kopacz

Polen (PO)

Der EVP angehörende Mitglieder der Europäischen Kommission

Präsident

Jean-Claude Juncker

Präsident der Europäischen
Kommission

Luxemburg (CSV)

Vizepräsidenten

Kristalina Georgieva

Haushalt und Personal

Bulgarien (GERB)

Jyrki Katainen

Arbeitsplätze, Wachstum,

Investitionen und

Wettbewerbsfähigkeit

Finnland (Kokoomus)

Valdis Dombrovskis

Euro und sozialer Dialog

Lettland (Vienotība)

Mitglieder

Günther Oettinger

Digitale Wirtschaft &

Gesellschaft

Deutschland (CDU)

Marianne Thyssen

Beschäftigung, Soziales,

Qualifikationen und

Arbeitskräftemobilität

Belgien (CD&V)

Johannes Hahn

Europäische

Nachbarschaftspolitik und

Erweiterungsverhandlungen

Österreich (ÖVP)

Dimitris Avramopoulos

Migration, Inneres und

Bürgerschaft

Griechenland (ND)

Elżbieta Bieńkowska

Binnenmarkt, Industrie,

Unternehmertum und KMU

Polen (PO)

Miguel Arias Cañete

Klimapolitik und Energie

Spanien (PP)

Tibor Navracsics

Bildung, Kultur, Jugend und

Sport

Ungarn (FIDESZ)

Carlos Moedas

Forschung, Wissenschaft und

Innovation

Portugal (PSD)

Phil Hogan

Landwirtschaft und ländliche

Entwicklung

Irland (FG)

Christos Stylianides

Humanitäre Hilfe und

Krisenmanagement

Zypern (DISY)

Der EVP angehörende Staats- und Regierungschefs von Nicht-EU-Staaten

Ministerpräsident

Nikola Gruevski

FYROM (VMRO-DPMNE)

Ministerpräsident

Iurie Leancă

Republik Moldau (PLDM)

Präsident

Serzh Sargsyan

Armenien (HHK)

Ministerpräsidentin

Erna Solberg

Norway (Høyre)

Mitglieder des bosnischen Staatspräsidiums

Bakir Izetbegović

Bosnien und Herzegowina

(SDA)

Dragan Čović

Bosnien und Herzegowina

(HDZ BiH)

Mladen Ivanić

Bosnien und Herzegowina

(PDP)

Tätigkeiten

Gipfeltreffen

Im Vorfeld der Gipfel des Europäischen Rates kommen die der EVP angehörenden Staats- und Regierungschefs, die in Koalitionsregierungen und/oder in der Opposition vertretenen Parteivorsitzenden, das EVP-Präsidium und die Präsidenten des Europäischen Rats und der Europäischen Kommission zum EVP-Gipfel zusammen. Die informelle und vertrauliche Atmosphäre dieser wichtigen Tagung ermöglicht den führenden EVP-Politikern die Suche nach einem Konsens innerhalb der EVP, auf dessen Grundlage sie dann beim Europäischen Rat gemeinsame Positionen entwickeln können.

Ministertreffen

Im Jahr 2007 führte die EVP mit dem ersten Treffen der EVP-Außenminister ein neues politisches Verfahren ein, um die außenpolitischen Prioritäten auf der Agenda der EU-Minister zu erörtern. Dieses Modell war erfolgreich, sodass die EVP im Jahr 2008 informelle Treffen der EVP-Minister für Wirtschaft und Finanzen veranstaltete und dieses Konzept im Jahr 2010 weiter ausbaute. Die Liste der derzeitigen Ministertreffen umfasst: auswärtige Angelegenheiten, Wirtschaft und Finanzen, Arbeit und Soziales, Wettbewerbsfähigkeit, Verteidigung, Landwirtschaft, Umwelt, Energie, Justiz, Inneres und allgemeine Angelegenheiten.

Arbeitsgruppen

Die Arbeitsgruppen bilden das Rückgrat der politischen Tätigkeit der EVP; in ihnen erarbeiten hochrangige Vertreter der EVP-Mitgliedsparteien gemeinsame Positionen und Strategien zu wichtigen Politikbereichen und unterbreiten dem Vorstand spezifische Empfehlungen zur endgültigen Bestätigung.

Arbeitsgruppe 1: Europäische Politik

Aufgabe der Arbeitsgruppe für europäische Politik ist die Vorbereitung der wichtigsten Grundsatzpapiere und Kongressdokumente der EVP zu europäischen Themen.

Arbeitsgruppe 2: Wirtschafts- und Sozialpolitik

Diese Arbeitsgruppe befasst sich mit der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise, den demografischen Fragen sowie dem Bereich Forschung und Entwicklung.

Arbeitsgruppe 3: EVP-Mitgliedschaft

Diese Arbeitsgruppe ist für die Förderung und Unterstützung der Aufnahme neuer einfacher, assoziierter und beobachtender Mitgliedsparteien in die EVP zuständig. Wird eine Partei aus einem Mitgliedstaat der EU in die EVP aufgenommen, treten ihre gewählten Vertreter automatisch der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und allen übrigen EVP-Gruppen und -Organisationen bei.

Ad-hoc-Arbeitsgruppe 4: Klimawandel und Energie

Diese Arbeitsgruppe wurde 2013 wieder eingesetzt, um das 2008 angenommene Strategiepapier der EVP zum Klimawandel zu überarbeiten.

Sitzung der Wahlkampfleiter

Dieser Ausschuss ist für die Koordinierung der Wahlkampfplanung mit den Mitgliedsparteien zuständig. Der Austausch von Erfahrungen aus früheren Wahlkämpfen sowie die langfristige Vorbereitung europaweiter Themen und des Wahlkampfes für die Wahlen zum Europäischen Parlament kommen den Mitgliedsparteien und der EVP zugute.

Vereinigungen

Jugend der Europäischen Volkspartei (Youth of the European People's Party YEPP)

Die YEPP unter dem Vorsitz von Konstantinos Kyranakis ist die offizielle Jugendorganisation der EVP. Die Mitglieder der YEPP sind nationale parteipolitische Jugendorganisationen. Die 57 Mitgliedsorganisationen sowie die YEPP selbst bieten jungen Menschen eine Möglichkeit, ihre Gesellschaft mit demokratischen Mitteln auf der Grundlage der christdemokratischen und konservativen Ideen der rechten Mitte mitzugestalten. Der YEPP gehören zwischen einer und zwei Millionen junge Menschen in 38 europäischen Ländern an. Damit ist sie die größte parteipolitische Jugendorganisation in Europa: <http://www.youthpep.eu>

Europäische Demokratische Studenten (European Democrat Students, EDS)

Die EDS sind die offizielle Studentenorganisation der EVP. Seit ihrer Gründung im Jahre 1961 bringen die EDS Studenten und Nachwuchspolitiker aus ganz Europa zusammen und fördern damit einen pro-europäischen politischen Austausch. Die EDS unter dem Vorsitz von Eva Majewski haben über 42 Mitgliedsorganisationen in 35 Ländern und repräsentieren damit über 1.600.000 Studierende und junge Menschen.

Europäische Seniorenunion (European Seniors' Union, ESU)

Die im Jahr 1995 in Madrid gegründete ESU unter der Leitung von An Hermans ist die größte politische Seniorenorganisation in Europa. Die ESU ist in 27 Ländern mit 41 Organisationen und etwa 1.269.000 Mitgliedern vertreten. Sie engagiert sich für die Förderung der Rechte älterer Menschen in Europa und deren Einbindung in die Gesellschaft: <http://www.sme-union.org>

Europäische Union Christlich-Demokratischer Arbeitnehmer (EUCDA)

Die EUCDA ist die Arbeitnehmerorganisation der EVP und hat 24 Mitgliedsorganisationen in 18 verschiedenen Ländern. Unter der Leitung von Elmar Brok MdEP, arbeitet die EUCDA auf die politische Vereinigung eines demokratischen Europas hin, fördert die Entwicklung der EVP auf der Grundlage christlich-sozialer Prinzipien, vertritt und verteidigt die Interessen von Arbeitnehmern in der europäischen Politik und arbeitet auf die Umsetzung christlich-sozialer Grundsätze und Konzepte in den europäischen Arbeiterbewegungen hin.

Europas kleine und mittlere Unternehmer (Small and Medium Entrepreneurs of Europe, SME Europe)

SME Europe unter dem Vorsitz von Nadezhda Neynsky MdEP (bis Juni 2014) ist die EVP-Organisation für kleine und mittlere Unternehmen. Sie setzt sich für eine Gestaltung der EU-Politik im Sinne dieser Unternehmen ein. Als proaktive Organisation innerhalb der politischen Netzwerke der Christdemokraten und Konservativen bringt SME Europe neue Ideen und frisches unternehmerisches Denken in die politische Debatte ein.

Frauen der Europäischen Volkspartei (EVP-Frauen)

Die EVP-Frauen unter dem Vorsitz von Doris Pack MdEP (bis Juni 2014), werden von der EVP als offizielle Vereinigung der Frauen aus allen gleichgesinnten politischen Parteien Europas anerkannt. Ihnen gehören mehr als 40 Mitgliedsorganisationen aus Ländern der Europäischen Union sowie aus Drittstaaten an.

Think-Tanks, Stiftungen

Wilfried Martens Centre for European Studies

Das Wilfried Martens Centre for European Studies wurde 2007 als Centre for European Studies gegründet und 2014 zu Ehren des ehemaligen Präsidenten der EVP umbenannt. Es ist der offizielle Think-Tank der EVP. Das Zentrum wird von Mikuláš Dzurinda geleitet und dient nationalen Stiftungen und von den Mitgliedsparteien der EVP anerkannten Think-Tanks als gemeinsame europäische Plattform. Es unterliegt der 2007 überarbeiteten „Verordnung über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung“.

Im Mittelpunkt der Tätigkeiten des Zentrums stehen Forschungs- und Studienprojekte, die durch Konferenzen, Seminare, Workshops und Veröffentlichungen ergänzt und unterstützt werden. Viele davon werden in Zusammenarbeit mit Mitgliedsorganisationen durchgeführt. Ziel der Stiftung ist es zum einen, die europäischen Bürgerinnen und Bürger stärker für die Entwicklung der europäischen Integration zu sensibilisieren, und zum anderen, Entscheidungsträger, wie etwa die EVP-Staats- und Regierungschefs und die EVP-Parteivorsitzenden, dabei zu unterstützen, neue und wirksame politische Lösungsansätze zu entwerfen.

Robert-Schuman-Institut

Das Robert-Schuman-Institut („Union of the Robert Schuman Institute for Developing Democracy in Central and Eastern Europe” – RSI) ist seit 1995 unter der Schirmherrschaft der EVP tätig, wobei sich sein Tätigkeitsbereich schrittweise ausgedehnt hat. Das RSI veranstaltet internationale Kurse für potenzielle junge Führungskräfte, Parteimitglieder und Vertreter der EVP-Schwesterparteien und der kooperierenden Parteien in den sich entwickelnden Demokratien der Region und vermittelt diesen dabei sowohl theoretische als auch praktische Kenntnisse. Seit der EU-Erweiterung von 2004 ist die Tätigkeit des Instituts in erster Linie auf die ost- und südosteuropäischen Länder ausgerichtet.

Generalsekretariat der EVP

Antonio López-Istúriz White
Generalsekretär, MdEP

Christian Kremer
Stellvertretender Generalsekretär

Luc Vandeputte
Stellvertretender Generalsekretär

Brenda Furniere
Kabinettschefin des Präsidenten

Sara Pini
Stellvertretende Kabinettschefin des Präsidenten

Giuseppina Curreli
Kabinettschefin des Generalsekretärs

Javier Jiménez
Leiter Presse und Kommunikation

Galina Fomenchenko
Politische Beraterin

Juan Magaz
Politischer Berater

Eva Palacková
Politische Beraterin

Beatriz de Anta de Benito
Politische Beraterin

Karine Milheiro
Pressesprecherin

John Lageson
Leiter Publikationen

Claudia Cajvan
Assistentin des stellvertretenden Generalsekretärs Christian Kremer

Daphné Lamal
Assistentin des stellvertretenden Generalsekretärs Luc Vandeputte

Pavlna Heymans-Špačková
Assistentin Ministertreffen und Archivverwaltung

Julia Zalutskaja
Assistentin Außenbeziehungen

Yelba Torres
Assistentin Ministertreffen und Arbeitsgruppen

Charlotte Frizberg
Assistentin Veranstaltungsmanagement

Guy Volckaert
Leiter Informatik und Internet

Gonçalo Raposo Carriço
Systemverwalter

Matteo Albania
Beauftragter Interne Kommunikation und Dienste

Patrick Caminade
Kabinett des Präsidenten

EVP-Hauptsitz

Rue du Commerce 10,
1000 Brüssel, Belgien

Telefonzentrale +32-2-2854140
Fax: +32-2-2854141
Email: info@epp.eu
Website: www.epp.eu
Twitter: @EPP



EVP-Fraktion

im Europäischen Parlament

Veröffentlicht von:	EVP-Fraktion im Europäischen Parlament Presse und Kommunikation Publikationsteam
Herausgeber:	Pedro López de Pablo
Verantwortlich:	Greet Gysen
Koordinator:	Mark Dunne (Revision: Daniela Bührig)
Adresse:	Europäisches Parlament Rue Wiertz 60 B-1047 Brüssel
Internet:	www.eppgroup.eu
Email:	eppgroup@ep.europa.eu
Copyright:	EVP-Fraktion im Europäischen Parlament © Europäisches Parlament